Freitag, 27. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 23 - 4.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Wörner: Im Falle eines Rücktritts von Verteidigungsminister Wörner ziehe es ihn zwar nicht nach Bonn, er würde aber einem Ruf in dieses Amt „wie einer Einberufung" folgen, erklärt der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß im Gespräch mit der WELT. Bundeskanzler Kohl will Wörner sofort nach seiner Rückkehr aus Israel zu einer Aussprache über die Entwicklung im Fall Kießling empfangen. (Sonderseite 5 und S. 8)

Tschad: Erstmals seit Entsendung im August 1983 sind die französischen Truppen im Tschad in Kämpfe verwickelt worden. *Die von Libyen unterstützten* Rebellen schossen ein französisches Kampfflugzeug ab. Paris warnt Libyen in scharfer Form. (S. 4)

Erklärungsfrist: Das Landgericht Bonn hat die Erklärungsfrist für Graf Lambsdorff und die anderen Angeschuldigten im sogenannten Flick-Verfahren bis Ende Februar verlängert. Sie war ursprünglich *auf den 9. Februar festgesetzt* worden.

Volkszählung: Die Bundesregierung will noch in diesem Jahr ein neues Volkszählungsgesetz vorlegen, kündigt Staatssekretär Waffenschmidt im Bundestag an. (S. 8)

Positive Reaktion: Präsident Reagan begrüßt im Gespräch mit Journalisten die vom sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow in einem „Prawda"-Interview geäußerte Bereitschaft zum Dialog mit den USA.

Keine Annäherung: In der Frage eventueller Lieferungen deutscher Waffen an Saudi-Arabien gibt es keine Annäherung der Standpunkte zwischen Bundeskanzler Kohl und seinen israelischen Gesprächspartnern. Ministerpräsident Schamirs Sprecher erklärte, auch Kompensationslieferungen an Israel seien keine Lösung. In moralischen Fragen gebe es keine Kompromisse. (S. 1 und 3)

Flucht: Ein 20jähriger Soldat der „DDR"-Grenztruppe ist am Mittwochabend in Uniform und mit Waffen nach Nordhessen geflüchtet.

Politische Häftlinge: Rund 7000 Menschen sind aus politischen Gründen in Gefängnissen der „DDR" eingekerkert, teilt die Arbeitsgemeinschaft 13. August in Berlin mit.

Alpha-Jet: Offenbar gestohlene Pläne für eine neue Luft-Boden-Rakete des Alpha-Jet der Bundesluftwaffe sind neben einer Stuttgarter Telefonzelle in einem Koffer gefunden worden, berichtet die „Bild"-Zeitung.

Heute: Bundeskanzler Kohl setzt seinen Israel-Besuch fort. – CDU/CSU-Fraktionschef Dregger reist nach Spanien zu politischen Gesprächen. – Frankreichs Außenminister Cheysson eröffnet ein Kulturzentrum seines Landes in der „DDR". – Volksabstimmung über Verfassungsänderungen auf den Philippinen.

ZITAT DES TAGES



„Ich hoffe, eines Tages wird auch Berlin wieder eine Stadt ohne Mauer sein."

Der Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek gegenüber Bundeskanzler Kohl bei dessen Besuch in der ehemals auch geteilten israelischen Hauptstadt.
FOTO: LEUSCHNER/DPA

WIRTSCHAFT

Gleske: Die Bundesbank habe bisher keinen Grund gesehen, der Entwicklung des Kurses der Deutschen Mark mit stärkeren Interventionen entgegenzuwirken, erklärt das Direktoriumsmitglied der Bundesbank. (S. 9)

Stahlquoten: Überraschend schnell haben sich die EG-Wirtschaftsminister auf die Verlängerung der Produktionsquoten im EG-Krisenplan bis 1985 geeinigt, nachdem Italien seinen Widerstand dagegen aufgab.

Grüne Woche: Die europäische Einigung sei das große historische Experiment der Nachkriegszeit, erklärt Landwirtschaftsminister Kiechle bei der Eröffnung der Grünen Woche in Berlin.

USA warnen: Auseinandersetzungen mit Amerika und eine drastische Verschlechterung des Welthandelsklimas sagt der US-Landwirtschaftsminister Block der EG für den Fall voraus, daß sie ihre Agrarpolitik nicht ändere. (S. 9)

Börse: An den Aktienmärkten konnte sich eine einheitliche Tendenz nicht ausbilden. Der Rentenmarkt war weiter ruhig. WELT-Aktienindex 157,2 (157,3). Dollarmittelkurs 2,8113 (2,8253) Mark. Goldpreis pro Feinunze 367,00 (366,50) Dollar.

KULTUR

Ljubimow: Der britische „Standard Drama Award" ist dem sowjetischen Regisseur verliehen worden, der von Moskau als Leiter des Taganka-Theaters wegen seiner unorthodoxen Inszenierungen mehrfach gerügt worden war. Es ist offen, ob Ljubimow in die Sowjetunion zurückkehren wird. (S. 15)

Costakis: Die Sammlung, die den künstlerischen Alltag vor und während der Revolution von 1917 kennenlernen läßt, wird im Münchner Lenbachhaus gezeigt.

SPORT

Motorsport: Walter Röhrl steht vor seinem vierten Sieg bei der Rallye Monte Carlo. Vor der letzten Nacht führte er mit seinem Audi Quattro mit 29 Sekunden Vorsprung. Die Rallye geht heute zu Ende. (S. 7)

Olympia: Der erwartete Touristen-Boom wird bei den Winterspielen in Sarajevo ausbleiben. In der Bundesrepublik wurden nur 110 Reisen verkauft. Österreich und die Schweiz verzichteten ganz auf Reiseangebote.

AUS ALLER WELT

Arzneimittel: Wegen schwerer Risiken für die Gesundheit müssen auf Anordnung des Bundesgesundheitsamtes in Berlin 65 Arzneimittel – gegen Entzündungen, Schmerzen und Rheuma – sofort vom Markt genommen werden. (S. 16)

Öko-Katastrophe: Über die wahrscheinlich größte Umweltkatastrophe in der UdSSR berichtet der britische „New Scientist": 4,5 Millionen Kubikmeter konzentrierter Salzlösung sollen in der Westukraine in den Dnjestr geflossen sein. Alles Leben im Fluß sei auf 500 Kilometer Länge vernichtet worden.

Wetter: Wechselnd wolkig; Schauer erst ab 800 Metern als Schnee. Etwas wärmer.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

Strauß dringt auf große Kabinettsumbildung in Bonn

Gespräch mit der WELT / Für Regierungspolitik aus einem Guß

HERBERT KREMP, Bonn

Bundeskanzler Kohl findet nach seiner Rückkehr aus Israel am Wochenende in Bonn eine neue Lage vor. Für den Fall des Rücktritts von Verteidigungsminister Wörner werden zwei Lösungs-Konzepte sichtbar, die einander auszuschließen scheinen. Während Helmut Kohl daran denkt, Wörner gegebenenfalls durch einen anderen CDU-Politiker zu ersetzen – genannt werden die Namen Dregger und Mertes –, strebt der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß das Ziel einer großen Kabinettsumbildung an. Sie würde auch das Wirtschaftsministerium und einige kleinere Ressorts umfassen, so zum Beispiel das Familienministerium, dessen Chef Heiner Geißler sich ohnehin zwischen dem Regierungsamt und dem Posten des CDU-Generalsekretärs entscheiden muß.

Als Grund für seinen Standpunkt führte der bayerische Ministerpräsident Strauß in einem Gespräch mit der WELT an, daß die Bundesregierung in die Defensive zu geraten drohe, wenn sie sich in der Frage der Zusammensetzung des Kabinetts von Krise zu Krise bewege, anstatt die aufgelaufenen Personalprobleme in einem einzigen großen strategischen Zug zu lösen. Nur durch ein großes Kabinettsrevirement lasse sich für die laufende Legislaturperiode eine Regierungspolitik aus einem Guß formulieren.

Wen die Freien Demokraten anstelle des Grafen Lambsdorff mit dem Wirtschaftsministerium betrauten, sei Sache des Koalitionspartners. Er, Strauß, sei von der Notwendigkeit eines Proporzes zwischen CDU, CSU und FDP überzeugt, weigere sich aber, in Ministerien „Parteierbhöfe" zu erblicken. „Das gibt es nicht", sagte der CSU-Vorsitzende.

Bundeskanzler Kohl wird es schwerfallen oder gar unmöglich sein, sich mit diesem Konzept zu befreunden. Für ihn liegt es nahe, den Verteidigungsminister auszuwechseln, ohne in das diffizile Geflecht des Regierungsbündnisses mit der FDP einzugreifen. In der Frage des Wirtschaftsministers hat sich der Bundeskanzler selbst festgelegt, indem er mehrfach betonte, daß er an der Zusammenarbeit mit Otto Graf Lambsdorff jedenfalls so lange festhalten wolle, bis eventuell ein Hauptverfahren gegen den Bundeswirtschaftsminister eröffnet werde. Die Berufung Dreggers in das Bundesverteidigungsministerium liegt für den Kanzler deshalb nahe, weil er an dessen Stelle die Wahl des CDU-Abgeordneten Wolfgang Schäuble oder des Kanzleramtsministers Jenninger zum Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU empfehlen möchte.

Für die Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden benötigt die CDU *jedoch die Zustimmung der 51* Abgeordnete starken CSU-Landesgruppe. Es entspricht der Raison der Gesamtfraktion, über den Vorsitzenden Konsens zu erzielen. An diesem Punkte könnte der CSU-Vorsitzende Strauß ansetzen, um sein Konzept der großen Kabinettsreform zur Geltung zu bringen. Obwohl Strauß bekanntlich mit der Außenpolitik Genschers in wichtigen Punkten nicht einverstanden ist – *stellvertretend sei der Dissens* über die Beurteilung des amerikanischen Eingreifens in Grenada genannt –, betont der Ministerpräsident, daß seine Revirement-Pläne

◆ Fortsetzung Seite 8

Dementi und Antwort

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat am Donnerstag mit folgender Erklärung zu dem von der WELT verbreiteten Text über eine Kabinettsumbildung Stellung genommen: „1. Ich habe der WELT kein Interview gegeben. 2. Die mir in den Mund gelegten Äußerungen sind der Wunsch der WELT. 3. Ich äußere mich nicht zu diesen Vorgängen. 4. Die WELT will offensichtlich damit ihre Kursänderung in Sachen Wörner um 180 Grad begründen, indem sie sich auf mich beruft."

Später sagte ein Sprecher der bayrischen Staatskanzlei gegenüber der Agentur Reuter, es habe am Mittwochabend ein Telefongespräch zwischen Strauß und WELT-Chefredakteur Herbert Kremp gegeben.

*

Aus einem Telefongespräch, das Herbert Kremp am Mittwochabend mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß führte, veröffentlicht die WELT die nicht ausdrücklich als vertraulich bezeichneten Teile. Die WELT hält an ihrer Darstellung fest.

Die Redaktion

DER KOMMENTAR

Entscheidungszwang

MANFRED SCHELL

Das politische Bonn wartet ungeduldig auf die Rückkehr von Bundeskanzler Helmut Kohl aus Israel. Vom Regierungschef werden Entscheidungen erwartet, die über die Bereinigung der Affäre um General Kießling und Bundesverteidigungsminister Wörner hinausgreifen. Es geht auch um den personellen Zuschnitt des künftigen Bundeskabinetts und speziell um die Frage, ob der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß der nächste Verteidigungsminister sein wird.

Außerdem muß sich Kohl um die Kursbestimmung in der Außenpolitik kümmern. Während seiner schwierigen Mission in Israel ist bei der Kabinetts-Diskussion über die Mittelamerika-Politik in Bonn der latente Dissens zwischen der FDP und der CSU, also zwischen Genscher und Strauß, wiederaufgebrochen.

Der Kanzler muß sich, auch wenn es ihm unlieb sein sollte, in die Rolle des Krisenmanagers begeben. Die Öffentlichkeit erwartet von ihm, daß er die hochnotpeinliche Affäre um Kießling und Wörner beendet. Rücksichten können nicht mehr genommen werden. Wörner, der offenkundig die Beziehung zur Realität verloren hat, muß seinen Hut nehmen. Eine Vakanz auf der Hardthöhe ist nicht möglich. Deshalb muß der Kanzler sofort einen Nachfolger präsentieren: Alfred Dregger oder Franz Josef Strauß, der dieses „Opfer" unter Umständen auf sich nehmen würde. Für Kohl dürfte allerdings Dregger im Vordergrund stehen. Schon deshalb, weil er dann auch die Fraktionsführung mit einem Vertrauten besetzen könnte.

Strauß hält von einer solchen „isolierten" Lösung wenig. Er plädiert für ein breiter angelegtes Revirement. Auch Graf Lambsdorff und vielleicht noch andere Minister – bei der CSU würde es Werner Dollinger treffen – müßten gehen. Die Regierung, so meint Strauß, dürfte nicht durch Personal-Probleme in die Defensive geraten. Dieses Argument hat viel für sich. Aber Kohl hat sich öffentlich festgelegt, daß die Entscheidung über einen Verbleib von Graf Lambsdorff erst ansteht, wenn das Hauptverfahren eröffnet werden sollte. Davon wird Kohl nicht abweichen können. Die FDP würde nicht mitmachen. Strauß wird deshalb mit größter Umsicht verfahren. Schon die eigene Partei setzt ihm Grenzen. Sie verlaufen dort, wo Gefahren für die bürgerliche Koalition entstehen könnten.

Kohl kann Shamirs Bedenken gegen Waffen für die Saudis nicht ausräumen

Israelische Regierung lobt aber gute Atmosphäre / Kanzler für Einheit Jerusalems

BERNT CONRAD, Jerusalem

Die Differenzen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir in der Frage deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien sind anscheinend unüberwindbar. Zwar meinte der Bonner Regierungssprecher Peter Boenisch gestern nach einer dritten Gesprächsrunde zwischen den beiden Regierungschefs in Jerusalem, man versuche, auch in diesem Punkt aufeinander zuzugehen. Faktisch ist eine Annäherung aber nicht in Sicht, auch wenn von deutscher und israelischer Seite übereinstimmend der freundschaftliche Charakter der Diskussionen betont wurde.

Shamir wandte sich gestern noch einmal strikt gegen jeden deutschen Rüstungsexport nach Saudi-Arabien. Sein Sprecher Avi Pazner schloß auch alle Möglichkeiten einer Kompensation oder eines Gegengeschäfts mit Israel eindeutig aus. In moralischen Fragen seien Kompromisse nicht denkbar, betonte er.

Gegenüber dieser harten Ablehnung machte Kohl nach Angaben Boenischs nur ein konkretes Zugeständnis, das die Israelis jedoch für wenig wirksam halten: Bonn werde bei eventuellen Waffenlieferungen an Riad auf einer saudischen Garantie für eine Nichtweitergabe an Dritte bestehen. Ferner versicherte Boenisch, der Kanzler werde alle israelischen Bedenken und Befürchtungen „angemessen berücksichtigen".

SEITE 3:
Begegnung mit dem Schicksal
SEITE 8:
Kohl in Yad Vashem

Tatsächlich sieht sich Kohl nach zuverlässigen Informationen nicht in der Lage, von seiner prinzipiellen Zusage an die Saudis abzugehen. Er ist auch nicht bereit, den Israelis Zusicherungen über den Umfang oder den Charakter der Waffenexporte zu machen.

Die Differenzen in der Waffenfrage spielten sich gestern vor dem Hintergrund von vier Reden des Kanzlers in Jerusalem und Tel Aviv über das deutsch-jüdische Verhältnis ab, die auf israelischer Seite sehr positiv aufgenommen wurden. Aufsehen erregte auch das Eintreten Kohls für die Beibe*haltung der Einheit Jerusalems* und damit gegen die von den Arabern geforderte Abtrennung der östlichen, meist von Arabern bewohnten Stadthälfte.

In dem dritten eineinhalbstündi-

● Fortsetzung Seite 8

CSU kritisiert Bonner Vorlage zur Mittelamerika-Politik

Zimmermann: Unkorrekte Verfahrensweise und Formulierung

MANFRED SCHELL, Bonn

Über die Mittelamerikapolitik der Bundesregierung ist es in der jüngsten Kabinettssitzung zu einem Konflikt zwischen dem Auswärtigen Amt und der CSU gekommen. Angesichts des entschiedenen Widerspruchs der CSU wurde daraufhin die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD zur Mittelamerikapolitik in wichtigen Passagen neu formuliert. Der Bundestag wird schon heute über diese Antwort debattieren.

Nach Informationen der WELT hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann die unter Punkt „Verschiedenes" *aufgerufene Diskussion* über diese Antwort der Bundesregierung mit scharfer Kritik an der Verfahrensweise eröffnet. Zimmermann, als stellvertretender CSU-Vorsitzender „Stimmführer" der CSU im Kabinett, gab seinen Protest darüber zu Protokoll: Entweder stünde „Schludrigkeit" oder aber „Absicht" dahinter, daß diese Vorlage im Hauruckverfahren durchgezogen werden solle. Obwohl *die Anfrage der SPD seit* August 1983 vorliege, sei die Antwort des Auswärtigen Amtes als „Tischvorlage" in der Kabinettssitzung verteilt worden. Für das Auswärtige Amt saß Staatsminister Möllemann (FDP) am Kabinettstisch, er entschuldigte das Verfahren unter anderem mit dem Unfall von Außenminister Genscher.

Die Tischvorlage war brereits ein von Bundesminister Warnke und Staatssekretär Meyer-Landrut (Auswärtiges Amt) überarbeiteter Entwurf. Dabei hatte Warnke schon grundsätzliche Positionen der Union hineingeschrieben. Zimmermann hatte diesen überarbeiteten Entwurf offenkundig zwölf Stunden vor der Kabinettssitzung lesen können und auf weitere Textänderungen gepocht. Möllemann zeigte sich dem Vernehmen nach durchaus kompromißbereit. Als Grundsatz wird in der Antwort der Bundesregierung gegenüber Nicaragua festgehalten: Laufende Projekte der Entwicklungshilfe würden weitergeführt. Aber „Neuzusagen können grundsätzlich nur erteilt werden, wenn sich herausstellt, daß sich Nicaragua nachhaltig von der Politik der Destabilisierung abwendet".

Ausdrücklich wird auch auf die Rolle Kubas speziell in Nicaragua hingewiesen. In Nicaragua selbst seien „Zeichen des Einlenkens" zu erkennen, aber es sei unklar, ob es sich dabei um „taktische" Manöver mit dem Ziel handele, Zeit zu gewinnen, oder tatsächlich eine Abkehr von der bisherigen Politik signalisierten.

Zimmermann hatte kritisiert, im Entwurf der Antwort der Bundesregierung sei leichtfertig „kommunistischer Sprachgebrauch" übernommen worden. *Die Aussage,* „Mittelamerika ist in den letzten Jahren zu einem gefährlichen Spannungsgebiet geworden", wurde neu gefaßt. Warnke und Zimmermann wandten sich dagegen, weil sie eine „Diskriminierung" zum Beispiel der Länder Panama, Kolumbien und Mexiko bedeuten würde. Sie wollten offenkundig

▲ Fortsetzung Seite 8

Reagan: Niemals Atomkrieg führen

Optimistische Botschaft des Präsidenten an den Kongreß und an die Nation

TH. KIELINGER, Washington

Mit der Versicherung „Amerika ist wieder da – aufrecht und mit Mut, Zuversicht und Hoffnung den achtziger Jahren zugewandt" – trat US-Präsident Ronald Reagan vor beide Häuser des Kongresses sowie die Fernsehkameras der Nation, um seine dritte Jahres-Rede zur Lage der Nation zu verlesen. Der Text war eine optimistische Analyse des „amerikanischen Traums" und wurde von allen Beobachtern sofort als Auftakt für Reagans eigenen Wahlkampf eingestuft.

Die Ankündigung, daß er eine zweite Amtszeit anstreben wolle, wird für Sonntag erwartet. Reagan wird am 6. Februar 73 Jahre alt.

Der Präsident rief seine Landsleute auf, „den nächsten Schritt der Freiheit zu unternehmen" und sich „hinter vier große Ziele zu scharen, um Amerika frei, sicher und in Frieden durch die achtziger Jahre zu bringen".

Als diese Ziele beschrieb er: stetiges Wachstum der Wirtschaft, Entwicklung von Amerikas „neuer Grenze" im Weltraum mit dem Bau einer permanenten Station im All; Festigung der traditionellen Werte der Familie, der Moral, der Gläubigkeit; und schließlich die Sicherung eines „sinnvollen Friedens".

SEITE 2:
Reagans Botschaft

„Es gibt nur eine vernünftige Politik für Ihr Land und für mein Land, um unsere Zivilisation im modernen Zeitalter zu bewahren", sagte Reagan in einer „Botschaft an das sowjetische Volk", die Teil seiner Rede war. „Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen und darf nie geführt werden." Es müsse sichergestellt werden, daß die vorhandenen Atomwaffen niemals zum Einsatz kommen. Reagan stellte die Frage, ob es nicht besser sei, diese Waffen vollständig abzuschaffen. Für diesen Teil seiner Rede bekam Reagan Beifall vom sowjetischen Botschafter Anatolij Dobrynin, der auf der Ehrentribüne saß.

Durch alle Passagen der Rede zog sich als roter Faden Reagans Appell zur Überparteilichkeit. Er hat mit diesem Ruf wichtige nationale Themen in den Griff bekommen, die seiner Regierung allein aus den Händen geglitten wären, so die Rentenversicherungsproblematik und die Erneuerung von Amerikas strategischem Waffenarsenal.

Jetzt schlug Reagan eine gemeinsame Lösung beider Parteien für die ernste Frage vor, wie man die hohen Budgetdefizite (rund 200 Milliarden Dollar im laufenden Haushaltsjahr) abbauen könne. Reagan weigerte sich,

■ Fortsetzung Seite 8

Wieder Ausreise erzwungen?

DW. Bonn/Berlin

Zwölf „DDR"-Bewohner haben nach Darstellung der „Bild"-Zeitung am vergangenen Dienstag die Ausreise in den Westen erzwungen: Sie flüchteten in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin und wurden nach langen Verhandlungen nach West-Berlin abgeschoben. Erst am vergangenen Sonntag hatten sechs Mitteldeutsche ihre Ausreise durch die Flucht in die amerikanische Botschaft in Ost-Berlin erreicht. Die Bundesregierung in Bonn lehnte es ab, zu dieser Meldung Stellung zu nehmen. Staatsminister Jenninger vom Kanzleramt nannte es „unverantwortlich, menschliche Schicksale zum Gegenstand öffentlicher Spekulationen zu machen".

Erste SS 22 in der „DDR" gesehen

rtr/AP, Prag/Washington

Nach Informationen des amerikanischen Geheimdienstes ist in der „DDR" erstmals eine der neuen sowjetischen Mittelstreckenraketen SS 22 gesehen worden. Die 900 Kilometer weit reichende Atom-Rakete stehe bei Bernsdorf im Bezirk Cottbus. Sie könne Ziele in der Bundesrepublik, in Belgien, Dänemark, Teilen Frankreichs und Großbritanniens erreichen und sei die erste SS 22 außerhalb sowjetischen Gebietes.

Ein hoher Beamter im tschechoslowakischen Außenministerium, Richard Dvorak, hat bestätigt, die Stationierung der nach einer Vereinbarung mit der UdSSR vorgesehenen neuen sowjetischen Atom-Raketen in der CSSR habe noch nicht begonnen.

Europas Beitrag zur Raumstation

dpa, Bonn

Die Bundesregierung hat das Angebot von US-Präsident Reagan an befreundete Staaten begrüßt, sich an Entwicklung und Betrieb einer ständig bemannten Raumstation für die friedliche Nutzung des Weltalls zu beteiligen. Bundesforschungsminister Riesenhuber (CDU) nannte eine solche Station richtungweisend. Aus dem unter deutscher Beteiligung gebauten europäischen Weltraumlabor Spacelab könne ein eigenständiger Beitrag für eine künftige Weltraumstation entwickelt werden. Es sei notwendig, die 1983 begonnenen Gespräche über die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit in der Raumfahrt fortzusetzen.

Seite 2: Traumschiff

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Signale

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Manchmal, selten zwar, ereignen sich weltpolitische Nebensächlichkeiten, *die* wie ein Röntgenstrahl die verborgene innere Struktur der Ost-West-Politik sichtbar machen. Diesen Charakter hat das gelüftete Geheimnis, das Moskau für die eilfertige Freilassung der sechs in die Ostberliner US-Botschaft geflüchteten Landsleute aus der „DDR" gesorgt habe.

Solche Eilfertigkeit muß, davon hat man auszugehen, im Interesse Andropows gelegen haben. Unter diesem Aspekt ist dann auch das letzte „Prawda"-Interview des kranken Sowjetführers zu lesen. Andropow signalisiert Bereitschaft zum Dialog mit Washington, zementiert jedoch zugleich eine, wie er wissen wird, auf die Dauer unhaltbare sowjetische Ausgangsposition. Zu fragen ist, inwieweit sich dieses Signal direkt an Präsident Reagen, oder ob es sich nicht vielmehr an die europäischen Verbündeten der USA richtet. Angenommen, es sei eher der zweite Adressat gemeint, dann ist es folgerichtig, daß Moskau bestrebt sein mußte, um die sechs möglichst wenig Aufhebens entstehen zu lassen.

Es gehört weniger Phantasie als Kenntnis der sowjetischen Außenpolitik seit 1945 dazu, um zu dem Schluß zu kommen, *daß die* Stärke Amerikas unter der Führung Ronald Reagans den Sowjetführer zu dem Versuch veranlaßt, die Europäer von der Seite Amerikas wegzumanövrieren. Kein anderes Feld bietet dafür so viel Ansatzpunkte wie das deutsch-deutsche Verhältnis. In dieser Sicht erweist sich die in Bonn verbreitete Annahme, die „DDR" habe dank ihrer geostrategischen und wirtschaftlichen Bedeutung eine so starke Position im Sowjetblock, auch gegenüber Moskau, daß Honecker sich eine gewisse Handlungsfreiheit herausnehmen könne, als falsch. Das Gegenteil ist richtig: Honecker ist so abhängig von Andropow, daß nicht einmal die Freilassung der sechs von ihm entschieden werden konnte.

Wenn diese Analyse stimmt, dann hat die Bundesregierung Grund zur Vorsicht. Natürlich soll Bonn nach dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung Möglichkeiten der Kooperation mit Honecker, wie auch mit Ungarn, klug nutzen. Nur dürfen wir dabei keinen Augenblick vergessen: Das Ziel Moskaus ist es, mit der Bundesrepublik die Europäer von Amerika zu trennen.

Reagans Traumschiff

Von Adalbert Bärwolf

Die 12 Blockbuchstaben United States an den weißen Rümpfen der vier amerikanischen Raumflugzeuge werden künftig noch größer geschrieben werden. Und das ohnehin schon kleine Akronym Nasa am Schwanzende der bemannten Raumflugmaschine wird noch kleiner werden. Denn Präsident Reagan hat endlich den Startschuß für ein Programm gegeben, das die permanente Präsenz Amerikas im Weltraum bedeutet.

Doch Reagan hat bei seiner Ankündigung, die USA würden in den nächsten zehn Jahren eine ständige Erdaußenstation konstruieren, eine Chance verspielt: Er hat die amerikanische Nation *nicht dazu aufgerufen, voll hinter dem kosmischen* Projekt zu stehen, das für die Verteidigung Amerikas gegen einen nuklearen Angriff der Sowjetunion vonnöten sei. Er hat auch nicht den großen Blick über den Horizont der Zukunft hinaus gezeigt, die „grand vision" mit einer Ladung von Amerikanern auf dem Mars etwa. Reagans Griff zu den Sternen ist noch nicht griffig genug.

Die Amerikaner sind ein Pioniervolk. In den Wüsten und Prärien des Landes hatten sie Raketen gebaut – so hoch wie Kathedralen. Mit diesen Raketen hatten sie 27 Menschen zum Mond geschossen und damit die Russen übertrumpft. Kennedy hatte das Ziel gesteckt, und er hatte einen exakten Termin gesetzt. Reagan muß seine Weltraum-Pläne überhöhen, wenn das *Raumschiff kein Traumschiff bleiben soll.*

Die Amerikaner wollen wissen, wofür sie wahrscheinlich hunderte Milliarden von Dollar ausgeben werden. Auch die Europäer müssen bei einer Kostenbeteiligung wissen, wie weit ihr Mitspracherecht bei Konzeption und Betrieb der Station reicht.

Die erste permanente bemannte Raumstation kann nur eine Zwischenstation sein. Von dieser Insel im Vakuum lassen sich Lichtkanonen abfeuern oder Projektile elektromagnetisch beschleunigen. Es lassen sich dort auch mikroelektronische oder pharmazeutische Fabriken errichten. Man kann von ihr in geostationäre *Bahnen* oder zum roten *Planeten* fliegen. Die Russen wissen, was sie wollen: die Vorherrschaft in der dritten Dimension.

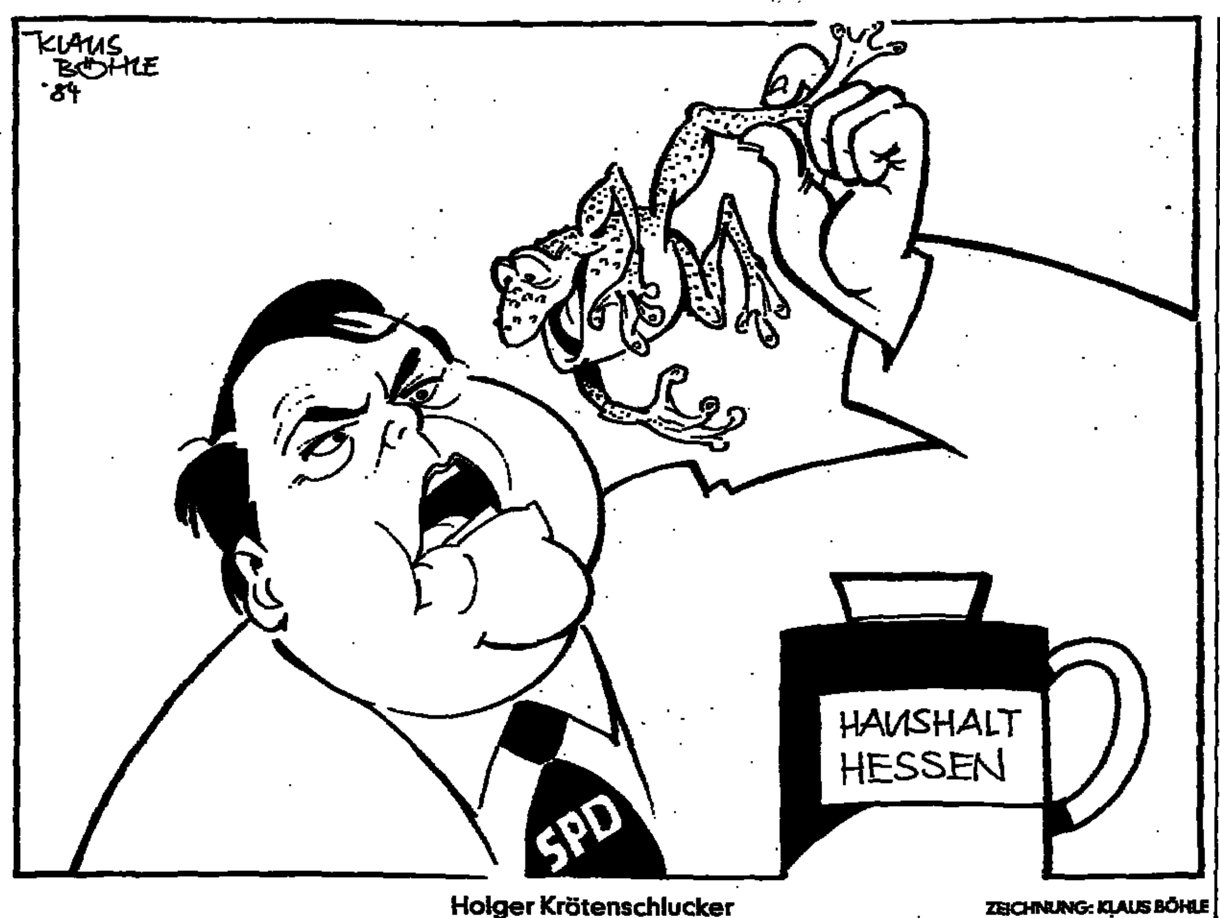
Zwei Fronten

Von August Graf Kageneck

Was die französische Öffentlichkeit lange befürchtet hatte, ist eingetreten: Der Abschuß eines Jaguar-Jagdbombers durch gegnerische, vermutlich libysche Kräfte *in Tschad* signalisiert eine gefährliche Eskalation des seit Monaten „schlummernden" Krieges im Inneren Afrikas. Frankreich sieht sich jetzt mit zwei Konfliktherden konfrontiert, denen es sich nicht mehr entwinden kann, ohne das Gesicht zu verlieren: In Beirut bluten seine tatenlos abwartenden Soldaten unter den Schlägen moslemischer Fanatiker, in Tschad bereitet sich eine neue Kraftprobe des gefürchteten *Libyers Khadhafi mit* Frankreich und seinem Schützling Hissen Habré vor.

An beiden Fronten ist Frankreich überfordert. Das Ziel, durch Truppenpräsenz eine haltlos gewordene Lage zu stabilisieren, ist nirgendwo erreicht worden und kann nicht erreicht werden. Die vorhandenen Mittel genügen weder für eine wirklich symbolträchtige Präsenz noch zu einer Wiederherstellung *der Lage mit militärischen Mitteln.* Paris steckt in einer wenig beneidenswerten Zwickmühle: Abziehen kann es nur unter Hingabe jeglichen Großmachtanspruchs, verharren *ohne zu* reagieren, ist ungestraft nicht länger möglich; seine Truppen wesentlich zu verstärken und so mit dem Gegner zu verhandeln, ist in Libanon undurchführbar und geht in Tschad an die Grenzen seiner militärischen Kapazität.

Wo *also* ist die *Lösung?* Den Verhandlungsweg hat Präsident Mitterrand seit der Entsendung französischer Truppen vor sieben Monaten aufrichtig zu begehen *versucht. Die Besu*che seiner Emissäre in Tripolis und libyscher Unterhändler in Paris waren Legion. Der letzte Versuch, vor dem Forum der Organisation für Afrikanische Einheit eine Aussöhnung der beiden feindlichen Brüder Habré und Goukouni herbeizuführen, scheiterte an der Weigerung des legalen Regierungschefs Habré, sich in die von Libyen gestellte Falle in Addis Abeba zu begeben. Khadhafis Geduld ist nun sichtlich am Ende. Von jetzt an werden die Waffen sprechen – mit gänzlich ungewissem Ausgang für Frankreich.



Holger Krötenschlucker

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Reagans Botschaft

Von Thomas Kielinger

Sie nennt sich „Botschaft zur Lage der Nation", aber man sollte sie besser „Bericht über die Lage des Präsidenten" heißen. Was Ronald Reagan seinen Landsleuten vortrug, war der *unverwechselbare* Text eines Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 6. November 1984. Noch hat es zwar bis Sonntag Zeit, ehe Reagan seine Absichten endgültig bekanntgibt; aber die Rede vor beiden Häusern des Kongresses muß jeden Zweifel beseitigt haben: So spricht kein Politiker, der seinen Abschied vorbereitet, so spricht ein Wahlkämpfer, der sich und seine Politik für gut und inspirierend genug hält, ein zweites Mal bevorzugt zu werden.

Darf Ronald Reagan sich *Hoffnungen auf eine zweite Amtszeit machen?*

Nach der rhetorischen Leistung vom Mittwoch abend durchaus. Wir müssen mit dem Äußeren, der Ausstrahlung, beginnen, weil Politik im Fernsehzeitalter, vor allem amerikanische Politik, ohne das Medium und *die* Art, wie einer es beherrscht, nicht mehr beurteilt werden kann. Danach ist der jetzige Präsident ein nahezu unschlagbarer Kandidat. Er besitzt das mühelos verwaltete Talent zur Ansprache, hat einen natürlichen Rapport mit den Grundidealen seines Landes und verwandelt das Grau politischer Sprache *in die bunte* Palette amerikanischer patriotischer Gefühle.

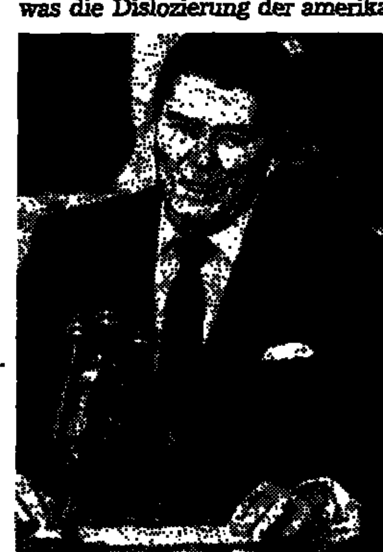
Reagan ist auf eine Weise „präsidentiell", wie es Jimmy Carter nicht einen Tag lang gewesen ist. Er muß von daher keinen Konkurrenten fürchten. *Er muß überhaupt* nicht so sehr die einzelnen Männer fürchten, die da auf seiten der demokratischen Partei angetreten sind; er muß zwei Themen im Auge behalten, die ihm gefährlich werden können; das Haushaltsdefizit und die explosive *Lage in Libanon.*

Auf beiden Feldern ist der Präsident ein ungeheures Wagnis eingegangen. Gewiß, die Inflation ist fürs erste besiegt, die Arbeitslosenzahl geht langsam nach unten, die Rezession ist überwunden, der Aufschwung imposant. *Mit* geborgten 200 Billionen Dollar kann man sich beinahe alles kaufen, vor allem eine so schöne Wachstumsrate – rund fünf Prozent –, wie die Amerikaner sie zur Zeit auswerfen. Hat man je einen konservativen angeblichen „Ideologen" gesehen, der mit einer so starken Basis Keynesianismus seine eigenen Grundsätze Lügen straft?

Aber so ist dieser Präsident eben – seine Füße stehen *„nicht in Beton",* wie er einst in Kalifornien gesagt hatte, um als Gouverneur Steuererhöhungen durchzusetzen, die er als Kandidat heftig bekämpft hatte. Die Flexibilität Reagans ist erstaunlich – oder ist es seine Risikobereitschaft? Der Tag der Abrechnung über soviel geborgtes Geld *läßt* sich *nicht aufschieben,* und wehe, er läutet neuen Kreditengpaß und eine von Hochzinsen angeführte neue Rezession ein. Könnte da eine Verfassungsänderung, die in Zukunft einen ausgeglichenen Haushalt gesetzlich vorschriebe, noch *Abhilfe* bringen? Reagan hat dies, dreist genug, vorgeschlagen – wie ein Fuchs, der sich im Geflügelstall bedient hat und nun nach Rechtsschutz für das Federvieh ruft.

Das Wagnis in Libanon ähnelt dem der Defizitfinanzierung insofern, als auch sein Ausgang von einer Unzahl von Imponderabilien abhängt. Das vermittelt ein Gefühl *der Hilflosigkeit – ein* ungünstiges Moment für die amerikanische Libanon-Politik. Erst in diesen Tagen haben Reagans Berater die Gefahr eines abbröckelnden Konsensus erkannt und ihre Taktik geändert.

Der propagandistische Hauptakzent liegt jetzt nicht mehr darauf, was die Dislozierung der amerikanischen Soldaten erreicht oder erreichen kann (da gibt es noch wenig vorzuweisen an Fortschritten interner Einigung in Libanon). Das Weiße Haus und das State Department warnen jetzt *mehr und mehr* vor dem, was kommen könnte, wenn die Truppe abgezogen würde: neuer Bürgerkrieg in Libanon, Erweiterung des syrisch-sowjetischen Einflusses und die greifbare Gefahr eines neuen syrisch-israelischen Konflikts.



Steht nicht mit den Füßen in Beton: Ronald Reagan FOTO: AP

Trotz der Richtigkeit des Arguments: Reagan steht in einer mißlichen Lage. Aushalten heißt, sich täglich mit der Linderung der nationalen Pathologie beschäftigen müssen, die jeden Augenblick einen neuen Anschlag auf die Mari*nes* befürchtet. Abziehen würde verheerende Folgen nach sich ziehen, auch für das amerikanische Ansehen im gesamten Nahen Osten. Eine solche Situation, die wenig gewinnen läßt, kann den Höhenflug einer noch so erfolgreichen Wahlkampagne unterbrechen.

Wie wird Moskau den amerikanischen Wahlkampf spielen? Erste Linien zeichnen sich ab. So plump wie in der Bundesrepublik vor einem Jahr werden die Sowjets sich *nicht einmischen wollen – das* geht nur nach rückwärts los, wie sie zu ihrer Enttäuschung lernen mußten. Statt dessen dürfte der Kreml eine Doppelstrategie anwenden: in der Rhetorik konziliant, also eingehend auf Reagans eigene Tonart dieser Tage und Wochen. In der Sache aber unnachgiebig: keine Rückkehr an den Tisch der Nuklearverhandlungen und kein Nachlassen des Drucks in Libanon und Zentralamerika.

Ronald Reagan ist der *Kandidat* des amerikanischen Optimismus, und als solcher trat er am Mittwoch abend vor die Nation. Mit dem Blick auf die Sterne und auf eine gerechtere, bereicherte Welt hier unten lenkt er den immer bereiten Elan seiner *Landsleute* auf eine lokkende Zukunft. Er hat viel wieder aufgebaut in *diesem Volk, das* neuen Mut zu sich und seiner Führung gefunden hat. Es wäre ein Jammer, wenn dieser Aufschwung an den Realitäten der Wirtschaft und den Hürden auswärtiger Krisen scheitern sollte.

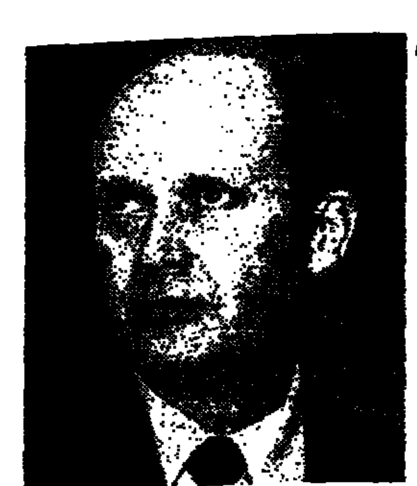
IM GESPRÄCH Frank Dahrendorf

Bohren dicker Bretter

Von Peter Philipps

Die SPD beginnt, sich bundesweit aus der medienpolitischen Schmollecke herauszubewegen. Private *Rundfunkveranstalter* sind nicht mehr unbedingt der Teufel, der mit dem öffentlich-rechtlichen Beelzebub ausgetrieben werden muß. *Die* vom Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi vorgelegten Grundsätze für ein neues Mediengesetz des Stadtstaates weisen in diese Richtung.

Diese Wende auf sozialdemokratisch zeigt neben dem Pragmatismus des lernfähigen Parteimanagers Peter Glotz vor allem die Handschrift des Medienbeauftragten der Partei, Frank Dahrendorf. Im Mai 1983 hatte der Bonner SPD-Vorstand den Hamburger Wirtschaftsanwalt *in* dieses Amt berufen, in dem er sich selbst als „Servicestelle" versteht, die „die Interessen der SPD im Bereich des Rundfunks zu koordinieren, abzustimmen und wahrzunehmen" hat.



Heilsam für die Öffentlich-Rechtlichen: Frank Dahrendorf FOTO: JUPP DARCHINGER

Wer den 49jährigen Juristen am *Anfang dieser Tätigkeit im* Verdacht haben mochte, daß er sich nun zum Befehlsausgeber für alle Rundfunkjournalisten entwickeln würde, die ein blaues Parteibuch in der Tasche *haben, der konnte ihn kaum kennen:* Denn fußend auf einem tiefsitzenden sozialdemokratischen Fundament – schon der Vater war SPD-Politiker – war Dahrendorf bekannt dafür, daß er durch Pragmatismus seine Aufgaben erledigte ohne ideologische Scheuklappen und frei von einer sich verselbständigenden Suche nach Formulierungsglanz vor großem Au*ditorium, die seinen älteren* (FDP-)Bruder Ralf Dahrendorf auszeichnet, *ihm* aber auch *immer* wieder zum Verhängnis wird. Der „kleine" Dahrendorf ist mehr ein Mann des geduldigen Bohrens dicker Bretter.

Seit 1970 war Dahrendorf, den eine jahrelange Freundschaft mit Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel verbindet, Staatsrat in Hamburg; 1978, nach dem absoluten Bürgerschafts-Wahlsieg, holte ihn Hans-Ulrich Klose als Justizsenator *in sein Kabinett.* Was seine Vorgänger Klug und Meyer an Reibungsverlusten in der Behörde und an miserablem Klima zur Richterschaft der Hansestadt aufgebaut hatten, räumte der Neue fort. Er wurde trotz – oder wegen – der Erfolge jedoch schon 1979 vom angeschlagenen Klose über die Giftmüll-Affäre Stoltzenberg gestürzt. Ein Untersuchungsausschuß rehabilitierte ihn vollständig.

Vogel holte seinen Freund im Januar 1981 als Innensenator nach Ber*lin.* Aber wieder blieb die Regierungstätigkeit ein kurzes Gastspiel. Mit Rückenstärkung vor allem auch durch Willy Brandt hat Frank Dahrendorf heute Sitz als kooptiertes Mitglied im Parteivorstand. *Wer* hätte, bevor er dort saß, aus diesem Gremium schon einmal den Satz *gehört:* Für die „zu wenig flexibel" gewordenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten „werden *private* Rundfunkveranstalter eine heilsame Lehre sein"?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WELTWOCHE

Zum Fall Wörner–Kießling schreibt das Zürcher Blatt:

In Bonn spielt sich jetzt die lang angekündigte politisch-moralische Wende ab: eine Wende, die in schummrigen Bars stattfindet und *auf käufliche Menschen baut.* Politiker wenden sich dem Milieu zu und beginnen, mit dem Jargon der Halbwelt ihr Überleben im Amt zu sichern. Schmutz hat begonnen, das politische *Geschäft in* Bonn zu bestimmen. Gerade das hätte sich der markige, selbstbewußte Manfred Wörner nie träumen lassen: Er, der Verteidigungsminister, der Jet-Pilot, der Armee-Experte, hofft Schützenhilfe zu finden bei einem homosexuellen Bekenntnis-Schriftsteller. Die Karrieresucht Wörners und seine Unfähigkeit, Fehler einzugestehen, standen der großen Stunde des Schweizers Alexander Ziegler Pate ... Doch nicht nur der *verzweifelte Versuch,* die eigene Karriere zu retten, führte zu diesem beispiellosen Treffen mit dem in Selbstinszenierungen erfahrenen Schweizer: Kanzler Helmut Kohl duldete *bis* zu jenem Zeitpunkt – aus Angst vor seinem Über-Ich Franz Josef Strauß – keine Regierungsrücktritte ... Wegen Kohls Angst vor einem Minister Strauß werden nicht nur Possen aufgeführt, sondern hektisch Strichjungen gesucht – in Düsseldorf, Köln und wo auch immer.

BERLINER MORGENPOST

Der Abgang Wörners ist überfällig, heißt es hier:

... Einen Fall Wörner gibt es, unbestritten. Wenn nicht alles täuscht, sind seine Tage als Verteidigungsminister gezählt. Er hat, eine klassische Verstrickung, die Bundeswehr und Kießling nach Kräften zu schonen versucht und dabei kapitale Fehler begangen, die das Gegenteil von dem erreichten, was er *anstrebte. Wörner* hat inzwischen völlig die Balance verloren. Anders wäre nicht zu erklären, daß er sich viereinhalb Stunden lang mit einem schillernden Mann aus der schweizerischen *Homosexuellenszene* unterhalten hat. Eine unmögliche, stillose Gesprächsrunde, die auch durch die Anwesenheit des Kanzleramts-Staatssekretärs Schreckenberger nicht erträglicher wurde.

The Daily Telegraph

Zu den Ost-West-Beziehungen schreibt die Londoner Zeitung:

Präsident Jurij Andropows außenpolitische Erklärung – einmal vorausgesetzt, daß er sie wirklich selbst geschrieben hat – liest sich deprimierend ... Auf das Wesentliche reduziert erklärt er, daß die Sowjetunion *an einem Dialog nicht interessiert ist,* bis der Westen seine Politik von „Drohungen, Druck und Machtdiplomatie" ändert ... Aber nicht zum ersten Mal verkennt der Kreml die Stimmung der Vereinigten Staaten, ebenso wie in Westeuropa. Herr Andropow ist vollkommen unrealistisch. Die neuen Raketen der NATO sind für dauernd in Europa, oder wenigstens bis Moskau bereit ist, ernsthaft über ihren Abzug zu verhandeln und sein riesiges *SS-20-Arsenal* abzubauen. Also, warum nicht jetzt reden?

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das Essener Blatt befaßt sich mit Hessen:

Die Grünen in Hessen sind, wie Börner es *ausdrückt, aus* der Wasserwerfer-Distanz herausgekommen. Der amtierende Ministerpräsident hat für seinen Teil die Dachlatte beiseite gelegt. Es fragt sich, wie nahe beide sich *kommen* und *ob daraus* eine Umarmung oder ein Clinch wird. Beide gehen ein Risiko ein.

Die Schwierigkeit, ein grüner Kommunist zu sein

Die Z-Fraktion, der Kommunistische Bund und die Sache mit Börner / Von Detlef Ahlers

In der Partei drängen Kräfte nach vorn, die unsere grüne Politik in nicht länger vertretbarer Weise verändern", kritisierte der Bundestagsabgeordnete der Grünen, General a. D. Gert Bastian. Er meinte vor allem „die dem Kommunistischen Bund *entstammende* ehemalige Z-Fraktion", die „gewaltorientiert und stark antiamerikanisch ist".

Zu dieser Z-Fraktion gehören Rainer Trampert, Mitglied des Bundesvorstands; Jürgen Reents, Mitglied des Bundestages; Thomas Ebermann (KB-Deckname Langer), Mitglied der Hamburger Bürgerschaft; *Michael Stamm, der im* Hamburger Landesvorstand sitzt; Bettina Hoeltje und Marion Pein, die in die Bürgerschaft nachrücken sollen.

1979 löste sich die mittlere Ebene (Zentrumsfraktion) des Kommunistischen *Bundes* von der *Führung.* Der KB verlor damals stark an Mitgliedern, die Zahl sackte schnell von etwa 2300 auf 1200. Er ist vor allem in Norddeutschland aktiv, die Zentrale sitzt in *Hamburg,* Filialen sind in Berlin, Göttingen und Freiburg. Seine Position im Maoismus war zu der Zeit an der Seite der Mao-Witwe, gegen den „Hua-*Putsch*".

Die Kritik der Spalter an der Führung ging auf unterschiedliche Ansichten darüber zurück, ob eine kommunistische Organisation (wie der KB) durch äußere oder innere Einflüsse in eine Krise gerät, und wie deshalb die damalige Gründung einer grünen *Partei einzuschätzen* sei. Vor diesem Krach war der KB die letzte intakte K-Gruppe (außer dem VEB DKP); die einzige, die je ein beachtliches Potential an jungen Arbeitern und *Arbeitslosen* auf die Straße bringen konnte.

Etwa 150 Z-Anhänger beschlossen, den KB zu verlassen und den Weg ins Grüne zu versuchen. Im „Arbeitskampf" 166/November '79 legten sie ihre Gründe für diesen Schritt dar: Zwar sei die grüne Partei nicht identisch mit der „Neuen Partei", die nach KB-Analyse zu erwarten sei. Aber die *grünen* Bewegungen drohten „zur leichten Beute bürgerlicher Reintegrationsmanöver zu werden"; dies müsse man dadurch verhindern, daß *Kommunisten* – unabhängig vom spontanen Auf und Ab solcher Bewegungen – mitarbeiten. „Die Konzentration *linker Strömungen* auf bürgerliche Wahlen" sei zwar „politische Schwäche, parlamentarische Illusion", dies müsse jedoch als „kurzfristig unabänderlich" betrachtet werden.

Etwa 30 Monate nach der Spaltung reichte die Gruppe weitere Begründungen nach (taz am 10. August '82): Lenin habe geglaubt, die Umwälzung der Produktionsverhältnisse ermögliche ungehemmte Produktivkraftentfaltung. Dies sei ein Fortschrittsbild, das dem von Strauß vergleichbar sei, denn es *übersehe das* Destruktive *der industriellen* Produktion. Mit harten Worten gingen die Z-Leute dabei mit den K-Gruppen ins Gericht: „Sie predigen die Theorie der Be*freiung, um Jünger zu sammeln.*"

All diese Positionspapiere – jedes so lang wie eine EG-Agrarverordnung – erwähnen ein Motiv nicht, das für viele junge Leute mitentscheidend war. Von Anfang an hatte der KB versucht, die Grünen zu durchsetzen. Das erwies sich als *Fehler: Denn viele KBler lernten* bei den Grünen, daß es „vom Vertrauen, und nicht von verborgener Verachtung geprägte Formen des politischen Miteinander gibt", wie sich „Die Zeit" ausdrückte.

Im Hamburger Landesverband der Grünen, der am stärksten Z-durchsetzt ist, konnte man Kritik wie die Bastians häufig hören. Aber die Kritiker gaben auch zu, daß die Z-Leute deswegen in wichtigen Positionen seien, weil sie sich auch um unangenehme Dinge kümmern, wie Buchführung, Tele*fondienst, Zusammenfassen* der meterlangen Thesenpapiere zu einem tragbaren Kompromiß. Außerdem seien sie organisatorisch geschult, hätten Verbindungen zu Druckereien usw.

Für den Hamburger Ebermann war Bastians Kritik nur eine lapidare Antwort wert: „Es ist Geschmacksache, was man schlimmer findet, daß jemand früher General oder Leninist war. Alle Z-Leute sind von der Basis in ihre Funktionen gewählt – das war kein Putsch. Inzwischen halte ich parlamentarische Arbeit für sinnvoll, glaube allerdings, daß die Möglichkeiten der Opposition in Feierstunden zu hoch bewertet werden."

Wenn es nach der Meinung der Gruppe Z ginge, dann hätten Hessens Grüne die SPD-Minderheitsregierung zu tolerieren, sollten sich aber nicht auf eine Regierungsbeteiligung einlassen. Trotzdem werden die Hessen-Grünen angegriffen, weil sie „Börner nur das abgerungen haben, was er sowieso machen wollte" (Ebermann) – und damit die Grünen überflüssig gemacht hätten.

Mit Theodor Heuss wurde das Staatsoberhaupt zum Bürger

> „Die Tugend des Journalisten ist die Diskretion, sein Gewerbe (offenbar) die – Indiskretion."

Bundespräsident Theodor Heuss, vormals Journalist, im Jahre 1954

Von GEORG SCHRÖDER

Seien wir deshalb auch im Gedenken an den 100. Geburtstag von Theodor Heuss indiskret und sprechen eine betrübliche Tatsache offen aus: Zwanzig Jahre nach seinem Tod ist der Name Heuss verblaßt, ja vielen unbekannt. Bezeichnend dafür ist eine sechszeilige Meldung der „Bild"-Zeitung: „Zum 100. Geburtstag von Papa Heuss (unserem ersten Bundespräsidenten) versieht die Post am 31. Januar Briefe und Karten mit einem Sonderstempel."

Da muß also aus gutem Grund in Klammern erläutert werden, wer Heuss eigentlich war. Dazu wird er auch noch als „Papa Heuss" charakterisiert, eine Bezeichnung, die er schlichtweg verabscheute. „Freunde, verkitscht mich nicht", hatte Heuss ihm nahestehende Journalisten mehr als einmal beschworen. Trotzdem: Das Wort vom „Papa Heuss" breitete sich aus. Mir klingt noch heute der durch den Ritter Götz von Berlichingen literarisch gewordene schwäbische Gruß in den Ohren, mit dem Heuss vor der Godesberger Redoute, in der sich 1959 die Presseleute vom scheidenden Präsidenten verabschiedet hatten, den Zuruf „Papa Heuss" von Schulkindern quittierte.

Konrad Adenauer und Ludwig Erhard sind heute wieder stärker als in den siebziger Jahren lebendige Namen auch in der Tagespolitik. Theodor Heuss, der zehn Jahre unser Staatsoberhaupt war, ist dies nicht. Das letzte Mal, daß mit seinem Namen die Wähler beschworen wurden, ihre Stimme seiner FDP zu schenken, war 1961. Da schaute Heuss gemeinsam mit Erich Mende von den Litfaßsäulen auf das Wahlvolk herab: „In seinem Geist mit neuer Kraft".

Heute kann die FDP ihren ersten Parteivorsitzenden an seinem Geburtstag wieder uneingeschränkt feiern. Daß dies nicht immer so war, ist kein Geheimnis. Denn Heuss, der sich mit gutem Grund als schwäbischer Erbe des demokratischen und nationalen Bürgertums der 48er Revolution sah, empfand seinen Nachfolger Thomas Dehler und alles, für das dieser in der FDP stand, als einen Gegenpol. Es war eben kein Zufall, daß der Bundespräsident im Einvernehmen mit dem ersten Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, seinem Parteifreund Höpker-Aschoff, nach der Wahl von 1953 Konrad Adenauer nahelegte, ihm nicht wieder Dehler als Bundesjustizminister vorzuschlagen.

Als es später im Streit zwischen Dehler und Adenauer um die Koalition und damit um den Kurs der FDP ging, gab der Bundespräsident seine sonst sehr bewußt gewahrte politische Reserve weitgehend auf. Er bat einige Bonner Korrespondenten zum Abendessen zu sich. Er machte dabei aus seinem Herzen keine Mördergrube, damit jeder wissen konnte, wo er in dieser Sache stand, nämlich gegen Dehler.

Für uns Journalisten sollte es eigentlich mehr als eine Pflicht, sollte es ein Vergnügen sein, den Namen Heuss vor dem Verblassen zu retten. Denn das erste Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland war trotz Professorentitel, den er erst in den Nachkriegsjahren von der Technischen Hochschule Stuttgart erhielt, kein Wissenschaftler. Er war auch bestimmt kein Vollblutpolitiker, trotz Abgeordnetenmandats. Er war einer von uns, war, um es ganz genau zu sagen, im Grunde seines Herzens ein politischer Feuilletonist, der so gern als junger Mann Feuilleton-Redakteur bei der alten „Frankfurter Zeitung" geworden wäre.

So ist es gut, daß jetzt den Federn von Journalisten zwei Heuss-Bücher zu verdanken sind, die zu diesem Geburtstag erschienen. Ingelore M. Winter: Theodor Heuss. Ein Porträt. Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen. 311 Seiten, 36 DM, und Hildegard Hamm-Brücher / Hermann Rudolph: Theodor Heuss. Eine Bildbiographie. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. 192 Seiten mit 372 Abbildungen, 39,80 DM. Beide verdienen es, gelesen zu werden, vor allem damit nicht nur das Bild von dem betagten Landesvater aufgefrischt wird, von dem Mann, der für fast alle erst als Bundespräsident zu einer nationalen Figur wurde.

Wer von uns teilt schon die Erinnerung von Albert Schweitzer, der einst in Straßburg Theodor Heuss und Elly Knapp, die Tochter des Nationalökonomen, traute, die Erinnerung an den „geistreichen schwäbischen Jüngling", *der im Gefolge Friedrich Naumanns*, seines großen Lehrmeisters, im Elsaß auftauchte und imponierte? Beide Bücher zeigen uns den Heuss, der vor dem Ersten Weltkrieg im heimatlichen Heilbronn die Lokalzeitung machte, der zusammen mit Ludwig Thoma und Hermann Hesse eine literarisch-politische Zeitschrift herausgab. Zeigt uns auch in Wort und Bild den Berliner Stadtverordneten und jungen demokratischen Reichstagsabgeordneten, der zugleich fleißiger Mitarbeiter von Stolpers „Deutschem Volkswirt" war.

Heuss war ein Journalist. Als Bundespräsident meinte er einmal: „Darauf bin ich stolz, daß ich alle meine Reden und das, was man so Geleitworte nennt, selbst geschrieben habe."

„Da zeigt es sich doch, wie gut es ist, daß Sie einmal Journalist waren", erlaubte ich mir anzumerken. „Sie haben recht. Das ist eigentlich die beste Vorbereitung für mein Amt als Bundespräsident gewesen."

Seltsam, daß heute schon in Vergessenheit gerät, was doch vor Jahrzehnten alle Welt sagte: Die Wahl von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten nach dem zweiten großen Zusammenbruch Deutschlands war ein ganz seltener Glücksfall der Geschichte. Fast mit den gleichen Worten haben das im Januar 1959, als die Präsidentschaft von Heuss dem Ende nahte, der Schweizer Historiker Carl J. Burckhardt und der sozialdemokratische „Vorwärts" festgestellt. Nahezu jedermann stimmte dem damals zu. Auch das ist ungewöhnlich in der jüngsten deutschen Geschichte. So ungewöhnlich wie die Tatsache, daß ein Homme de lettres, ein geistiger Mensch, an die Spitze unseres Staates berufen wurde.



Am 31. Januar wäre er 100 geworden: Professor Theodor Heuss FOTO: SCHEERER

Hier war ein Bildungsbürger, dem die schwierige Aufgabe zufiel, dem von den Vätern der Verfassung so kärglich, ja mit viel zu kärglichen Rechten ausgestatteten Amt des Bundespräsidenten Profil zu verleihen. 1949, als der Neugewählte noch auf Bundespräsident lernte, wie Heuss sich später einmal selbstironisch äußerte, verstrickte mich eine Bemerkung in ein langes Gespräch mit ihm. Meine gegenüber dem Präsidenten geäußerte Ansicht, ihm und seinem Amt könne in diesen labilen Zeiten vielleicht schon bald eine politisch zu erwartende große Bedeutung zukommen, schien eben jene Fragen berührt zu haben, die den Neugewählten vor allen anderen beschäftigen.

Er schien schon alle Folgerungen daraus gezogen zu haben, daß seinem Amt wenig an politischer Substanz geblieben war: „Ich werde mich weitgehend zurückhalten gegenüber der Tagespolitik. Ich muß den Deutschen einen Bürger-Präsidenten vorleben. Sie kennen nur das Staatsoberhaupt in Uniform: den Kaiser, den Feldmarschall, dann Hitler. Friedrich Ebert konnte ja nicht Schule machen. Politische Zurückhaltung ist nötig, damit ich der Präsident aller werden kann."

Nach diesem Vorsatz hat Heuss sein Amt gestaltet, hat es mit Würde und geistigem Anspruch wahrgenommen. Ein Glücksfall war auch, daß sich das Verhältnis zwischen Heuss und Konrad Adenauer sehr glücklich entwickelte. Nicht ohne Grund hat der eine oder andere damals gemeint, der Bundespräsident hätte seine politischen Möglichkeiten etwas stärker ausschöpfen können.

Wie immer dem sei: Das Entscheidende bleibt doch, daß er mit Erfolg das Bild eines von Geist und Überparteilichkeit getragenen Bundespräsidenten geprägt hat.

Die Banken fördern die Angst vor dem „gläsernen Konto"

Das Thema „Bankauskünfte" sorgt für ungeheuren Wirbel, vor allem publizistischen. Datenschützer und Politiker warnen vor dem „gläsernen Konto" und jagen manchem Privatmann Angst ein. Angst wohl vor allem vor dem Finanzamt, das niemand gern in diese Intimsphäre blicken lassen will. Aber wohl auch Angst vor anderen Schnüfflern.

Von CLAUS DERTINGER

Anlaß für den Wirbel ist die Neufassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Kreditgewerbes, in denen der Absatz 10, der die Erteilung von Bankauskünften betrifft, geändert wird. Früher hieß es: „Die Bank steht dem Kunden nach bestem Wissen zu allen bankmäßigen Auskünften und Raterteilungen zur Verfügung." In der neuen Fassung vom Januar 1984 dagegen: „Die Bank kann bankmäßige Auskünfte, und zwar auch über die Kreditwürdigkeit und die Zahlungsfähigkeit des Kunden (Kreditauskünfte) erteilen."

Erst durch die Neufassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen ist die breite Öffentlichkeit, sind vor allem Privatleute auf eine Praxis aufmerksam geworden, die schon seit ewigen Zeiten gang und gäbe ist, und zwar fast ausschließlich im Geschäftsleben, in dem die Einholung von Auskünften über die Bonität eines Geschäftspartners einfach eine zwingend notwendige Voraussetzung für viele Geschäftsabschlüsse ist. Aus dem Kreis der Geschäftsleute kommt denn auch kein Widerstand. Diese Praxis im Geschäftsleben ist auch nicht Stein des Anstoßes. Sensibilisiert wird von Datenschützern, Verbraucherverbänden und Politikern bis hin zum Bundesjustizminister vielmehr der Privatmann. Dem Kreditgewerbe wird unterstellt, es sichere sich jetzt durch die Hintertür ein unzulässiges Recht, das mißbraucht werden könnte.

Es mag sein, daß dieser Verdacht aufkommt. Und derartige Befürchtungen werden zumindest suggeriert. Das hätte das Kreditgewerbe angesichts der allgemeinen Sensibilisierung in Datenfragen eigentlich ahnen können. Viele Mißverständnisse hätten sich sicherlich vermeiden lassen, wenn Banken und Sparkassen die Neufassung der AGB mit einer gut vorbereiteten Aufklärungsaktion begleitet hätten.

Ängste kämen vermutlich überhaupt nicht auf, wenn die Praxis der Auskunftserteilung genügend bekannt wäre, wozu übrigens anzumerken ist, daß bankmäßige Auskünfte über Privatkunden kaum mehr als ein Prozent aller Auskunftsanfragen ausmachen.

Grundsätzlich sollte man zunächst wissen, daß Kreditinstitute nicht befugt sind, irgendwelche Auskünfte an Behörden zu erteilen, ausgenommen im Rahmen der von der Abgabenordnung geregelten Vorschriften der Finanzverwaltung und bei Strafverfahren auf Beschluß des Amtsgerichts. Damit sind der Willkür der Steuerfahnder wie eh und je Fesseln angelegt. Daran ändern auch die neuen Geschäftsbedingungen nichts. Zweitens sind die Bankjuristen überzeugt, daß ihre Auskunftspraxis nicht unter das Datenschutzgesetz fällt, weil sie keine konkreten Einzeldaten wie Kontostand, Depot oder ähnliches mitteilen. Darüber wird nächste Woche noch mit dem Bundesdatenschutz-Beauftragten diskutiert.

Vor allem darf man eines nicht vergessen: Die Kreditinstitute sind zur Wahrung des Kundeninteresses verpflichtet. Und das ist nicht nur eine Vorschrift auf geduldigem Papier, sondern etwas, was angesichts der harten Konkurrenz im Kreditgewerbe im Eigeninteresse der Bank liegt. Entsprechend eng ist denn auch der Rahmen, in dem Banken Auskünfte geben können.

In den „Grundsätzen über die Erteilung von Bankauskünften" einer Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der Kreditwirtschaft, wird ausgeschlossen, daß Schnüffler oder sonstige Neugierige, zum Beispiel der gräßliche Nachbar, etwas über einen Bankkunden erfährt. Wer eine Auskunft wünscht, muß einen handfesten Grund angeben. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Kaufhaus bei der Bezahlung eines großen Betrages mit einem Scheck bei der Bank des Käufers nachfragt, ob der Scheck gedeckt ist.

Oder: Der Privatkunde X will eine Bürgschaft übernehmen. Da ist es verständlich, daß man sich ein Bild von der Bonität des Bürgen machen will. Ohne Angabe derart konkreter Gründe lehnen es die Kreditinstitute ab, für ihre Kunden Auskünfte über Fremde von anderen Banken einzuholen oder Auskünfte über eigene Kunden zu geben. Hier ist also eine Sperre eingebaut, die vor willkürlichem Mißbrauch des Bankauskunftswesens schützt.

Eine weitere Sperre: Das um Auskunft gebetene Institut muß unterstellen können, daß die Auskunft im Interesse ihres Kunden liegt. Von einem mutmaßlichen Einverständnis geht ein Kreditinstitut sicher zu Recht aus, wenn es im beschriebenen Fall dem Kaufhaus mitteilt, der Scheck ihres Kunden sei gedeckt. Ferner schreiben die „Grundsätze über die Erteilung von Bankauskünften" vor, daß sich die Auskunft auf allgemein gehaltene Feststellungen, Bemerkungen und Urteile beschränken, keine geschäftlichen Einzelheiten enthalten und vorsichtig formuliert werden soll.

Das sieht dann in einer Bankauskunft so aus: „Seit Jahren angenehme Verbindung. Ordnungsgemäß geführtes Konto auf Guthabenbasis. Keinen näheren Einblick in die Vermögensverhältnisse. Nachteiliges nicht bekannt. Für angefragten Betrag von x DM halten wir Herrn Müller für gut."

Wird ein Institut um Auskunft über einen faulen Kunden gebeten, wird es im Interesse der Wahrung des Vertrauensverhältnisses eine Auskunft ablehnen oder nur nach Rücksprache mit ihm eine Auskunft geben. Jedenfalls geben Kreditinstitute, wie versichert wird, keine nachteiligen Auskünfte über ihre Kunden.

Keine Auskunft ist natürlich für den kundigen Thebaner auch eine Auskunft. Daran müssen private Bankkunden denken, wenn sie von ihrem selbstverständlichen Recht Gebrauch machen und dem in den AGB jetzt expressis verbis festgelegten Auskunftsrecht über sich widersprechen, was übrigens jederzeit und nicht nur bis zum 30. Januar möglich ist. Wenn das Kreditgewerbe die Privatkundschaft jetzt ausführlicher über die Praxis des Auskunftswesens informiert, läßt sich gewiß manch unbegründeter Verdacht ausräumen. Übrigens: Die Zahl der Widersprüche gegen das Auskunftsrecht steht in einem krassen Mißverhältnis zum Wirbel, der darum gemacht wird.

In Jerusalem begegnet Kohl dem Schicksal Berlins

Nach ersten Irritationen entspannt sich die Atmosphäre beim Kanzler-Besuch in Israel. Kohls Äußerungen werden herzlicher, wenngleich Sachfragen umstritten bleiben. Ein hoher israelischer Beamter: „Der Bundeskanzler hat in ernster und würdiger Weise die deutsche Position vertreten."

Von BERNT CONRAD

Die Stadt Jerusalem hat den Bundeskanzler wie im Sturm gewonnen. Als er am Abend seines zweiten Besuchstages beim Essen Yitzhak Shamir im King-David-Hotel davon sprach, geriet er fast ins Schwärmen über ihre „einzigartige Schönheit". Sein Resümee: „Jerusalem, unser aller Mutter – wie wahr dieses Prophetenwort ist –, wurde mir heute im Rathaus beim Blick auf die alte Stadtmauer klar."

In Bürgermeister Teddy Kolleks Arbeitszimmer – so berichtete Helmut Kohl weiter – hänge ein Bild vom Brandenburger Tor mit der Berliner Mauer. Daneben zeigen zwei Bilder das geteilte Jerusalem vor 1967, mit Trümmern und Stacheldraht, und die Sprengung der Mauer, die die Stadt bis 1967 teilte. „Das hat mich sehr berührt. Eine Stadt zu teilen, das ist, wie wenn man einem Menschen einen Teil des Körpers abhaut. Das ist gegen die Natur. So kann man nicht leben." Dies war mehr als eine freundliche Geste des Kanzlers – das war eine konkrete Aussage für die Einheit Berlins und Jerusalems, geboren aus einem spontanen Gefühl und nicht aus dem Kalkül jener „Unbefangenheit", um die sich Kohl am Anfang seines Besuches so sehr bemüht hatte.

Politisch ist dieses Kalkül unverändert tonangebend, besonders in der Frage der deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. In der allgemeinen Stimmung des Kanzlers, in seinen emotionalen Reaktionen und seinen Reden aber kommt immer stärker eine warmherzige Aufgeschlossenheit zum Ausdruck.

Das zeigte sich gestern vor allem, als der Pfälzer die Hebräische Universität Jerusalem, das Weizmann-Institut in Rehovot sowie das Diaspora-Museum und die Universität in Tel Aviv besuchte. Gleich beim ersten Stopp schnitt er dabei das Thema an, das den ganzen Tag beherrschen sollte: den geistigen Austausch, die fruchtbaren Wechselbeziehungen zwischen Deutschen und Juden gestern und heute. Über viele Generationen hinweg hatten diese geistigen Bande Bestand, sagte Kohl in der Hebräischen Universität. „Hier waren die Grundlagen vorhanden, die es erlauben, nach der Ausstoßung und Vernichtung der Juden in Deutschland noch einmal – und trotz allem – einen Anfang zu machen."

Als Repräsentanten dieser Beziehung, „die den Schrecken, die Scham und die Trauer überwölbt", nannte der Kanzler den einstigen Frankfurter Hochschullehrer und großen jüdischen Gelehrten Martin Buber. Er weigerte sich zu hassen. Er wußte, daß Barbarei nicht das letzte Wort der deutschen Geschichte sein konnte und nicht für alle Zeiten gelten würde", sagte Kohl. Als junger Mann hatte er in den Berg gehört. Persönliche Verehrung gab seiner Erinnerung Authentizität.

Am Nachmittag kam dann ein für den Berufspolitiker Kohl weit über das Politische hinausreichender großer Augenblick: die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Tel Aviv. „Diese Ehrung bedeutet mir viel. Noch mehr aber bedeutet sie als Geste der Verbundenheit zwischen den Völkern. Ich verstehe sie", betonte der Kanzler und nahm damit das umfassende Thema dieses Tages wieder auf, „als Zeichen einer kulturellen Gemeinsamkeit, die alt ist und neu. Hinter ihr steht die lange und schwierige Geschichte der deutsch-jüdischen Synthese mit ihren Leistungen ebenso wie mit ihren schrecklichen Belastungen."

Kohls abschließende Worte in der Universität klangen wie ein Versprechen: „Diese Stunde ist für mich ein Erlebnis. Die Erinnerung daran wird mich ermutigen, alles zu tun, damit unsere Beziehung auch in der Zukunft gedeiht und wächst."

Das leitete über zu einer mit Hoffnung, Ermutigung und Tragik erfüllten Begegnung auf dem Messegelände von Tel Aviv. Dort hatten sich bei einem Empfang zu Ehren des Kanzlers Hunderte von Menschen versammelt, die wesentliche Beiträge zum deutsch-israelischen Verhältnis geleistet haben, darunter viele dem Massenmord entkommene deutsche Juden. Ihnen dankte Kohl mit sichtlichem Engagement „für die Tatkraft und Großmut, welche Sie dem Land entgegenbringen, das den Juden so grausame Heimat war".

Hier fand der Kanzler nun wirklich Worte, die seine zunächst unverkennbare Distanz sprengen: „Das Verhältnis zwischen den überlebenden Juden und den Deutschen der gleichen Generation wird nie unbefangen sein können. Auch dort, wo der Wunsch und Wille da sind, miteinander zu reden, Brücken zu schlagen über alles Gewesene hinweg, kann diese Befangenheit nie ganz weichen. Sie erwächst – auf beiden Seiten – aus unauflösbarer Verbindung mit Geschichte und Geschick des eigenen Volkes. Erst eine neue Generation, die heutige Jugend – Ihre und unsere –, kann sich unbefangener und gelöster gegenübertreten und aufeinander zugehen."

Ohne Vorbehalt gestand Kohl ein: „Niemand kann die Vergangenheit ungeschehen machen. Wir haben uns ihr zu stellen und aus der Geschichte zu lernen."

Diese Haltung war es wohl auch, die Ministerpräsident Shamir – der nach der soeben gewonnenen Vertrauensabstimmung in der Knesset sichtlich befreit wirkte – zu der Feststellung veranlaßte: „Wir brauchen einen Dolmetscher. Aber wir sprechen die gleiche Sprache." Ein hoher israelischer Beamter ergänzte, ungeachtet der fortbestehenden Differenzen über das deutsche Waffengeschäft mit Saudi-Arabien: „Die Gespräche waren sehr erfolgreich. Der Bundeskanzler hat in ernster und würdiger Weise die deutsche Position vertreten."

Paris schickt Jagdbomber nach Tschad

v. K./AFP, Paris/Tripolis

Frankreich hat gestern schwere Vorwürfe gegen Libyen im Zusammenhang mit der jüngsten Entwicklung in Tschad erhoben. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums betonte dazu in Paris, man *könne den „Ernst der jüngsten Ereignisse in Tschad"* nicht verheimlichen. Libyen trage dafür „anscheinend" die volle Verantwortung.

Als *Antwort auf* den Abschuß eines Jaguar-Jagdbombers am Mittwoch und den Tod des Piloten nahe der nigerianischen Grenze in Tschad hat die *französische* Regierung weitere Luftstreitkräfte nach Tschad beordert. In der Nacht zum Donnerstag trafen aus Gabun vier Jaguar-Jagdbomber, ein Tankflugzeug K 135 und eine Transall-Transportmaschine in N'Djamena ein. An eine Verstärkung der Landstreitkräfte, die sich bisher auf etwa 3000 Fallschirmjäger, Marineinfanteristen und Fremdenlegionäre belaufen, ist nach Angaben des Pariser Verteidigungsministeriums vorläufig nicht gedacht.

Libyen sprach gestern von zwei abgeschossenen französischen Kampfflugzeugen. Die libysche Nachrichtenagentur Jana betonte dazu, ihr Abschuß habe bewiesen, daß sich die Truppen des Rebellenführers Goukouni Weddeye „ohne Hilfe von außen gegen Angriffe zur Wehr setzen" könnten.

Verteidigungsminister Hernu lehnte gestern eine Antwort auf die Frage ab, ob man eine „Bestrafungsaktion" gegen die libyschen und die mit ihnen verbündeten Streitkräfte Goukounis nördlich der von den Truppen der Regierung Hissene Habré mit französischer Unterstützung gehaltenen Demarkationslinie plane.

Bischof warnt vor Konformismus

hrk, Berlin

*Beim ersten ökumenischen Gottes*dienst nach zehnjähriger Pause forderten am Mittwoch Joachim Kardinal Meisner und der Ostberliner Bi*schof Gottfried Forck die Christen in* der stark besuchten Ostberliner St.-Hedwigs-Kathedrale auf, mehr Zuversicht und Glaubensgewißheit an den Tag *zu legen.*

Bischof Forck sagte, Christus sei „schon jetzt Herr, den am Ende alle Menschen anerkennen und zu dem sich schließlich alle Menschen bekennen müssen". Dies gelte auch jetzt, wo sich „in Elternversammlungen und bei Besprechungen in den Betrieben viele einfach fügen und den Mund halten und tun, was ihnen von anderen vorgeschrieben wird".

In einer Fürbitte im Rahmen der Liturgie *hieß* es: „... daß die Politiker ihre Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt erkennen, daß sie Prestigedenken zurückstellen und Mißtrauen überwinden und daß sie den Mut finden zu Wegen des Ausgleichs und der Versöhnung".

An dem Gottesdienst nahmen überwiegend junge Menschen teil, darunter auch eine Gruppe uniformierter Bausoldaten der „Volksarmee".

Gericht verlängert Erklärungsfrist

AP, Bonn

Das Landgericht Bonn hat die Frist verlängert, in der die Verteidigung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) zur Anklage der Bestechlichkeit in der Flick-Parteispendenaffäre Stellung beziehen kann. Ein Gerichtssprecher erklärte gestern ferner, die 7. Große Strafkammer habe die Frist auch für die anderen Angeschuldigten bis Ende Februar verlängert. Die Erklärungsfrist für die Verteidigung von Lambsdorff war ursprünglich auf den 9. Februar und für die anderen Beschuldigten auf den 5. Februar festgesetzt worden. Nach Ablauf der Erklärungsfrist prüft die Kammer, ob ein Verfahren eröffnet wird oder nicht.

Minister überdenkt neue Filmförderung

hey, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat den Termin für das Inkrafttreten der von ihm geänderten Richtlinien für die Filmförderung um einen Monat auf den 1. März verschoben. Bis zu diesem Zeitpunkt will er überlegen, ob der Bezug auf die *künstlerische Qualität in die Richtlinien* wieder aufgenommen werden und auf die von ihm beabsichtigte Einschaltung der Filmförderungsanstalt bei der Auswahl der zu fördernden Projekte verzichtet werden soll.

In einer teilweise heftigen Debatte im Innenausschuß des Parlaments hatte der Minister bekräftigt, daß in dem künftig verkleinerten Auswahlausschuß ein Vertreter seines Hauses Stimmrecht erhalten soll. Außerdem wolle er sich ein Rückverweisungsrecht gegenüber dem Gremium vorbehalten. Vertreter der SPD, aber auch der FDP meldeten Bedenken und Vorbehalte an.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Katholiken leben in einer doppelten Diaspora"

hrk. Berlin

Zum erstenmal nach rund zehn Jahren hielten am Mittwoch in der stark besuchten Ostberliner Hedwigs-Kathedrale die beiden geistigen Oberhäupter beider Kirchen in Ost und West, Joachim Kardinal Meisner und Bischof Gottfried Forck, einen ökumenischen Gottesdienst. Dieses Ereignis lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die Lage der katholischen Kirche in der „DDR". Ihre rund 1,2 Millionen Gläubigen leben in einer doppelten Diaspora – gegenüber dem atheistischen Weltanschauungsstaat und der protestantischen Mehrheit.

In einem Vortrag in West-Berlin schilderte jetzt der Sprecher des Westteils des beide Teile der Stadt

Bericht aus Mitteldeutschland

und weite Bereiche der „DDR" umfassenden *Bistums* Berlin, Ordinariatsrat Wolfgang Knauft, die Situation. In mehreren Thesen untermauerte er seine kenntnisreiche Darstellung:

- „Die katholische Kirche in der DDR lebt in einer Diaspora-Situation unter erschwerten Bedingungen.
- Gemeinschaftserfahrung untereinander und die Erfahrung, Glied der Weltkirche zu sein, sind unverzichtbare Gegengewichte dazu.
- Wer als Christ in der *DDR* leben will, muß den Mut haben, in jedem Lebensalter gegen den Strom zu schwimmen.
- *Die katholische Kirche* sucht einen Weg, um das Evangelium auf ‚mitteldeutsch' zu buchstabieren.
- Die Seelsorge in der DDR ruht stärker als in der Bundesrepublik auf den Schultern von Laien."

Knauft beklagte die allgemeine Unkenntnis und das verbreitete Desinteresse an den Umständen, wie die Menschen in der „DDR" leben: „Die Mehrheit im Westen kennt die Straßen von San Francisco besser als Unter den Linden in Ost-Berlin und Dallas besser als Dresden." Die Deutschen in der Bundesrepublik wüßten mehr über die katholische Kirche in Polen und die Bekennende Kirche im NS-Staat, als daß sie die „Bedrängnis" der Christen drüben kennten.

Die Lage des Christen in beiden Konfessionen beschrieb Knauft so: „Er muß von Kindesalter an bis in die Pensionszeit hinein oft mutig gegen den Strom schwimmen, um sein Leben aus dem Glauben heraus zu gestalten. Weder Priester noch Bischöfe in der DDR stehen auch nur annähernd so im Spannungsfeld Evangelium/Sozialismus wie Kinder, Ju*gendliche und christliche Eltern. Das* beginnt in der sozialistischen Erziehung, in der kein Platz ist für christliches Gedankengut. Die Erziehung *zum Haß gegen den* Klassenfeind und das Freund-Feind-Klischee – hier die guten sozialistischen Friedensfreunde, dort die bösen, kapitali*stischen Friedensfeinde – stellen eine* ständige Indoktrination dar, gegen die das Elternhaus und der Seelsorger nur schwer Gegengewichte *setzen kann.*"

Auch zehn Jahre nach dem Hirtenbrief der katholischen Bischöfe vom November 1974, in dem diese Situation *kritisiert worden sei, habe* sich daran „nicht das geringste geändert". Es gebe weiterhin „Gewissensdruck, mangelnde Freiheit der Berufswahl, *verstärkte Militarisierung*".

Seit einer gewissen Zeit werde auf Jugendliche auch ein zusätzlicher Druck ausgeübt, sich freiwillig für *drei Jahre statt* der üblichen 18 *Monate* zur Volksarmee zu melden. „Andernfalls ist die Chance für einen Studienplatz gleich Null". Die Unter*stützung der westlichen Friedensbe*wegung in allen „DDR"-Medien laufe „synchron mit einer Welle der Militarisierung, von der sich westliche Besucher nur schwer eine Vorstellung machen können".

Grüne und SPD würdigen einander

Börner konnte sich im Hessischen Landtag durchsetzen / CDU und FDP empört

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Die 7. Plenarsitzung des Hessischen Landtages am Mittwoch brachte eine Überraschung, auf die sich die beiden Oppositionsparteien im Hes*sischen Landtag, CDU und FDP,* nicht eingestellt hatten. Ausgerechnet der Exponent des rechten Flügels der SPD, der Diplom-Volkswirt Ernst Welteke aus dem Taunusstädtchen Oberursel, verteilte an die Grünen Streicheleinheiten. Die anstehende Verabschiedung des überfälligen Haushaltsgesetzes für 1983 mit den Stimmen von SPD und Grünen sei „die erste große Probe der Zusammenarbeit zwischen der Fraktion der SPD und der Grünen". Den Abgeordneten der Grünen sei „Anerkennung auszusprechen", daß sie dem Druck der Bundesgremien ihrer Partei widerstanden und die Voraussetzungen zur Verabschiedung des Haushalts geschaffen hätten.

Für sich allein wäre diese Erklärung noch keiner besonderen Beachtung wert gewesen. Welteke hatte aber nur den Reigen von Rednern des rechten SPD-Flügels eröffnet. Die Regie des Fraktionschefs Horst Winterstein wollte es so, daß sich in der folgenden Debatte kein einziger „linker" Sozialdemokrat zu Wort meldete und schützend vor das sich anbahnende Bündnis mit den Grünen stellte. Statt dessen gingen der Sachse Günter Zabel aus Michelstadt, der Gewerkschaftsmann Karl Günther Kronawitter aus Eppertshausen und nicht weniger als drei Mitglieder der Regierungsmannschaft, Ministerpräsident Börner, Umweltminister Reitz, ans Rednerpult – allesamt, nach bisherigem Verständnis, stramme „rechte" Sozialdemokraten.

Ihr Cantus firmus war ein einziger Lobgesang auf die Grünen, in den leidiglich Reitz ein paar abweichende Töne mischte, als er unvermittelt einen Hymnus auf sein eigenes Ministerium anstimmte. Erst im Refrain strebte der kleine, energische, kahlköpfige *Mann* wieder der Gemeinschaft der Sangesbrüder zu: Wenn er auch zu dem stehe, was in der Vergangenheit von seiner Partei in Hes*sen verwirklicht worden sei,* so sei doch auch nach seiner Meinung nicht alles richtig gewesen. Er werde sich der Politik der Landesregierung anschließen.

Den Fraktionen von CDU und FDP war die Irritation anzumerken. Sie hatten gerade auf den rechten Flügel der SPD gebaut. Wenn irgend jemand, so ihre Kalkulation, dem Abdriften der SPD an die Seite der Grünen entgegenrudern sollte, dann zuerst die Alt-Sozialdemokraten, die Arbeitervertreter und Gewerkschaftsfunktionäre. Die Konfusion im Oppositionslager über den unerwarteten Lobgesang dieses „rechten" SPD-Chorus auf die rot-grüne Allianz wurde deutlich, als der Abgeordnete Alfred Schmidt (FDP) den Spieß herumdrehte und nun den Grünen vorwarf: „Sie vertreten nicht mehr die Positionen der Grünen. So etwas von Opportunismus habe ich in diesem Landesparlament noch nicht erlebt." Bis dahin hatte die Opposition stets argumentiert, die SPD mache einen Kniefall nach dem anderen vor den Grünen. CDU-Fraktionschef Gottfried Milde brachte diesen Vorwurf sogar noch ausdrücklich auf die zugespitzte Formel: „Sie lassen zu, daß Wiesbaden zur Hauptstadt der grünen Bewegung wird."

Indessen, das blieb die einzige große Rede der Opposition an diesem Tag. Generalsekretär Manfred Kanther, der ebenfalls vorgehabt hatte zu sprechen, zog am Ende resigniert zurück.

Demgegenüber reizten SPD und Grüne ihre Karten aus. Ministerpräsident Börner hielt ein großes Plädoyer für sein Zusammengehen mit den Grünen. „Wenn jemand in der demokratischen Gesellschaft von der Wasserwerferdistanz zur Verhandlungs*distanz näherkommt*, dann ist das für den inneren *Frieden gut*", erklärte der geschäftsführende Regierungschef.

Der demokratische Staat dürfte nicht einen großen Teil der jungen Generation ausgrenzen. Schließlich habe die Weimarer Republik gezeigt, welche Gefahr in der Hoffnungslosigkeit eines intellektuellen und hochgebildeten Teiles der Jugend liegt. Zwischen Arbeitsplatzsicherung und dem Schutz der Natur müsse es eine Synthese geben. Das habe auch Kurt Biedenkopf erkannt – die hessische CDU hinke da anscheinend weit hinterher. Hessen jedenfalls werde Modell für die neue Politik sein, und das werde spätestens im Haushaltsplan seiner Regierung für 1984 zu lesen sein. Zur Bekräftigung gebrauchte Börner grüne Plakattexte und einen leicht abgewandelten grünen Wahlslogan: „Wir wollen wirklich umsteuern in der Politik." Bei SPD und Grünen erntete der SPD-Chef dafür minutenlangen stürmischen Applaus, wie er im Hessischen Landtag lange nicht gehört worden ist.

Für die Grünen sagte der Vermittler der „grünen Wende", Karl Kerschgens, seine Partei habe auch der CDU Angebote gemacht, die aber ausgeschlagen worden seien. Die Grünen wollten den „Weg der Kompromißfindung und gewaltfreien Veränderung" gehen. Sie hätten „jedwedem Umsturz – und blutigen Revolutionstheorien eine klare Absage" erteilt. Bei der Abstimmung über den Haushalt 83, der mit rot-grüner Mehrheit verabschiedet wurde, gab es trotzdem grüne Dissonanzen: Ein Abgeordneter der sieben Grünen stimmte nicht mit, eine Abgeordnete stimmte aus „moralischen Gründen" dagegen. Nicht der rechte SPD-Flügel, sondern die Grünen scheinen nach wie vor der Unsicherheitsfaktor in Holger Börners Konzept zu sein.

Rau und Worms im Schlagabtausch

Oppositionsführer spricht von „Landesstillstandsbericht" / Debatte im Düsseldorfer Landtag

WILM HERLYN, Düsseldorf

Das mit Spannung erwartete Rededuell zwischen dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) und *seinem Heraus*forderer Bernhard Worms (CDU) gestern im Düsseldorfer Landtag sah zwei Sieger: Rau verstand es auf mei*sterliche Art, im Landesentwick*lungsbericht einen Warenhauskatalog auszubreiten, befrachtet mit leeren Worthülsen und einem Sammel*surium an Selbstverständlichkeiten.* Man merkte es ihm an, daß er einer Pflicht nachging. Denn das Gesetz fordert diesen Bericht alle zwei Jahre ein, und Rau selbst nannte es ein „Compendium" – ein kurzes Lehrbuch also. Zwar setzte er vor dem Parlament zum ersten Mal in einem solchen Bericht drei Schwerpunkte – Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Bürger und Staat, Leben und Umwelt – statt wie gewohnt von Position zu Position, von Kindergeld zu Stahlhilfe zu hüpfen, doch geriet er lediglich zur reinen Bestandsaufnahme.

Das veranlaßte Worms, von einem „Landesstillstandsbericht" zu sprechen, von einer Vorlage, die „quantitativ ebenso dickleibig wie qualitativ *schmalbrüstig*" sei. In der Tat ließ sich der Ministerpräsident die Chance entgehen, Perspektiven der Landespolitik zur Bewältigung der Her*ausforderungen zu beschreiben,* Alternativen zu entwickeln und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf darzustellen.

Worms erinnerte daran, daß sogar dessen Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel, *schon im vergangenen Juni erzürnt* an die Staatskanzlei geschrieben hatte, daß „sich bei mir die Gewißheit verstärkt, daß eine weitere Erörterung zwischen den Häuern ... erst sinnvoll ist, wenn sich das Kabinett hinreichend über mittel- und langfristige Handlungsmöglichkeiten und politische Ziele verständigt hat". Genüßlich zitierte Worms dann auch die Allgemeinplätze, die Rau unter der Überschrift „Politischer Handlungsbedarf" erörterte: „Angesichts der Arbeitslosigkeit der 80er Jahre ist es notwendig, daß Tarifpartner, Wirtschaft und Staat nach neuen Lösungen suchen." Über das Wie schwieg sich Rau aus.

Worms warf Rau auch vor, er und *seine SPD haben jahrelang Zweifel* am technischen Fortschritt gesät, verheißen jetzt aber, daß „etwas Neues möglich gemacht werden soll". *Doch während* Rau *eine technologi*sche Offensive ankündige, verlange die SPD, deren stellvertretender Bundesvorsitzender Rau ist, zum *gleichen Zeitpunkt die Einführung* einer Maschinensteuer. Worms nannte vor allem folgende Rahmenbedingungen für einen technologischen Neubeginn: *Die Förderung* der vorhandenen Basis durch Wirtschaft und Wissenschaft, die Förderung der Eigeninitiative, Steuervorteile für *strukturpolitisch* erforderliche *Investitionen* und eine Verpflichtung der öffentlichen Hand zur Partnerschaft.

Abgasfilter für Altautos

CSU: Nachrüstung soll gesetzlich angeordnet werden

PETER SCHMALZ, München

Auch Altautos sollen nach dem Willen der CSU mit Abgasfiltern versehen werden, falls sich die neuerdings entwickelten Geräte für den nachträglichen Einbau als nützlich und zweckmäßig erweisen. „Das wäre ein entscheidender Durchbruch", meinte gestern der Vorsitzende des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag, der CSU-Abgeordnete Alois Glück. Nach einer erfolgreichen Testphase werde die CSU beantragen, die Nachrüstung zum frühestmöglichen Zeitpunkt gesetzlich anzuordnen.

Das von einer Pforzheimer Firma entwickelte Gerät soll 60 Prozent der Schadstoffe aus den Autoabgasen filtern. Glück: „Ein phantastischer Fortschritt." Dies sei allerdings kein Ersatz für den Einbau von Katalysatoren in Neuwagen, betonte der CSU-Politiker, da diese bis zu 90 Prozent Schadstoffe absorbieren.

Der gesetzliche Nachrüstungs-Zwang von Gebrauchtwagen verursacht nach Glücks Meinung keine rechtlichen Probleme. Auch CSU-Fraktionschef Gerold Tandler stellte sich uneingeschränkt hinter die Forderung des CSU-Umweltpolitikers.

Bei der geplanten Änderung der bayerischen Verfassung zugunsten des Umweltschutzes sieht Tandler die Chance, daß sich CSU und SPD einigen. Nach einem Gespräch mit seinem SPD-Kollegen Helmut Rothemund meinte der CSU-Fraktionschef gestern, die Vorstellungen beider Seiten seien „gar nicht so weit auseinander".

Der ARD-Chef setzt jetzt auf Programmreform



Friedrich Wilhelm Räuker, Vorsitzender der ARD FOTO: JÜRGEN LISCHE

DW. Bonn

Der neue ARD-Vorsitzende, Friedrich Wilhelm Räuker, dringt darauf, daß sich das Deutsche Fernsehen mit einer Programmreform dem Wettbewerb mit neuen privaten Sendern stellt. Räuker (55), seit dem 31. Mai 1980 Intendant der Drei-Länder-Anstalt Norddeutscher Rundfunk (NDR) in Hamburg, beschreibt in einem WELT-Interview die Position des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer veränderten Medienlandschaft. Er rät seinen Intendanten-Kollegen, „allzu selbstzufriedene und selbstsichere Positionen aus den Jahrzehnten unbestrittenen Mono*poldaseins zu überprüfen*", verwahrt sich jedoch gleichzeitig gegen pauschale Kritik. Mit Räuker sprach Helmut Rösler.

WELT: Herr Räuker, Sie sind seit dem 1. Januar 1984 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland – kurz ARD. Worin sehen Sie die wesentlichen Aufgaben, die während Ihrer Amtszeit zu bewältigen sind?

Räuker: Der ehrenamtliche ARD-Vorsitzende koordiniert in einem Verbund von neun selbständigen Landesrundfunkanstalten gemeinsame bundesweite programmliche, finanzielle, technische, rundfunkpolitische und sonstige Interessen. Angesichts zunehmender Kritik an Struktur und Programmangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, angesichts auch der sich lockernden Harmonisierungsmöglichkeiten des Ersten Fernsehprogramms der ARD mit dem Programm des ZDF und *nicht zuletzt im Hinblick auf das* Heraufkommen neuer Rundfunkkonkurrenz gilt es, die programmliche Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft zu stärken und öffentlich bewußt zu machen.

WELT: Sie setzen also hauptsächlich auf Programmreform?

Räuker: Ja, soweit es jedenfalls um den besonderen, bundesweit wahrzunehmenden Leistungsnachweis der ARD, das Fernsehgemeinschaftsprogramm sowie eventuelle weitere, durch die gegenwärtige technologische Entwicklungslage möglich werdende gemeinsame Aktivitäten geht. Das vielfältige andere, die gegenwär*tig ca. 30 Hörfunkprogramme, die re*gionalen Fernsehprogramme sowie die allerdings durch eine Verwaltungsvereinbarung zu gegenseitiger Unterstützung verpflichteten Dritten Fernsehprogramme sind und bleiben Angelegenheiten der einzelnen Landesrundfunkanstalten.

WELT: Sehen Sie dies alles auch künftig, etwa nach Eindringen einer kommerziell betriebenen Rundfunkkonkurrenz in das nicht beliebig ausweitbare Feld der Rundfunkwerbung, noch als finanzierbar an?

Räuker: Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind durch die ordnungspolitisch zuständigen Bundesländer auf eine Mischfinanzierung aus Gebühren- und Werbeeinnahmen verwiesen worden, wobei insbesondere die Fernsehwerbung nach Art und Umfang von vornherein begrenzt wurde. Sie müssen zur Gewährleistung ihrer gesetzlich vorgeschriebenen, inhaltlich vielfältigen Programmaufgaben darauf vertrauen, *daß ihnen* diese Existenzgrundlage auch künftig gesichert bleibt; und was die Rundfunkwerbung anbelangt, wird sie allerdings in absehbarer *Zeit in einem Konkurrenzkampf* mit anderen Trägern durch ein gutes Programm selbst zu sichern sein.

Die gewiß kostspielige föderalisti*sche Struktur des Rundfunkwesens*

INTERVIEW

in der Bundesrepublik Deutschland ist politisch gewollt. Ähnlich der Regelungen unter den Bundesländern *stützen* dabei *die größeren Rund*funkanstalten die kleineren durch einen Finanzausgleich. Nur so kann jeder in Unabhängigkeit und Solidarität das Seine zum Programm beisteuern.

WELT: Man hört gleichwohl gelegentlich, es gebe in der ARD auseinanderstrebende Tendenzen?

Räuker: Mir ist davon nichts bekannt. Es wäre natürlich erstaunlich, wenn es in den Chef-Etagen von neun selbständigen Landesrundfunkanstalten nicht auch unterschiedliche Auffassungen über die richtigen Wege und Ziele des Programms, der Wirtschaftsführung und der Pflege *des politischen Umfeldes gäbe. Die* Gemeinschaft hat sich aber bisher letztlich immer als konsens- beziehungsweise kompromißfähig erwiesen. Erst vor kurzem, im Dezember 1983, hob sie in ihrer Stuttgarter Erklärung die volle Übereinstimmung in Grundsatzfragen deutlich hervor.

WELT: Liegt es überhaupt *in der* Hand des ARD-Verbundes, ihn auch in absehbarer Zeit noch als Solidargemeinschaft zu erhalten?

Räuker: Ich will nicht ausschließen, daß es hier und dort in politischen Kreisen Vorstellungen gibt, nach denen die Landesrundfunkanstalten künftig die großen Bereiche der Unterhaltung und der großen Information neuen Trägersystemen sowie etwa dem ZDF überlassen – und sich der Widerspiegelung des regionalen politischen und kulturellen Geschehens widmen sollten, durch die Rundfunkgebühren gesichert, aber ohne Beteiligung am Werbemarkt. Die gelegentlich durchaus berechtigte, aber aus naheliegenden Gründen manchmal überpointiert hochgespielte Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Erscheinungsbild des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gebiert allerlei strafende Gedanken. Wir haben insofern Veranlassung, allzu selbstzufriedene und selbstsichere Positionen aus den Jahrzehnten un*bestrittenen Monopoldaseins* zu überprüfen. Die ARD kann sich jedoch gleichwohl auf gesetzliche Fundamente und Bestandssicherung be*rufen. Sie bietet – unabhängig und* staatsfrei – Rundfunk für alle an. Sie wird dies mit ihrem großen Potential an qualifizierten Mitarbeitern, Erfahrungen und Reserven auch in Zukunft tun.

WELT: Worauf führen Sie es denn zurück, daß in der Bewertung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems das ZDF beim Publikum und offensichtlich auch bei vielen Politikern günstiger abschneidet als die ARD?

Räuker: Gesicherte Erkenntnisse gibt es darüber wohl nicht. Jedenfalls sind derartige Vermutungen insgesamt nicht aus den Zuschaltungen abzuleiten. Es liegt aber nahe, daß das ZDF, eine Fernsehanstalt der Länder, durch seine zentrale Programmplanung und damit verbundene schnellere Entscheidungswege für sich Vorteile herauszuholen vermag. Da keine besonderen Verpflichtungen zu jeweils länderbezogenen Regionalprogrammen bestehen, beginnt das ZDF-Hauptabendprogramm früher. Das entspricht den Wünschen vieler Zuschauer. Aus seiner zentralen Stellung heraus kann das ZDF schließlich auch mit einer besonders wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit aufwarten. Die Vielfalt der ARD – programmlich-allgemein gesehen ihre Stärke – erscheint in diesem Zusammenhang betrachtet zugleich als ihre Schwäche. Neben geringerer Flexibilität bietet sie in der großen Breite ihres täglichen Programmangebots zwangsläufig mehr Anlässe für Kritik und jeweils sehr unterschiedliche Betroffenheit.

WELT: Nach Meinungsumfragen sagt eine Mehrheit des Publikums der ARD eine gewisse Linkslastigkeit ihrer im weitesten Sinne politischen Sendungen nach, während das ZDF ein gegenläufiges Image hat.

Räuker: Zum *Programm des ZDF* möchte ich mich hier nicht äußern. Für das Gemeinschaftsprogramm der ARD empfinde ich diesen häufig zu hörenden Vorwurf in seiner Schlichtheit als nicht gerechtfertigt. Bezeichnend erscheint mir gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt vielmehr die Tatsache zu sein, daß neben die seit langem wahrzunehmende einschlägige Kritik aus liberal-konservativen Kreisen mit umgekehrtem Vorzeichen eine solche von links tritt, die ganz allgemein das von ihr verzeichnete Bemühen um „Ausgewogenheit" als tendenziell meinungsunterdrückend und zur programmlichen *Konturenlosigkeit führend* wertet.

Richtig ist wohl, daß die in der Tat verstärkten Bestrebungen, den Meinungsjournalismus – der im linken journalistischen Spektrum stärker ausgeprägt ist als in der breiten Mitte –, zugunsten einer mehr vermittelnden Art der Berichterstattung etwas zurückzunehmen, von den einen als zu wenig und den anderen als zu viel empfunden wird. Ich halte es hier mit dem Bundesverfassungsgericht, das den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Medium und Faktor der öffentlichen Meinungsbildung zugleich definiert.

„DDR"-Grenzer floh mit Waffen in den Westen

BERND HUMMEL, Eschwege

Einem 20jährigen Soldaten der „DDR"-Grenztruppe ist in Uniform und mit Waffen die Flucht von Thürin*gen nach Nordhessen* gelungen. Bei den hessischen Grenzbehörden gab er an, die Flucht seit Monaten gründlich vorbereitet zu haben. Zunehmender *politischer* Druck und die schlechte Versorgungslage in der „DDR" seien die Gründe gewesen. Die erhoffte Gelegenheit bot sich am Mittwochabend *bei seiner* Postierung auf einem Beobachtungsturm. Während sich sein Streifenführer auf die Ablösung vorbereitete, verließ der Soldat den Beob*achtungsturm* und verriegelte mit einem Vorhängeschloß von außen die Tür. An einer zuvor erkundeten Stelle kletterte er über den dort nicht mit *Selbstschußanlagen* versehenen Metallgitterzaun.

Cheysson eröffnet Kulturzentrum

hrk. Berlin

Frankreichs Außenminister Claude Cheysson eröffnet heute beim zweiten Besuch eines Chefs des Quai d'Orsay in Ost-Berlin das erste westliche Kulturinstitut im Ostteil der Stadt. Es befindet sich „Unter den Linden" nahe der französischen Botschaft. Die „DDR"-Presse erwähnte gestern diesen Besuchszweck nicht, als sie Cheyssons Eintreffen ankündigte. Für heute sind Gespräche Cheyssons mit „DDR"-Außenminister Oskar Fischer, dem Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph sowie Staats- und Parteichef Erich Honecker vorgesehen.

Um die Arbeit des französischen Kulturzentrums unter Kontrolle zu halten, richtete Ost-Berlin eigens ein „Büro für Kulturzentren" ein. Ihm müssen die Franzosen beispielsweise alle „periodischen und nicht-periodischen Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse" vor der Verteilung in den Räumen des Zentrums vorlegen. Wollen einheimische Künstler und Literaten im Zentrum auftreten, benötigen sie eine Genehmigung.

Streit um Mandat behindert Folketing

gtm. Kopenhagen

Das dänische Folketing kann seine Arbeit erst aufnehmen, wenn die rund 130 000 für die Parlamentswahl am 10. Januar abgegebenen Briefstimmen noch einmal kontrolliert worden sind. Dies kann eine Woche dauern. Diese ungewöhnliche Situation entstand, nachdem ein Mandat unberechtigterweise den Sozialdemokraten statt der liberalen Venstre-Partei zugeteilt worden war. Über die Vergabe des 179. Mandats entscheiden lediglich *rund* 30 Stimmen, die letztlich aber auch dafür ausschlaggebend sind, ob die Regierungskoalition ohne die von *dem Steuerrebellen Mogens Glistrup* geführte Fortschrittspartei und ohne die Sozialdemokraten ihren Finanzvorschlag durchs Parlament bringen *kann.* Seine Behandlung war für gestern vorgesehen und muß nun ebenso aufgeschoben werden wie die Abstimmung darüber, ob Glistrup dem Folketing angehören darf oder wieder ins Gefängnis zurückkehren muß.

Petra Kelly muß vor Bonner Gericht

hey. Bonn

Die Fraktionssprecherin der Grünen, Petra Kelly, muß am 1. März vor das Bonner Amtsgericht. Sie hatte mit anderen Grünen wegen einer unerlaubten Protestaktion vor der SPD-Parteizentrale einen Bußgeldbescheid über 60 Mark erhalten, gegen den sie Einspruch eingelegt hatte. Gestern hat der Bundestag, der *ihre* Immunität bereits zweimal wegen Bannmeilenbruchs aufgehoben hatte, ein weiteres Mal den Weg für ein Strafverfahren freigemacht.

Bisher hat der Bundestag die Immunität von sechs der 28 Grünen-Abgeordneten aufgehoben. Dabei handelt es sich neben Frau Kelly um Otto Schily, Dieter Burgmann, Willi Hoss, Gert Bastian und Hans Verheyen. Die Anschuldigungen lauten in jeweils drei Fällen auf Nötigung, Bannmeilenbruch oder Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Zweimal geht es um Verleumdung und einmal um eine Hausbesetzung.

„Irak setzt Senfgas gegen Iran ein"

AP, London

Die irakischen Streitkräfte setzen nach einem Bericht der britischen Fachzeitschrift „Jane's Defense" im Golfkrieg gegen Iran Senfgas von der Art ein, wie es auch vom Deutschen Reich 1917 an der Westfront benutzt wurde. Das Senfgas werde in Irak selbst hergestellt und vor allem zum Stoppen nächtlicher Angriffswellen der 150 000 Mann starken Freiwilligenverbände der iranischen Revolutionswächter verwandt, schrieb die Londoner Zeitschrift. Das Senfgas werde mit Artilleriegranaten verschossen oder mit Bomben von Flugzeugen über den *gegnerischen Reihen* abgeworfen. Irak sei im Landkrieg in die Defensive gedrängt worden. Zur See habe Bagdad jedoch die Initiative behalten, so daß Iran, *das von Libyen* mit Seeminen beliefert wurde, nicht die Straße von Hormuz verminen könne.

Die WELT dokumentiert: Wie der Fall Kießling zur Affäre Wörner wurde

Der Minister wünschte strikte Diskretion und erntete die Aufforderung zum Rücktritt

Zu Beginn war die Rede von einem Fall Kießling. Inzwischen ist die Angelegenheit zumindest auch zu einem Fall Wörner geworden. Viele, die den Verteidigungsminister zunächst gegen Vorwürfe in Schutz genommen hatten, sind inzwischen auf Distanz zu ihm gegangen. Sein Gespräch mit dem Schweizer Homosexuellen Ziegler trug dazu entscheidend bei. Immer häufiger wird nun darüber diskutiert, ob Wörner nicht zurücktreten muß. Die WELT schildert, wie aus einem Fall eine Affäre wurde.

Von RÜDIGER MONIAC

In Bonn gibt es fast nur noch ein Thema. Es rankt sich um die Frage: Wie lange kann sich Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner noch im Amt halten? Wie lange kann der CDU-Politiker, der sich trotz bester Absichten gegenüber allen Beteiligten fast unentrinnbar in die Affäre um den von ihm vorzeitig in den Ruhestand geschickten General Kießling verstrickt hat, noch Verteidigungsminister sein?

Selbst des Ministers beste Freunde schütteln inzwischen den Kopf und fragen sich, wie ein Politiker, der mit den besten fachlichen Voraussetzungen auf die Hardthöhe ging und der wie kaum einer seiner Vorgänger mit hohen Erwartungen und mit großer Sympathie von den Soldaten der Bundeswehr ins Amt begleitet worden war, dermaßen viele Mißgriffe tun konnte. Seitdem bekannt ist, daß Wörner sich sogar dazu herbeiließ, einen zwielichtigen Schweizer Homosexuellen selbst zu empfangen in der Hoffnung, von diesem „eindeutige Beweise" für die angebliche homosexuelle Veranlagung des von ihm entlassenen Generals zu erlangen, scheinen die Chancen für Wörner, sein Amt verteidigen zu können, beinahe gegen Null gesunken.

Am kommenden Wochenende, wenn Bundeskanzler Kohl von seiner schwierigen Reise nach Israel in Bonn zurückerwartet wird, dürfte die durch die Affäre um Wörner und Kießling fast unerträglich gewordene Atmosphäre in der Bundeshauptstadt sich so oder so reinigen. Vom Kanzler wird erwartet, daß er nun handelt.

Wie alles begann

Die langsame Demontage des Verteidigungsministers begann, als er selbst noch ahnungslos war, was sich über seinem Kopf zusammenbraute. Manfred Wörners schicksalhafter Tag dürfte der 27. Juli 1983 gewesen sein, als ein Ministerialrat aus dem Bundesverteidigungsministerium bei einem Vertreter des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) vorsprach und diesem, nachdem ihm strengstes Stillschweigen über den Informanten zugesichert worden war, eröffnete, er höre schlimme Gerüchte über einen der drei ranghöchsten Generale der Bundeswehr.

Neben dem Generalinspekteur, der vier Generalssterne auf seinen Schulterklappen trägt, kamen nur noch der alliierte Oberbefehlshaber der Land- und Luftstreitkräfte im NATO-Kommandobereich Europa Mitte und einer der beiden Stellvertreter des NATO-Oberbefehlshabers für den Kommandobereich Gesamt-Europa in Betracht. Über den letzteren, den General Dr. Günter Kießling, bekam der *MAD-Mann* das *Gerücht* zugetragen, er sei häufig in zwielichtigen Kölner Lokalen gesehen worden. Dort, so hieß es, verkehrten vornehmlich Homosexuelle, aber auch Leute, die man zum kriminellen Untergrund einer Großstadt rechnen müsse. Der MAD-Mann unterrichtete die Führungsspitze des Dienstes, das Amt für Sicherheit der Bundeswehr (ASBw), das gleichfalls in Köln ansässig ist.

Der MAD ermittelt

Schon beim Beginn der Ermittlungen des MAD wurde eine folgenschwere Entscheidung getroffen, deren Ausmaß auch heute noch nicht voll zu gewichten ist: Nicht die eigentlich zuständige MAD-Gruppe S in Bonn, die für die deutschen Teile in den integrierten Kommandostäben der NATO den Vorschriften nach zuständig ist, bekam den Ermittlungsauftrag vom Kölner Amtschef, Brigadegeneral Behrendt, sondern die nichtzuständige MAD-Gruppe III in Düsseldorf.

Dort, am Sitz des Wehrbereichskommandos, arbeitet eine MAD-Gruppe, wie das quer durch die Bundesrepublik der Fall ist, von Kiel beim Wehrbereichskommando I bis in den Süden beim Wehrbereichskommando VI in München. Eingerechnet die MAD-Gruppe S in Bonn existieren insgesamt sieben solche Gruppen mit siebzehn Außenstellen an besonderen regionalen Schwerpunkten, an denen sich die Liegenschaften der Bundeswehr besonders konzentrieren.

Die Gruppe III behandelte die Ermittlungen wie einen ganz normalen Vorgang, obwohl es dabei immerhin um einen der drei Spitzen-Offiziere der Streitkräfte ging. Im Verlaufe des Monats August vergangenen Jahres begann die Düsseldorfer MAD-Gruppe mit der Klärung der Gerüchte um den Vier-Sterne-General.

Der Stabsfeldwebel

Auszuführen hatte die Operation ein Stabsfeldwebel, der deshalb dafür ausersehen wurde, weil er sich zwar nicht in dem in Rede stehenden Kölner Milieu gut auskannte, aber – und darum ging es seinen Auftraggebern – weil er über beste Beziehungen zur Kriminalpolizei in der Domstadt verfügte.

Zu ihr ging der Portepée-Unteroffizier und bat seinen Bekannten, einen Kriminalkommissar, in den von ihm namentlich genannten Lokalen „Tom-Tom" und „Café Wüsten" Ausschau nach einem bestimmten Mann zu halten. Ganz unauffällig sollte dieser das versuchen. Das geschah. Mit einem Bild Kießlings, untergemischt unter sechs weitere Paßphotos anderer, die bestimmter Straftaten verdächtig waren, ging der Polizist – er wird als erfahren und zuverlässig beschrieben – in die genannten Lokale. Weil ein anderes Bild des Generals in ziviler Kleidung nicht zur Hand war, machte der MAD auf dem verfügbaren alle Zeichen dafür, daß es sich bei dem Mann um einen Soldaten, gar um einen General handeln könnte, unkenntlich. Auch der Polizist ahnte nicht, mit welch „heißem Auftrag" er im Kölner Milieu unterwegs war. Über die Identität des Gesuchten hatte ihn der Stabsfeldwebel im unklaren gelassen.

Späte Information

Erst fast sechs Wochen später, am 14. September letzten Jahres, erhielt der Verteidigungsminister selbst Kenntnis von der brisanten Information. Was der Polizist in den Kölner Lokalen bei seinen Nachfragen mit Kießlings Paßfoto erfahren hatte, bekam an jenem Spätsommertag auch Wörner zu hören. Die explosive Nachricht überbrachte ihm der Chef des Amtes für Sicherheit, Brigadegeneral Behrendt, persönlich. Mit in der Runde um Wörner waren Staatssekretär Lothar Ruehl, der den wegen einer Nierenoperation abwesenden und für den MAD zuständigen Staatssekretär Joachim Hiehle vertrat, der Generalinspekteur Altenburg sowie der Leiter der Personalabteilung im Verteidigungsministerium, Generalleutnant Kubis.

Es war eine Krisensitzung, deren Bedeutung den Beteiligten damals wohl schon in groben Umrissen klar wurde. Doch ahnte wohl keiner, daß sich bereits an diesem 14. September für den Minister selbst die ersten Zeichen höchster Gefährdung einstellten. Wörner vergatterte alle Teilnehmer der Runde zu strengstem Stillschweigen über die gegen Kießling vorliegenden MAD-Erkenntnisse und befahl dem Generalinspekteur, den Sachverhalt dem Betroffenen am folgenden Tag zu eröffnen.



Verteidigungsminister Manfred Wörner FOTO: HEINRICH SANDEN/DPA

Falsch entschieden?

Heute ist zu fragen, ob das die richtige Entscheidung war. An diesem Punkt des Verfahrens hätte der Minister ebenso auch eine andere Entscheidung treffen können, nämlich die, eindeutige Beweise zu erhalten für den angeblich zwielichtigen Umgang des Generals in einer Umgebung, die ihn gefährdet macht als Geheimnisträger.

Dies freilich hätte bedeutet, den General direkt observieren zu lassen. Das aber wäre nicht ohne die Einbeziehung bestimmter herausragender Personen am Arbeitsort von Kießling zu machen gewesen. Das war Mons, 60 Kilometer südlich von Brüssel, wo das alliierte Hauptquartier des NATO-Oberbefehlshabers Europa, besser bekannt unter dem Kürzel SHAPE, seinen Sitz hat. Der US-General Rogers hätte eingeweiht werden müssen, sicher der Chef des Stabes, der ebenfalls ein amerikanischer Offizier ist, und nicht zuletzt einige wenige der deutschen Offiziere, die zum persönlichen Stab von Kießling gehörten, sowie andere, die im SHAPE-Stab selbst arbeiten.

Wörner scheute offensichtlich die Erweiterung des Kreises der Mitwisser, wohl aus Sorge vor internationalen Verwicklungen, wohl aber auch getrieben von dem Wunsch, den Betroffenen nicht einer allfälligen Rufmordkampagne auszusetzen, die selbst dann nicht gänzlich auszuschließen gewesen wäre, wenn sich der Verdacht gegen den General schließlich als nicht stichhaltig erwiesen hätte.

Sie glauben, das Beste zu tun

So nahm die Affäre ihren Lauf. Sie birgt, von heute aus betrachtet, alle Elemente einer klassischen Tragödie. Ihre „Helden", achtbare Menschen allesamt, insbesondere der mit der höchsten Verantwortung, sie glauben, das Beste zu tun. Am Ende drängen sie die anderen immer näher an den Abgrund. Und sie merken nicht, daß auch sie abzustürzen drohen.

Am nächsten Tag, es war der 15. September, erschien Kießling, wie befohlen, zur Besprechung mit dem Generalinspekteur auf der Bonner Hardthöhe. Der Herbeigerufene bekam vorgehalten, was der Kriminalkommissar in den Kölner Lokalen mit seinem Paßbild zwischen anderen über ihn erfahren hatte. Mehrmals sollen dort Zeugen gesagt haben, der auf dem Foto sei der „Günter von der Bundeswehr". Kießling hörte von seinem Generalskameraden, er sei „eindeutig" in der „Kölner Szene" identifiziert worden. Der Betroffene bestritt dies, er sagte, er habe keinen Umgang in der homosexuellen Szene.

Dies berichtete der Generalinspekteur dem Minister. Wörner entschloß sich daraufhin, mit Kießling am Nachmittag des 15. September selbst zu sprechen. Nach der Logik seines Anfangsentschlusses, nämlich die Observation des Generals zu vermeiden und ihn direkt mit den Vorwürfen zu konfrontieren, wäre Wörners Verhalten an diesem Septembertag schlüssig gewesen. Offenbar hoffte er, indem er selbst mit Kießling seine Unterredung führte, einen Weg zu finden, der beiden Seiten die Möglichkeit ließe, einerseits die schwierige Lage zu überwinden, auf der anderen aber auch dem Betroffenen die Aussicht zu bieten, ohne Ehrverlust zu bleiben.

Was Wörner wollte

Zu seinem Handeln erklärte der Minister nachträglich, er habe sich „sowohl von der Wahrnehmung der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland als auch von der Absicht leiten lassen, einen Skandal zu vermeiden, der der Bundeswehr wie dem General schweren Schaden zufügen müßte".

Wörner hoffte, dieses Ziel am besten dadurch zu erreichen, daß Kießling sich damit einverstanden erklärte, sich aus Gesundheitsgründen in ärztliche Behandlung zu begeben und seine Arbeit im SHAPE-Hauptquartier nicht wiederaufzunehmen.

Nach dieser ersten Unterredung zwischen Wörner und Kießling schien dazu auf der Seite des Generals auch Bereitschaft vorhanden zu sein. Wenige Tage später, am 19. September, kam es zu einer abermaligen Unterredung zwischen dem Minister und Kießling, bei der wiederum der Generalinspekteur anwesend war. Kießling erklärte sich einverstanden, daß seine vorzeitige Zurruhesetzung zum 31. März 1984 eingeleitet werden solle. Wörner wie Altenburg glaubten, ein übriges im Sinne des Betroffenen tun zu sollen: Der Minister wie der Generalinspekteur boten ihm an, sie seien für ihn jederzeit zu erreichen und zu einem Gespräch verfügbar.

Problem „Durchlässigkeit"

Nach dieser zweiten persönlichen Unterredung mit Kießling durfte Wörner mit Recht glauben, er könne verhindern, daß aus den Vorwürfen gegen den Vier-Sterne-General mehr werde als eben das, was bis zu jenem Tag passiert war und was nur wenige zum Schweigen verpflichtete Soldaten und hohe Beamte über die Affäre wußten.

Dabei freilich hatte der Minister nicht in Rechnung gestellt, wie „durchlässig" insbesondere für Nachrichten, die sich im Zwielicht zwischen Geheimdiensten und Sensationen abspielen, die Bundeshauptstadt ist. Denn außerhalb der bislang offiziell in die Vorwürfe gegen Kießling eingeweihten Personengruppe liefen rasch Gerüchte, wenn auch sehr vage, über die „abartige" Veranlagung eines hohen Bundeswehroffiziers in bestimmten Kreisen um. Auch Brüssel und Mons blieben davon nicht verschont.

Hinzu trat etwas anderes, mit dem der Minister wohl nicht hatte rechnen können: Offenbar hielt sich Kießling nicht an das, was zwischen ihm und dem Minister vereinbart worden war, nämlich sich in ärztliche Behandlung zu begeben und bis zum Ausscheiden aus der Bundeswehr nicht mehr öffentlich in Erscheinung zu treten.



Ist die Amts-Uhr abgelaufen? FOTO: SVEN SIMON

Allerdings muß zugunsten des Generals hinzugefügt werden, daß bislang unklar geblieben ist, wie genau besprochen zwischen ihm und dem Minister die Bedingungen waren, unter denen er die Zeit bis zu seiner vorzeitigen Pensionierung verbringen sollte.

Jedenfalls von Mitte Oktober an meldeten hochrangige deutsche Offiziere aus dem NATO-Hauptquartier SHAPE an das Bonner Verteidigungsministerium mehrmals, über Kießling gebe es in Mons abträgliche Spekulationen. Zwar sei der General krankgemeldet, dennoch zeige er sich in der Öffentlichkeit. Auch wurde nach Bonn berichtet, Kießling habe trotz seiner Krankheit die Absicht, eine Gruppe hochrangiger Offizieller, die er noch in seiner Position als stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber eingeladen habe, nach deren Rückkehr aus Brüssel in Würzburg zu sehen. Ob davon der Minister selbst erfuhr, ist nicht bekannt. Aber jemand aus der Leitungsebene des Ministeriums einschließlich der militärischen Führungsspitze muß es mit Sicherheit gewesen sein. Darüber geben alle heute verfügbaren Informationen entsprechenden Aufschluß.

Ein zweiter Vorgang ist bis heute nicht völlig aufgeklärt. Am 2. November letzten Jahres war der Staatssekretär Hiehle, genesen von dem ärztlichen Eingriff, an seinen Schreibtisch zurückkehrt. Zwei Tage später bekam er die Akte Kießling zu sehen und veranlaßte als der verantwortliche höchste Beamte, der für die Einhaltung der in der Bundeswehr gültigen Sicherheitsbestimmungen zuständig ist, eine abermalige sicherheitsmäßige Überprüfung von General Kießling. Vorher hatte sich Hiehle mit dem Generalinspekteur und dessen Stellvertreter, Generalleutnant Windisch, besprochen.

Zwischen den drei Herren war offensichtlich klar, daß Kießling im Sinne der Richtlinien keine Sonderbehandlung zuteil werden könne. In diesem Sinne bat Hiehle auch beim Minister um Rücksprache. Wörner hieß es richtig, so daß die außerplanmäßige Sicherheitsüberprüfung für Kießling fortgesetzt wurde. Wörner ließ damit lediglich zu, was die entsprechenden Richtlinien vorschreiben. In der Zentralen Dienstvorschrift ZDv 2/30 wird dazu ausgeführt, sollten über einen Geheimnisträger Verdachtsmomente aufkommen, so sei eine neue Sicherheitsüberprüfung einzuleiten.

Danach handelte dann Hiehle und erteilte Generalleutnant Windisch, dem das Amt für Sicherheit der Bundeswehr direkt untersteht, die Weisung, so verfahren zu lassen. Dessen Chef kam am 10. November von einer *Dienstreise zurück* und *wurde* noch am selben Tage beauftragt, die Sicherheitsüberprüfung für Kießling wie bei „jedem anderen Soldaten" zu beendigen.

Keine neuen Ermittlungen

Nur stellte der MAD im Verlauf dieser Überprüfung zur möglichen Erhärtung oder Entkräftung der Verdachtsmomente gegen Kießling keine weiteren Ermittlungen an. So wurde am 25. November in einer weiteren Besprechung zwischen Windisch, Behrendt und dem für den MAD im Führungsstab der Streitkräfte zuständigen Referatsleiter (Fü S II 6), Oberst i. G. Hüttelmaier, entschieden. Die Herren bewerteten die Umstände des Falles, verließen sich darauf, daß der Betroffene bereits eindeutig in den Kölner Lokalen identifiziert worden sei, und bedachten, daß die Sache auch weiterhin vertraulich bleiben solle. So nahmen sie von weiteren Maßnahmen Abstand. Windisch beauftragte Brigadegeneral Behrendt, ihm in dieser Sache einen schriftlichen Bericht zu geben und auch sein Urteil beizufügen.

Das geschah am 6. Dezember. Darin erklärte Behrendt zwar, nach allen Umständen sei die der Vorschrift nach gebotene Anhörung Kießlings nicht weiter erkenntnisfördernd. Wenn der General weiter seine homosexuelle Veranlagung bestreite, sei es unerläßlich, „Beweisführung durch Gegenüberstellung" zu praktizieren. Dies jedoch könnte in der Öffentlichkeit bekannt werden und angesichts der „exponierten Stellung des Generals Dr. K. dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland abträglich sein und schweren Schaden bewirken". Unerläßlich sei es aber, die dem General ausgehändigten Sicherheitsbescheide zurückzufordern. Der Amtschef urteilte: „Ich halte es ... in diesem besonderen Fall für geboten, eine Entscheidung durch die Ressortleitung herbeizuführen." Die Sache war damit wieder beim Minister selbst angekommen.

Entscheidung: Ruhestand

Die Bewertung des MAD-Chefs trug Hiehle Wörner am 8. Dezember letzten Jahres mündlich vor; mit dabei waren Altenburg, Windisch und Kubis. Der Minister entschied in dieser Besprechung, wie er später selbst erklärte, nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Interesse der Bundeswehr und auch im Interesse des Betroffenen, den General unverzüglich in den ohnehin vorzeitig geplanten Ruhestand zu versetzen. Paragraph 50 des Soldatengesetzes wurde dafür von Wörner als rechtliche Grundlage gewählt. Sie macht es möglich, jeden Offizier vom Brigadegeneral an aufwärts „jederzeit" zu pensionieren. Gründe dafür muß der Dienstherr nicht nennen.

Wörner informierte den Kanzler mündlich und konnte, auf seine Bitte hin, auch dem Bundespräsidenten in einem Vier-Augen-Gespräch darlegen, warum er glaube, Kießling nicht mehr im Dienst belassen zu können. Das Staatsoberhaupt unterzeichnete die Entlassungsurkunde.

Den wahrscheinlich entscheidenden Fehler in dieser Affäre ließ der Minister dann in den nächsten Tagen zu. Er beorderte Hiehle und Kubis per Flugzeug nach München, wo der Staatssekretär und der Offizier dem General Kießling im Bundeswehrkrankenhaus eröffneten, es sei beabsichtigt, ihn zum Jahresende vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen.

Gründe genannt

Sie nannten ihm dabei auch Gründe, obwohl Paragraph 50 des Soldatengesetzes dies nicht fordert. Welche das im einzelnen waren, kann bisher nur vermutet werden. Doch aus der Tatsache, daß Wörner in einem späteren Stadium der Auseinandersetzung Konkretes auch dem Rechtsanwalt Kießlings brieflich mitteilte, ist zu schließen, daß dies auch von Hiehle und Kubis bereits am 13. Dezember gegenüber Kießling selbst geschah.

Dem Anwalt des Generals jedenfalls *eröffnete Wörner mit Datum* des 12. Januar 1984, schon am 27. Juli 1983 sei beim Amt für Sicherheit der Bundeswehr ein vertraulicher Hinweis „auf eine homosexuelle Veranlagung des Generals Dr. Kießling" eingegangen.

Damit tat der Minister selbst etwas, was er vor allem in zahlreichen Interviews in der zweiten Januarwoche öffentlich immer ausgeschlossen hatte. Ein dafür typisches Zitat vom 9. Januar aus der „heute"-Sendung des ZDF: „Nach den mir vorliegenden Erkenntnissen, die ich sorgfältig geprüft habe, blieb mir aus Sicherheitsgründen keine andere Wahl, als so zu entscheiden." Unermüdlich wies der Minister auf die Sicherheitsbedenken hin, obwohl seit dem 6. Januar, verursacht durch Zeitungsberichte, öffentlich über die angebliche gleichgeschlechtliche Veranlagung des Generals landauf, landab diskutiert wurde.

„Indiskretionen"

Wörner hat immer bestritten, für diese „Indiskretionen" verantwortlich zu sein, gegenüber Kießlings Anwalt hat er sie im übrigen auch bedauert. Aber gewiß bleibt, daß das schon im September umlaufende Gerücht über die „angeblich homosexuelle Veranlagung eines hohen Offiziers" nun, da Kießlings vorzeitige Entlassung mit einer Meldung in der „Süddeutschen Zeitung" vom 5. Januar bekannt geworden war, sich spekulativ mit einem Namen verbinden ließ. Unversehens erhielt das Gerücht eine „Gestalt".

Diese Geschehnisse wickelten sich jenseits der Einflußmöglichkeiten des Verteidigungsministers ab. Wörner hatte weder die Macht, das Gerücht totzutreten, wo es schon seit Wochen umlief – möglicherweise wußte er gar nichts davon –, noch hatte er die Möglichkeit, ungeschehen zu machen, was dem Betroffenen am 13. Dezember eröffnet worden war. Kießling wußte spätestens seit diesem Datum, daß seine vorzeitige Zurruhesetzung zu tun hatte mit dem ihm gemachten Vorwurf, er sei in bestimmten Kölner Lokalen gesehen worden, so daß die ihm erteilte Ermächtigung zum Zugang zu Verschlußsachen bis zur Stufe „Streng geheim" nicht mehr aufrechterhalten werden konnte.

Den Sinn des Paragraphen 50 des Soldatengesetzes hatte der Minister damit selbst in Frage gestellt. Wörner hätte seinen Staatssekretär dem General Kießling allein eröffnen lassen dürfen, daß er, der Minister, unabweisbare Gründe habe, ihn vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen. Soviel, aber nicht mehr. Denn auch deshalb, um die von der Pensionierung betroffene Person zu schützen, existiert diese gesetzliche Vorschrift. Dies ist ein Teil ihrer Zielsetzung. Ein anderer liegt auf der Hand: Sie will dem Verteidigungsminister die Möglichkeit eröffnen, gerade in Situationen, die sich auf dem Felde zwischen möglicher Schädigung des Ansehens der Bundeswehr und der Rufschädigung des Individuums bewegen, einen Weg aus solchem Dilemma zu finden.

Dies hat Wörner nicht streng genug beachtet. Hätte er es getan, hätte Kießling nicht seit dem 6. Januar auf die eine oder andere Weise immer wieder neu in Interviews sagen können, ihm sei vorgeworfen worden, in derartigen Lokalen gewesen zu sein.

Ein Versäumnis

Nachträglich steht wohl auch fest: Es wäre für den Minister von entscheidender Bedeutung gewesen, dem General die Absicht, ihn vorzeitig zu pensionieren, selbst zu eröffnen und ihm bei dieser Gelegenheit klar zu verstehen zu geben, daß seine, des Ministers Gespräche mit ihm im September für diese Entscheidung irrelevant seien.

Wörner hätte – so will es heute erscheinen – auch gut daran getan, Kießling unter vier Augen eindringlich klarzumachen, daß er nicht bereit sei, ihm über die Gründe Auskunft zu geben und er, Kießling, tue desgleichen gut daran, von sich aus niemandem gegenüber irgendwelche Spekulationen über mögliche Gründe zu äußern.

Überdies, und das hätte als nicht zu vernachlässigender Schlußpunkt in Wörners Verhalten gegenüber dem General gehört, wäre eine dem Rang des Offiziers gemäße Verabschiedung nötig gewesen. Dies deshalb, damit auf diese Weise möglichst alle Fragen nach dem frühzeitigen Zivilleben des Generals gegenstandslos geworden wären; dies aber auch deshalb, damit Kießling selbst vor der Öffentlichkeit nicht in die für ihn unbequeme Situation geraten wäre, von sich aus erklären zu müssen, warum er so „unehrenhaft" behandelt wurde, wie es dann tatsächlich geschehen ist.

Kießling hat, wie mehrfach berichtet wurde, am 23. Dezember aus der Hand von Staatssekretär Hiehle seine Entlassungsurkunde erhalten. Der Minister selbst war an diesem Tag nicht mehr im Dienst auf der Hardthöhe. Wörner hielt sich bereits in seinem Wahlkreis Göppingen auf und bereitete sich auf einen kurzen Skiurlaub im schweizerischen St. Moritz vor.

Kießling wehrt sich

Weil Hiehle Kießling zehn Tage vorher in München einzelne Gründe für seine vorzeitige Entlassung genannt hatte, strengte der General am 23. Dezember gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren an. Man kann sich vorstellen, daß es ihm um seinen guten Ruf zu tun war. Wer hätte an seiner Stelle anders gehandelt?

Dazu wäre es *freilich nicht gekommen*, wenn, wie dargelegt, weder Wörner selbst noch ein sonst vom Minister Beauftragter dem General vorgehalten hätte, wo er sich angeblich aufgehalten habe und wie auf diese Weise gegen ihn Verdachtsmomente im Sinne seiner Zuverlässigkeit als Geheimnisträger entstanden seien. Kießling hätte andernfalls nicht den mindesten Ansatzpunkt für den Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst gehabt.

Am gestrigen Donnerstag, einen Monat später, hat Kießling den Antrag zurückgezogen. Er will weiteren Schaden von der Bundeswehr abgewendet sehen. Ein Wunsch, dem alle beipflichten. Nur ist die Affäre inzwischen weit über die mit dem Namen des Generals verbundene hinausgewachsen. Heute verbindet sie sich mit dem Namen des Ministers.

Der Fall Ziegler

Den letzten Auslöser dafür schuf Wörner selbst, indem er am Freitag vor einer Woche einen schillernden Schweizer Schriftsteller, der aus seinen homosexuellen Neigungen nicht den mindesten Hehl macht, zu sich ins Ministerium kommen ließ. Und das offenbar in der Hoffnung, er erhalte von diesem Alexander Ziegler „endlich" wirkliche schlüssige Beweise für die angebliche homosexuelle Veranlagung des Generals Kießling.

Wer so handelt, kann sich allerdings nicht mehr darauf berufen, in Fürsorge für seinen ihm untergebenen General zu handeln. Sein Verhalten muß der Öffentlichkeit zwangsläufig das Bild eines Ministers vermitteln, der sich selbst zur Partei gegenüber dem macht, demgegenüber er zur Fürsorge verpflichtet ist.

In diese Zwangslage ist Wörner geraten, weil er nicht energisch genug verhinderte, daß von seinem Hause gegenüber Kießling Entlassungsgründe angegeben wurden. Damit wurde der Minister einer, der über die Entlassung des Generals nicht eisern schweigen konnte, was für ihn wie den Betroffenen das einzig Richtige gewesen wäre. Wörner wurde vielmehr einer, der nun fast ausweglos nach Hinweisen fahnden mußte, die das beweisen sollen, was ursprünglich niemals der wirkliche Kern des Vorgehens im Fall Kießling war. Denn es ging nicht darum, ob der General diese Veranlagung habe oder nicht. Wörner hatte allein zu bewerten, ob unter den Umständen des 8. Dezember, die ihm vom Militärischen Abschirmdienst aufbereitet vorgelegt worden waren, Kießling noch im Dienst zu belassen gewesen wäre oder nicht. Alle Berater des Ministers beantworteten damals diese Frage mit einem eindeutigen Nein.

In Cheltenham sind Gewerkschaften tabu

Regierung Thatcher spricht von Sicherheitsrisiko für die Geheimdienstzentrale/1000 Pfund als Trostpreis

FRITZ WIRTH, **London**

Cheltenham, das bedeutendste Geheimdienstzentrum in Westeuropa, macht wieder Schlagzeilen. Der für diese Spionagezentrale zuständige britische Außenminister, Sir Geoffrey Howe, gab gestern im Unterhaus bekannt, daß die 6000 gewerkschaftlich organisierten Angestellten dieser Behörde vom 1. März an aus Sicherheitsgründen die Gewerkschaft verlassen müssen. Als Trostpreis hat ihnen die Regierung eine einmalige Entschädigung von 1000 Pfund (rund 4000 Mark) angeboten.

Und nun herrscht Aufruhr bei den Gewerkschaften, Empörung bei der Opposition und spürbare Verlegenheit selbst in konservativen Parteikreisen. Der Fall verspricht zur Affäre zu werden. Die Gewerkschaften haben Massenproteste angekündigt, der sozialdemokratische Parteichef, David Owen, der als ehemaliger Außenminister Strukturen und Bedeutung dieser Spionagezentrale gut kennt, forderte eine Sonderdebatte im Unterhaus.

Cheltenham ist für die Nachrichtenbeschaffung des Westens von unschätzbarer Bedeutung. Das Zentrum wurde 1946 von den Briten und Amerikanern gemeinsam gegründet und aufgebaut. Es ist die Sammelstation für die Informationen aller westlicher Horchposten von Zypern über die Türkei bis Hongkong. Es überwacht den elektronischen Informationsaustausch im gesamten Ostblock und – zusammen mit der amerikanischen National Security Agency – im Süd- und Nordatlantik. Es ist außerdem in der Lage, den gesamten Telefonverkehr in Großbritannien abzuhören und auch wesentliche Informationen diplomatischer Missionen zu sammeln.

Cheltenham gilt auch als bester Codebrecher im Westen. Es ist praktisch die Nachfolge-Organisation der Dechiffrierschule in Bexley, die im Zweiten Weltkrieg sehr erfolgreich deutsche und japanische Geheimdienstcode durchbrechen konnte. Manche britische Chronisten gehen so weit, zu behaupten, daß hier der Zweite Weltkrieg gewonnen worden sei. Der Ostblock versucht seit Jahren, eigene Agenten in Cheltenham zu placieren. Mit Erfolg, wie sich vor zwei Jahren herausstellte, als der Cheltenham-Angestellte Geoffrey Prime als Sowjetspion entlarvt und zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Howe versicherte, daß seine Maßnahme nichts mit dem Fall Prime zu tun habe. Seine Entscheidung sei vielmehr von den mehrmonatigen Streikaktionen der Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten im Jahre 1981 bestimmt worden, durch die allein in Cheltenham 10 000 Arbeitsstunden verlorengegangen seien. Der damalige Streik der Cheltenham-Techniker habe die Arbeit in dieser Behörde empfindlich gestört.

In Westminster fragt man sich, warum die Regierung sich drei Jahre Zeit ließ, um auf diese Störungen zu reagieren. Außerdem hat es erstaunt, warum die Regierung Thatcher gleich so hart mit einem Gewerkschaftsverbot reagierte. Man betont, daß notfalls auch ein Streikverbot genügt hätte, wie es beispielsweise für die britischen Streitkräfte und die Polizei besteht, die einer Gewerkschaft angehören, nicht aber streiken dürfen. In Regierungskreisen weist man darauf hin, daß auch für die übrigen Mitglieder des britischen Geheimdienstes MI5 und MI6 ein striktes Gewerkschaftsverbot besteht.

Kenner der Geheimdienstszene behaupten, daß die Regierung vor allem durch amerikanischen Druck zu dieser rigorosen Maßnahme veranlaßt wurde. Die amerikanischen Partner in Cheltenham, die mehr als die Hälfte der Kosten für dieses Zentrum zahlen, seien durch die Entlarvung des Sowjetspions so aufgeschreckt worden, daß sie die Einführung von Lügendetektoren zur Überprüfung und Kontrolle der Cheltenham-Angestellten fordern, eine Maßnahme, die auf harte Opposition der Gewerkschaften stieß.

Gewerkschaftschef Len Murray nannte das Gewerkschaftsverbot „eine unakzeptable Verweigerung demokratischer Grundrechte" und hat um ein Gespräch mit Frau Thatcher nachgesucht. Der Labour-Abgeordnete Skinner wies darauf hin, daß der Sowjetspion Prime kein Gewerkschaftsmitglied gewesen sei. Außerdem seien in der Vergangenheit „mehr Spione von den Eliteschulen in Eton und Harrow als aus der Gewerkschaftsbewegung gekommen". Der Generalsekretär der Angestellten-Gewerkschaft, Alistair Graham, meinte: „Ich hätte eine solche Maßnahme von General Jaruzelski, aber nicht vom Premierminister eines demokratischen Staates erwartet".

Rom strebt Revision des Konkordats an

Schule, Eherecht, Stellung der Priester im Vordergrund / Anpassung an die Verfassung

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Mit großer Mehrheit hat das Parlament in Rom die Regierung Craxi zum Abschluß der Verhandlungen mit dem Vatikan über die Revision des italienischen Konkordats ermächtigt. Es billigte die von Ministerpräsident Craxi dargelegten Grundlinien einer Neufassung, die in 14jährigen Revisionsverhandlungen zwischen Italien und dem Heiligen Stuhl erarbeitet worden ist.

Das Konkordat bildet einen Teil der Lateran-Verträge von 1929. Sie führten seinerzeit zur Aussöhnung der katholischen Kirche mit dem italienischen Nationalstaat, der 1870 der weltlichen Herrschaft des Papsttums durch die Besetzung Roms gewaltsam ein Ende bereitet hatte. Außer dem Konkordat, das die Beziehungen zwischen Kirche und Staat regelt, umfassen diese Verträge eine Finanzkonvention über die Entschädigung des Heiligen Stuhls sowie einen Staatsvertrag über die Errichtung des Vatikanstaates.

Zur Revision steht jetzt ausschließlich das Konkordat, das in zahlreichen Punkten der neuen italienischen Verfassung widerspricht, obwohl es nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Stimmen der Christdemokraten und der Kommunisten zum integrierenden Bestandteil dieser Verfassung erklärt worden war. Allerdings wird auch der Staatsvertrag in seinem Artikel 1 eine einschneidende Neuinterpretation erfahren. Dieser Artikel setzt fest, daß „die katholische apostolische römische Religion die einzige Religion des (italienischen) Staates ist". Dem Staatsvertrag soll die Vereinbarung angefügt werden: „Die italienische Republik und der Heilige Stuhl kommen überein, das ursprünglich von den Lateran-Verträgen reklamierte Prinzip der katholischen Religion als Staatsreligion nicht mehr als in Kraft befindlich zu betrachten."

Die Revision des Konkordats soll vor allem drei Bereiche betreffen, in denen es dem Staatsbürger bisher demokratische Grundrechte und dem laizistischen Staat grundlegende Souveränitätsrechte vorenthielt: die Schule, das Eherecht und die Stellung der Priester als Staatsbürger.

In der Schulfrage verzichtete der Staat 1929 auf sein Erziehungsmonopol. Die kirchliche Schule wurde der Staatsschule gleichgestellt, für die Staatsschulen wurde der Religionsunterricht zum Pflichtfach erklärt. Über das Lehrpersonal, den Lehrstoff und das Unterrichtsmaterial für dieses Fach hatten ausschließlich die kirchlichen Behörden zu befinden. Nach der Neufassung wird Religion weiterhin Lehrfach an den Staatsschulen bleiben, Schüler und Eltern sollen jedoch das Recht erhalten, von diesem Lehrangebot nicht Gebrauch zu machen.

Im Eherecht soll zwar die kirchliche Eheschließung weiterhin zivile Gültigkeit behalten. Auf den Grundsatz der Unauflöslichkeit einer kirchlich geschlossenen Ehe für den zivilen Bereich wird jedoch – wie das schon das Scheidungsgesetz von 1970 vorsieht – verzichtet, und Ehenichtigkeitsentscheidungen kirchlicher Gerichte sollen künftig für ihre zivilrechtliche Gültigkeit der Bestätigung durch ein staatliches Appellationsgericht bedürfen.

Fallen soll schließlich die Konkordatsbestimmung, die Expriestern die Ausübung eines öffentlichen Amtes verbietet. Der Artikel über die grundsätzliche Freistellung von Priestern vom Militärdienst soll dahingehend abgeändert werden, daß die Freistellung nur noch auf Antrag des Priesters selbst gewährt wird.

Die Regierung soll auch nicht mehr verpflichtet sein, „den heiligen Charakter der Ewigen Stadt" zu schützen. In der Konkordatsneufassung soll nur noch „die besondere Bedeutung Roms für die katholischen Gläubigen" hervorgehoben werden.

Koivisto geht auf Distanz zur Presse

Maulkorb für die Journalisten? / Darstellung der finnischen Politik wird schwieriger

R. GATERMANN, **Helsinki**

Als Mauno Koivisto vor zwei Jahren von dem schwerkranken Urho Kekkonen das Amt des Staatsoberhauptes in Finnland übernahm, war in Journalistenkreisen ein Seufzer der Erleichterung nicht zu überhören. Man erhoffte sich zu dem neuen Präsidenten ebenso gute Kontakte wie zu dessen Zeit als Regierungschef. Die Erwartungen erfüllten sich aber nicht, und seit ein paar Monaten ist das Verhältnis des Präsidenten zu den Journalisten erheblich getrübt.

Als Staatsoberhaupt könne er, so Koivisto, nicht die gleichen engen Kontakte zur Presse haben wie während seiner Zeit als Regierungschef. Denn daraus könne der Eindruck entstehen, er möchte weiterhin Regierungspolitik machen. Es müsse aber eine klare Abgrenzung zwischen Parlament/Regierung einerseits und Präsidentenamt bestehen. Im übrigen, so stellte der neue Chef der Präsidentenkanzlei, Kalela, fest, sei das Verhältnis Koivistos zur Presse offener als unter früheren Präsidenten, und er sei bestrebt, es dabei zu belassen.

Koivisto hatte die Journalisten in Aufregung versetzt, als er Ende 1983 in einem Zeitungsinterview behauptete, die meisten Journalisten würden wie eine „Lemmingherde" einigen Meinungsbildern folgen. Wenig später teilte er mit, niemand habe das Recht, seine Gedanken zu interpretieren. Dies wurde nicht nur als Maulkorb aufgefaßt; der Vorstand der politischen Journalisten verwies auch darauf, daß eine solche Anordnung eine allseitige Darstellung der finnischen Politik erschwere, weil es dadurch künftig nicht mehr möglich sei, zum Beispiel vom Außenministerium Erläuterungen seiner außenpolitischen Äußerungen des Präsidenten zu bekommen.

Ohne sie ist allerdings eine analysierende Berichterstattung über die finnische Politik erheblich eingeschränkt, denn es gehört zu den besonderen Merkmalen des Präsidenten, sich unpräzise und mannigfaltig interpretierbar auszudrücken. Dies erkannten nicht nur finnische Journalisten, sondern zum Beispiel auch die schwedische Regierung, als sich Koivisto zu den Verletzungen schwedischer Hoheitsgewässer durch sowjetische U-Boote äußerte.

Der Präsident ist der Auffassung, es sei unangebracht, von ihm Kommentare zu jedem großpolitischen Tagesereignis zu verlangen, wenn man andererseits von der finnischen Außenpolitik, die vom Präsidenten festgelegt wird, erwartet, daß sie sich strikt aus den Großmachtkonflikten heraushält.

Nun hat sich Finnland hier aber bereits aufs Glatteis begeben. Während es sich in der UNO strikt der Stimme enthalten hat, wenn es in Resolutionen um eine Verurteilung der Sowjetunion wegen militärischer Übergriffe – von Ungarn bis Afghanistan – geht, so unterstützte es im Herbst vergangenen Jahres die die USA kritisierende Grenada-Resolution. Viele politische Beobachter in Helsinki sind der Auffassung, daß Finnland damit von seiner bisherigen Zurückhaltung in großmachtpolitischen Streitfragen stark abgewichen ist.

Rumänien dringt auf RGW-Gipfel

rtr/DW. **Wien**

Rumänien hat die mangelnde Kooperation zwischen den Mitgliedern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) kritisiert. Bukarest verlangt, daß das immer wieder verschobene Gipfeltreffen der RGW-Staaten endlich einberufen wird.

Die Parteizeitung „Scinteia" schrieb gestern, die Weltwirtschaftskrise habe sich negativ auf die Versorgung der RGW-Staaten mit Energie, Rohstoffen und Nahrungsmitteln ausgewirkt. Besonders bemängelte das rumänische Parteiorgan, daß die RGW-Staaten, zu denen neben den Ostblock-Ländern auch Vietnam und Kuba gehören, bisher wenig gegen die negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftslage getan hätten.

Das letzte RGW-Gipfeltreffen hatte 1971 stattgefunden. Im Oktober 1983 sollen sich die zehn Mitgliedstaaten des RGW auf ihrer Ministerpräsidenten-Konferenz in Ost-Berlin schließlich auf Anfang Februar 1984 als Termin für das Gipfeltreffen geeinigt haben. Wie in der vergangenen Woche aus osteuropäischen Botschaften in Moskau zu erfahren war, soll der RGW-Gipfel nun erneut um mehrere Monate verschoben werden müssen. Begründet wurde die Aussetzung mit der Erkrankung des Staats- und Parteichefs Jurij Andropow. An der Gipfelkonferenz nehmen die Staats- und Parteichefs der Mitgliedsländer teil.

Neben diesen organisatorischen Schwierigkeiten waren bei dem Oktober-Treffen in Ost-Berlin auch erhebliche Spannungen zwischen den Mitgliedsländern zutage getreten. Rumänien kritisierte, daß es innerhalb des RGW weniger Öl, Kohle, Gas und andere Energieprodukte erhalte als andere Länder. Der forcierte Ausbau seiner petrochemischen Industrie hätte das Land gezwungen, die Rohstoffe auf dem Weltmarkt einzukaufen. Unzufrieden sollen sich auch Ungarn und Vietnam mit den niedrigen Preisen gezeigt haben, die sie von der UdSSR für ihre Agrarexporte erhalten.

Der nun bereits zum wiederholten Mal geäußerte Unmut Rumäniens über die ständige Verschiebung des RGW-Gipfels wird sicherlich zur Sprache kommen, wenn der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko das Land in der kommenden Woche besuchen wird.

Über Jeanne d'Arc wußten sie nichts

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Frankreichs Sozialisten rühmen sich, anpassungsfähige Ideologen zu sein. Sie haben die Bezahlung der Abtreibung durch die Sozialversicherung eingeführt und bezeichnen heute die „Familie mit drei Kindern" als das erstrebenswerte Ziel einer vernünftigen Bevölkerungspolitik. Sie haben mit ihren Verstaatlichungen das freie Unternehmertum erstickt und lobpreisen heute das, was sie zerstörten, als Unterpfand des Fortschritts. Sie haben den Geschichtsunterricht als bürgerliche Reminiszenz aus den Schulen verbannt und wollen ihn ab sofort wieder, und zwar in seiner althergebrachten Form, auf die Lehrpläne der Kindergärten, Volksschulen und Gymnasien setzen.

Diese letztere Umkehr, von Erziehungsminister Alain Savary auf einem Kongreß der Geschichtslehrer in Montpellier angekündigt, ist die bisher spektakulärste Revision eines Wahlprogramms, welches einst fern aller Realität in den Hinterstuben langer Oppositionsjahre ausgeheckt wurde.

Die Dringlichkeit, den jungen Franzosen wieder ein Geschichtsbewußtsein zu vermitteln, ist Staatspräsident Mitterrand als erstem auf seinen vielen Provinzreisen klargeworden. Er hatte bei Schulbesuchen festgestellt, daß ganze Klassen nicht mehr wußten, wer die Nationalheldin Jeanne d'Arc war, daß sie Napoleon im 17. Jahrhundert ansiedelten und den Hundertjährigen mit dem Dreißigjährigen Krieg verwechselten. Er warnte Ende vergangenen Jahres auf einem Ministerrat, daß man auf diesem Weg schleunigst umkehren müsse, wenn man nicht in eine nationale Katastrophe schlittern wolle.

In der Tat hatte man jegliche Chronologie aus dem Unterricht verbannt. Geschichte war kein logischer Ablauf von Ereignissen mehr, die zur Bildung des Staates und der Nation Frankreich führten, sondern eine mehr oder weniger chaotische Folge von Revolutionen, die allmählich „das Menschengeschlecht von jeder Oppression befreiten" (Wahlprogramm der Sozialisten). Auch technische Revolutionen hatten ihren Platz auf diesem Marsch zur Sonne und Freiheit. Man studierte sie an Ort und Stelle. Geschichtsunterricht wurde in einem Lokomotivschuppen oder einer Schiffswerft abgehalten. Man griff wahllos in den großen Topf der Jahrhunderte und holte einen Rousseau und einen Marx heraus, um den „positiven Ablauf der Geschichte" darzustellen – letztlich mit dem Zweck, eine „dauerhafte Verwandlung des Nationalbewußtseins im Sinne einer endgültigen Einpflanzung des Sozialismus" (Wahlprogramm) herbeizuführen.

Savary hat neue Richtlinien für den Geschichtsunterricht erlassen, die einer kompletten Revision des bisherigen Programms gleichkommen und schon zu Beginn des neuen Schuljahres im Herbst angewendet werden sollen. Außerdem wird man 160 000 Geschichtslehrer in den nächsten drei Jahren mit dem neuen Bildungsweg vertraut machen. Geschichte wird ab sofort wieder chronologisch dargeboten. Die Zahl der Unterrichtsstunden wird verdoppelt. Geschichte wird nicht nur im allgemeinen Unterricht, sondern auch in den technischen Gymnasien gelehrt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Vom Ehrenwort heutzutage

„Zusammenprall": WELT vom 20. Januar

In seinem Kommentar beurteilt Wilfried Hertz-Eichenrode ein Ehrenwort. Er führt aus, daß ein Ehrenwort zur Klärung eines Sachverhalts nichts beitragen kann noch eine Beweiserhebung ersetzt.

Die bisherige Beweiserhebung war, wie ein jeder Bürger mitlesen, hören und sehen konnte, eine erschreckende Darstellung negativer, wenn nicht gar böser menschlicher Eigenschaften. Sie hatte nichts mit moralischer Vernunft zu tun. Sie war weit von einer religiösen oder philosophischen Sittenlehre entfernt, die unser Denken und Fühlen seit Jahrhunderten geformt hat und damit das Fundament der Wahrheiten des Herzens geworden ist.

Ein Ehrenwort gilt nichts, demzufolge eine Lüge auch nichts. Was weiß Hertz-Eichenrode über die Verwerflichkeit einer Lüge und damit eines falsch abgegebenen Ehrenworts? Sie schändet den Menschen vor sich selber und untergräbt rettungslos seine sittliche Würde. Ist es nicht gerade so, daß das gegebene Ehrenwort die moralische Gesinnung beteuert?

Handlungen können erzwungen werden, Gesinnungen nie. Wird nicht gerade für unsere demokratische Gesellschaft postuliert, daß die Idee der Freiheit durch die Metaphysik des sittlichen Glaubens garantiert wird. Und bekräftigt nicht gerade unsere Regierung, und mit ihr der Herausgeber dieser Zeitung, die Grundlagen der christlichen Ethik und wird nicht durch beide ständig und wiederholt die Verletzung der Menschenwürde anderer Gesellschaftsordnung angeklagt?

Was sollen wir unseren Kindern sagen, wenn das Wort, das Ehrenwort nichts gilt, unseren Kindern, die morgen Bürger einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung sein sollen. Dieser Zusammenprall erfüllt einen mit Schrecken, Angst und Trauer.

Professor Dr. H. Sartorius,
Hamburg 6

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Schmückle beklagt sich darüber, daß der Bundesminister der Verteidigung dem Ehrenwort eines Generals nur so viel Bedeutung beimesse wie seinen Akten.

Eine solche Bemerkung ausgerechnet aus dem Munde eines Herrn Schmückle mutet nun doch recht eigenartig an; war er doch einer der „Männer der ersten Stunde", der als Presseoffizier des damaligen Bundesverteidigungsministers Strauß mit dafür gesorgt hat, daß der „Staatsbürger in Uniform" in der Bundesrepublik Deutschland etabliert wurde.

Gerade aus diesem Grunde müßte Herr Schmückle doch Verständnis dafür haben, daß es mit der bevorrechtigten Stellung des Offiziers vorbei ist. Man kann nicht auf der einen Seite die Monarchie abschaffen, deren erste – und bevorzugte – Diener die Offiziere waren, auf der anderen Seite aber in einer parlamentarischen Demokratie und in einer pluralistischen Gesellschaft, in der es für keinen Bürger besondere Vorrechte gibt, dem Offizier weiterhin eine besondere Stellung einräumen wollen.

In diesem Staate kommt dem Ehrenwort eines Generals der Bundeswehr – im Gegensatz zur königlich preußischen Armee und zur deutschen Wehrmacht – keinerlei Bedeutung mehr zu.

Mit freundlichen Grüßen
A. von Kalm,
Bonn 1

*

„Ehrenwort" – das ist unbedingtes Vertrauen in die Integrität und Zuverlässigkeit des Menschen, der es einem anderen gibt. Werden Zweifel an der Bedeutung des Ehrenworts in irgendwelcher Art erhoben, zieht man damit auch die Zuverlässigkeit eines ganzen Berufsstandes in Zweifel.

Der Offiziersstand genießt in vielen Ländern, vor allem in den Staaten des Warschauer Paktes, aus gutem Grund ein besonderes Ansehen und wird auch gesellschaftlich herausgehoben. Man weiß dort zu würdigen, daß es gerade der Offizier ist, der im Ernstfall in seinem Befehlsbereich die Verantwortung nicht nur über Erfolg und Mißerfolg militärischer Operationen hat, die über Bestand oder Vernichtung des Landes entscheiden können, sondern auch für Tod und Leben der ihm unterstellten Einheit. Diese gewaltige Verantwortung hebt den Offizier aus dem allgemeinen gesellschaftlichen Rahmen hinaus und verleiht damit auch dem von ihm gegebenen Wort – eben dem Ehrenwort – einen ganz besonderen Wert. Die mehr oder minder zivile gesellschaftliche Angleichung durch den Begriff des „Bürgers in Uniform" hat diese ehemals festen Konturen in den Augen vieler Bürger verschwimmen lassen.

Das alles hat mit Militarismus gar nichts zu tun, aber viel mit Ehre und Liebe zum Vaterland!

Mit freundlichen Grüßen
W. Thiemann,
Hamburg 73

Wort des Tages

»Die Tradition ist etwas ganz anderes als eine Gewohnheit, und wäre sie selbst ausgezeichnet. Die wahre Tradition ist nicht Zeuge einer abgeschlossenen Vergangenheit. Sie ist eine lebendige Kraft, welche die Gegenwart anregt und belehrt.«

Igor Strawinski, russ. Komponist (1882–1971)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Geld für Pleiten?

Mir ist unverständlich, daß Innenminister Zimmermann sich gegen eine Maßnahme verteidigen muß, nämlich die Überprüfung von Filmvorhaben auf ihre Förderungswürdigkeit aus Steuermitteln, sind doch die bisher geförderten Filme mit wenigen Ausnahmen völlige Kassenpleiten geworden.

Hoffentlich führt die Zimmermannsche Initiative dazu, daß in die Auswahlgremien neben Branchenvertretern auch urteilsfähige Normalverbraucher aufgenommen werden. Das „l'Art pour Art"-Denken und das Helfenwollen in Verlegenheit befindlicher „progressiver" Filmemacher muß aufhören. Alle Selbständigen sind einem harten Konkurrenzkampf ausgesetzt, warum nicht auch Filmemacher?

Mit freundlichem Gruß
E. Krieg
Hamburg 55

Offenes Geheimnis

„Gema deckt faule Geschäfte bei Radio Bremen auf": WELT vom 13. Januar

Lieber Herr Rudorf,

Sie schreiben am Schluß Ihres Artikels „einzig die Gema wäre in der Lage, alle Pseudonyme zu veröffentlichen, wenn das die Mitglieder der Urheberrechtsgesellschaft gestatten."

Die Mitglieder haben es schon gestattet, muß ich hinzufügen. Es ist ein Grundsatz des von der Mitgliederversammlung beschlossenen Verteilungsplans, daß die von Mitgliedern benutzten Pseudonyme zusammen mit dem bürgerlichen oder dem ständigen Künstlernamen den Verwertern mitgeteilt werden dürfen.

Der Vorfall Bremen ist von besonderer Pikanterie, weil er gleichzeitig zeigt, wie zur Inländerfeindlichkeit neigende Programm-Macher an den deutschen Sendern hineingelegt werden konnten - ihnen genügte, daß der Text Englisch war.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr E. Schulze

Mit vier Sternen

„Bei SHAPE gab es seit langem einen Fall General Kießling": WELT vom 9. Januar

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

immer wieder bin ich überrascht, wenn ich von den Luftmarschällen der Royal Air Force lese.

Der Air Chief Marshal der RAF (und vergleichbarer Commonwealth-Luftstreitkräfte) entspricht dem Vier-Sterne-General der Landstreitkräfte. Sir Peter Terry ist also ranggleich mit dem jetzt entlassenen General Dr. Kießling.

Mit freundlichen Grüßen
J. Wölfer
Elmshorn

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Mitglieder des Wissenschaftsrates und Vertreter wissenschaftlicher Organisationen wurden gestern abend von Bundespräsident **Karl Carstens** zu Gesprächen und zu einem Essen im Berliner Schloß Bellevue empfangen. Der Einladung des Präsidenten folgten unter anderem der Vorsitzende des Wissenschaftsrates Professor Dr. **Hans-Jürgen Engell**, der Vorsitzende der Wissenschaftlichen Komission Professor Dr. **Peter Graf Kielmannsegg**, die Staatssekretärin im bayerischen Ministerium für Unterricht und Kultus Dr. **Mathilde Berghofer-Weichner**, der Staatssekretär im Bonner Ministerium für Bildung und Wissenschaft **Paul-Harro Piazolo**, der Präsident der Kultusministerkonferenz und niedersächsische Kultusminister **Georg-Bernd Oschatz** und der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Professor **Reimar Lüst**. Der Wissenschaftsrat, der vom Bundespräsidenten berufen wird, ist ein Beratergremium, das Bund und Länder berät. In Berlin waren seine Mitglieder gestern und heute zur ersten routinemäßigen Sitzung in diesem Jahr zusammengetreten.

*

Die „tollen Tage" im Rheinland gehen auch am Bundeskanzleramt nicht spurlos vorüber. Bundeskanzler **Helmut Kohl** wird einen Tag vor Weiberfastnacht, nach der Kabinettssitzung am Mittwoch, dem 29. Februar, das Kölner Dreigestirn in der Bonner Regierungszentrale empfangen. Mit der Kölner Prinzengarde kommen Prinz Jupp VI., von Beruf Glasermeister, mit dem bürgerlichen Namen **Josef Söller**, der Bauer **Claus Wagner**, Metzgermeister, und die Kölner Jungfrau Theodora, der Dachdeckermeister **Theo Schneefeld**. Kohl setzt mit dieser Einladung eine Tradition fort, die schon unter Kanzler **Konrad Adenauer** begann. Keine Regierungswechsel haben dieser närrischen Hofhaltung in Bonn Abbruch getan. Das berühmteste Foto, das je bei solchen Aufzügen in Bonn geschossen wurde, war der Spagat des Tanzmariechens **Lydia Korb** auf dem Kabinettstisch 1976. Damals regierte Bundeskanzler **Helmut Schmidt**.

PRÄSIDIALAMT

Der Präsident der Jemenitischen Arabischen Republik, **Ali Abdullah Saleh**, kam am Donnerstag zum Bundespräsidenten **Karl Carstens** zu einem einstündigen Gespräch in die Villa Hammerschmidt nach Bonn. Der Gast aus dem Nordjemen hält sich zur Zeit zu einem privaten Besuch in der Bundesrepublik auf. Beide Herren kennen sich und haben sich schon zweimal vorher getroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen jetzt der Nahe Osten, die Palästinenserfrage und die wirtschaftliche Situation im Nordjemen.



Kabinetts-Stückchen: Lydia Korb und ihr Spagat FOTO: DPA

ERNENNUNG

Die Bundesregierung hat dem neuen königlich-britischen Generalkonsul **Mikel Edward Howell** in Frankfurt/Main das Exequatur erteilt. Der Diplomat war bisher als Generalkonsul in Berlin tätig. In Frankfurt löst er den bisherigen Generalkonsul **John W. Hutson** ab, der in das Londoner Außenministerium zurückgeht. Der Amtsbezirk des britischen Generalkonsuls in Frankfurt umfaßt die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

EHRUNGEN

Der Passauer Weihbischof **Franz Eder** wird erster Ehrendoktor an der jungen Universität Passau. Die Katholisch-Theologische Fakultät wird dem Bischof den Ehrendoktorhut im Mai verleihen.

*

Einen hochverdienten Münchner Kinderarzt, Professor Dr. **Theodor Hellbrügge**, will die Schweizer Akademie in Amriswil ehren. Professor Hellbrügge wird am 12. Februar im Mittelpunkt einer öffentlichen Feier in der Akademie stehen, die die Leistungen des Mediziners in der Behandlung und Eingliederung von behinderten Kindern würdigen wird. Professor Hellbrügge ist Ordinarius an der Universität München. Unter den Gästen in Amriswil wird auch Bayerns Kultusminister Professor Dr. **Hans Maier** sein.

*

Hanno Ernst, Mitherausgeber der „Aachener Volkszeitung" und Geschäftsführer der Aachener Verlagsgesellschaft, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Den Orden des Bundespräsidenten überreichte Aachens Oberbürgermeister **Kurt Malangré**. Hanno Ernst erwarb sich besondere Verdienste um die internationale Vereinigung katholischer Journalisten in der „Union Catholique Internationale" in Genf. Seit 1969 ist er außerdem Mitglied des Beirates der Katholischen Nachrichten-Agentur KNA. Das Große Bundesverdienstkreuz hat Dr. **Hanns Simon** erhalten, der Gesellschafter der Bitburger Brauerei Th. Simon.

STAND PUNKT

Unwürdiges Duell mit bösen Worten

Zu den wenigen trüben Augenblicken der ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaft vor gut fünf Monaten in Helsinki gehörte die Pressekonferenz nach dem 100-m-Finale der Frauen. Das mit Spannung erwartete große Duell war geplatzt, weil Weltrekordlerin Evelyn Ashford (USA) nach 60 Metern mit einem Muskelriß auf die Bahn stürzte. Weltmeisterin Marlies Göhr kommentierte diesen Unfall dann so: „Wenn sie antritt und nicht bis ins Ziel kommt, dann ist das ihr Problem, nicht meins." Ein Aufschrei der Empörung folgte diesen Worten, sogar in der „DDR"-Presse wurde Kritik an der schnellen Frau aus Jena geübt. Vergeblich hatte „DDR"-Trainer Horst-Dieter Hille damals mit den Worten: „Marlies und mir tut das leid", die Atmosphäre reinigen wollen. Nichts tat der Weltmeisterin leid. Sie reagierte patzig und frech.

Evelyn Ashford konterte die zynische Mitleidslosigkeit ihrer Rivalin später, als sie über Tränen wieder zu Worten gefunden hatte, orakelhaft: „Nächstes Jahr sind ein paar Rechnungen zu begleichen." Jetzt hat Evelyn Ashford, deren Weltrekord Marlies Göhr nicht anerkennt, weil er in 2000 m Höhe aufgestellt wurde, eine erste Anzahlung darauf geleistet. „Marlies Göhr ist der schnellste Roboter, ich bin die schnellste Frau. Die Natur wird über die Maschine triumphieren", formulierte die Amerikanerin in der Olympiastadt Los Angeles.

Im verbalen Fern-Duell, das sich mittlerweile über mehrere Jahre hinzieht, hat Evelyn Ashford mit diesen Sätzen erst einmal wieder die Führung übernommen, wenn Geschmacklosigkeit und Infamie als Maßstab genommen werden. Es steht zu befürchten, daß Marlies Göhr die würdelose Auseinandersetzung noch vor dem sportlichen Wettkampf bei den Sommerspielen fortsetzen wird. Die schnellsten Frauen der Welt dürfen sich dann allerdings nicht beklagen, wenn ihnen der Beifall für den erhofften Olympiasieg weitgehend versagt bleibt. Wer eigene Disqualifikation so hartnäckig betreibt wie Marlies Göhr und Evelyn Ashford, dessen Gold glänzt selbst bei Olympia nur sehr matt.

HANS-JÜRGEN QUAST

FUSSBALL / Der Geldgeber redet kräftig mit

Offenbacher Possenspiel Will Trainer Buchmann Entlassung provozieren?

WERNER EMS, Offenbach

Das jüngste Gerücht trifft ihn nicht ganz unvorbereitet, er muß Ähnliches selbst auch schon vermutet haben. Siegfried Leonhardi, Präsident der Offenbacher Kickers, lacht ein wenig verlegen, schweigt einen Moment und fragt dann zurück: „Wie meinen Sie das?"

Im Umfeld des abstiegsbedrohten Bundesligaklubs (11:25 Punkte, Platz 16) steigt die Zahl derer, die es so meint: Kickers-Trainer Buchmann (47) sucht nach Gründen, die eine vorzeitige Entlassung provozieren, weil er mit dem zu erwartenden Abstieg nichts zu tun haben will. Und einer dieser Gründe sei der permanente Privatkrach mit dem neuen Offenbacher Vizepräsidenten Karl Bittner (51).

Leonhardi, ständiger Schlichter zwischen Freund Buchmann und Bittner („Ich komme mir vor wie der letzte Idiot"), antwortet auf das Gerücht mit subjektiver Einschätzung: „Das würde ich merken, so gut kann mich keiner täuschen – nein, das stimmt nicht." Immer wieder, so Leonhardi, habe Buchmann noch das Gespräch darüber gesucht, wie man die Karre aus dem Dreck ziehen könne – und deshalb habe das Präsidium bei einer Sitzung am Mittwoch abend endgültig beschlossen: „Es gibt bis zum Saisonende keinen Trainerwechsel."

Die Sitzung fand in den Räumen der Hausbank, der Bank für Gemeinwirtschaft, statt. Und die Banker hatten irritiert nach den Schlagzeilen der letzten Wochen gefragt, wohl in Sorge um den Kreditrahmen von 2,5 Millionen Mark, den sie dem Klub einräumen.

Eine Sicht der Dinge, die auch Bittner für sich in Anspruch nahm. Im Oktober als Vizepräsident gewählt und für die Amateurabteilungen zuständig, hat der „Bau-Löwe" (interne Sprachregelung) die Profis vor der Saison zum Trainingslager ins eigene Hotel „Rosenalm" in Scheidegg eingeladen, hat die Weihnachtsfeier im Hanauer „Steakhouse" und die 48 000 Mark für das Trainingslager in Israel vor der Rückrunde bezahlt.

„Wer Geld gibt, darf auch mitreden", sagt Bittner. „Wenn einer mit Profilneurose Geld geben will, soll er das. Doch die Verwaltung des Geldes soll er Leuten mit Verstand überlassen", sagt Buchmann.

Als gegen Bochum (2:2) nur 8000 Fans kamen, die Kickers aber 15 000 brauchen, um zu überleben, erklärte Bittner „das sportliche Konzept Buchmanns als gescheitert. Die beste Lösung wäre, er würde gehen." Buchmanns Antwort ging tiefer: „Hinter allem steckt doch nur seine Freundin. Es wäre beschämend, wenn der Verein in Zukunft von einer Frau regiert würde."

Buchmann spielte damit auf Vorfälle während des Trainingslagers an. Nach Israel hatte Finanzier Bittner, der seinen Geburtstag im Flachs schon mal mit „30. Januar, dem Tag der Machtergreifung" angibt, nicht nur 20 Profis, sondern auch seine Freundin, seine Tochter Jutta (21) und deren drei Freundinnen eingeladen.

Die Frau, der Machtliebhaber Buchmann Machtgelüste nachsagt, ist Marianne Hohenadel (44), als Textilunternehmerin wesentlich erfolgreicher als Buchmanns Fußballer. Die Dame hat statt zu regieren bereits reagiert und ihrem Freund Bittner gesagt: „Karl, steig doch wieder aus."

Doch Bittner, der sich früher in seinem Heimatort Bruchköbel eine höherklassige Tischtennismannschaft leistete, macht weiter. Auch wenn ihn Buchmann weiter so behandelt wie eine Stunde vor dem Auswärtsspiel der Offenbacher am 3. Dezember in Braunschweig. Bittner damals noch leutselig zu Buchmann: „Grüß Gott, wie geht's Ihnen ... und wie steht die Mannschaft?" Buchmanns Antwort: „Dafür ist der Liga-Obmann eher zuständig."

Ganz so sarkastisch darf Buchmann allerdings künftig nicht mehr reagieren. Leonhardi verbot ihm am Mittwoch Aussagen über den Vizepräsidenten. Die Androhung der Entlassung für den Fall der Zuwiderhandlung hat der Präsident sich verkniffen, „die ist bei der Intelligenz des Herrn Buchmann auch nicht erforderlich". Beim nächsten Krach aber muß auch Freund Leonhardi „wohl oder übel an Provokation glauben".

Noahs Angst, auf der Straße erkannt zu werden





Die alten Zöpfe sind ab, Yannick Noah (23) ist fast nur noch an seinem Lächeln zu erkennen – dann wird nämlich die Zahnlücke sichtbar. Der beste französische Tennisspieler trat zu den Hallenmeisterschaften der USA in Philadelphia mit kurzgeschorenem Wuschelkopf (links) auf. Noah hatte Ende des letzten Jahres Frankreich verlassen, weil er sich von der Öffentlichkeit verfolgt fühlte. Er sei zu bekannt, um noch ein Privatleben führen zu können. Jetzt lebt er – noch dazu ohne Zöpfchen – in den USA. Und mit der neuen Frisur wird er auf der Straße bestimmt nicht mehr erkannt. FOTOS: AP/HASPO

MOTORSPORT / Walter Röhrl führt weiter bei der Rallye Monte Carlo

Großer Kampf um Sekunden-Bruchteile

ROLF F. NIEBORG, Monte Carlo

„Kampf der Giganten" klingt viel zu abgegriffen, „Duell der Gegensätze" trifft den Kern auch nicht, und über den Witz „Anfänger bezwingt seinen Lehrer" lacht auch keiner mehr: Der Sekunden-Clinch zwischen Walter Röhrl und Stig Blomqvist um den Sieg bei der 52. Rallye Monte Carlo läßt sich in keine Schablone pressen. Zu ausgeprägt sind die Charaktere der beiden Männer, die nach menschlichem Ermessen als einzige noch für den Erfolg im ersten Lauf zur Weltmeisterschaft in Frage kommen.

29 Sekunden trennten Spitzenreiter Röhrl von Blomqvist vor der entscheidenden letzten Prüfung, der sogenannten „Nacht der langen Messer", die gestern abend um 22.00 Uhr gestartet wurde und heute nach 705,9 Kilometern durch die Seealpen in Monte Carlo endet. Fast sieben Minuten zurück liegt der Dritte, der amtierende Weltmeister Hannu Mikkola. Daß alle drei den 360 PS starken Audi Quattro fahren, schockt die Gegner auf anderen Fabrikaten.

Was charakterisiert diese Menschen, die ihre Wagen über die verschneiten und vereisten Sträßchen Südfrankreichs zwingen. Röhrl, das ist der ehemalige Bischofs-Chauffeur aus Regensburg, 36 Jahre alt, hager, verheiratet, sensibel. Mittlerweile zweimal Weltmeister und dreimal Sieger in Monte Carlo, zuletzt vor einem Jahr. Röhrl, Gewinner von 16 Rallye-WM-Läufen, ist kein Schwätzer, aber er sagt was er denkt und verschließt sich nicht.

Dagegen Blomqvist: Er stammt aus den schwedischen Wäldern, ist 37 Jahre alt, ledig, nicht dick, aber doch gut genährt, ein schweigsamer Bär mit nur noch spärlichem Haarwuchs. Wenn er an einem Tag zwei zusammenhängende Sätze von sich gibt, nennen seine Freunde das einen ungehemmten Redefluß. Wenn er gerade keine Sonderprüfungs-Bestzeiten jagt, dann eben hübsche Mädchen, so sagt man. Und wie viele Skandinavier ist er auch einem guten Tropfen nicht abgeneigt. Natürlich immer erst nach dem Sport, der ihm bislang sechs Siege bei WM-Läufen bescherte.

So unterschiedlich Röhrl und Blomqvist in ihrem Wesen sind, eines verbindet sie, und wohl deshalb sind es gerade diese beiden, die ausgerechnet bei der populärsten Rallye fast im Alleingang dominieren. Beide sind Autonarren im positiven Sinne, Naturtalente, die das Letzte an Fahrvermögen mobilisieren können.

Röhrl, der im Gegensatz zu Blomqvist erstmals auf dem Quattro im Wettbewerb fährt, kam völlig abgekämpft nach der ersten Etappe in Monte Carlo an. „Das geht mir alles zu leicht", kommentierte er seinen Vorsprung. „Ich kann die Reaktionen des Autos bisher nur zu 90 Prozent im Voraus kalkulieren, der Rest überrascht mich immer noch." Was er erst jetzt erzählte: Noch in der Nacht von Freitag auf Samstag vor dem Start war er mit einem Trainingsauto durch den verschneiten Bayerischen Wald getobt, um zum letzten Mal den Ernstfall zu proben.

Schuster will gehen

Barcelona (dpa) – Fußball-Nationalspieler Bernd Schuster (24) hat angedeutet, daß er den FC Barcelona bald verlassen wird. Dreieinhalb Jahre nach seinem Wechsel vom 1. FC Köln zu dem spanischen Spitzenklub sagte er: „Trotz des langen Vertrages fühle ich, daß die mich los werden wollen und bald freigeben, vielleicht schon am Sonntag." Schusters Vertrag in Barcelona läuft bis 1988. Er selbst nennt Bayern München, den 1. FC Köln und den Hamburger SV als mögliche neue Klubs.

Brigitte Kraus vorne

Hamilton (sid) – Brigitte Kraus, Zweite der Weltmeisterschaft über 3000 m, kam beim internationalen Leichtathletik-Sportfest in Hamilton (Neuseeland) zu einem eindrucksvollen Sieg über 1500 m. Die 27 Jahre alte Kölnerin gewann in 4:09,59 Minuten.

Sieg für Pinner

Rosenheim (sid) – Der ehemalige deutsche Tennismeister Uli Pinner (Neuss) sorgte in der ersten Runde des Rosenheimer Auftaktturniers zum Wintercircuit des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) für eine Überraschung. Er besiegte in der ersten Runde den an Nummer eins gesetzten schwedischen Kingscup-Finalisten Jan Gunnarsson mit 6:4, 3:6, 7:6.

Fernseh-Festival

Wiesbaden (dpa) – Die Fußball-Europameisterschaft in Frankreich wird ein Fernseh-Festival der Liveübertragungen: ZDF und ARD garantieren die Direktübertragung von 13 der 15 Spiele, darunter sämtliche Begegnungen der deutschen Mannschaft.

Kießling entlassen

Iserlohn (sid) – Der EC Iserlohn hat Trainer Gerhard Kießling (60) entlassen. Der Grund für die Trennung von dem Mann, der schon mit Füssen, Düsseldorf und Köln deutscher Eishockey-Meister war: Iserlohn hat um zwei Punkte die Endrunde der deutschen Meisterschaft verpaßt.

ZAHLEN

MOTORSPORT

52. Rallye Monte Carlo, erster Lauf zur Weltmeisterschaft, Zwischenstand nach der ersten von zwei Wertungs-Etappen, 20 von 30 Sonderprüfungen (davon 16 gewertet): 1. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland), Audi Quattro, 5:42:17 Stunden, 2. Blomqvist/Cederberg (Schweden), Audi Quattro, 0:29 Minuten zurück, 3. Mikkola/Hertz (Finnland/Schweden), Audi Quattro, 6:56, 4. Therier/Vial (Frankreich), Renault 5 Turbo, 18:00, 5. Saby/Andrie (Frankreich), Renault 5 Turbo, 20:57, 6. Bettega/Perissinot (Italien) Lancia Rally 24:38.

BASKETBALL

Qualifikationsrunde zur deutschen Meisterschaft, Herren, Gruppe A: Wolfenbüttel – Gießen 92:85, Göttingen – Hagen 81:76. – Gruppe B: Bayreuth – Heidelberg 82:80.

TENNIS

Hallenmeisterschaften der USA in Philadelphia, 2. Runde: Lendl (CSSR) – Simonsson (Schweden) 6:3, 6:0, McEnroe (USA) – Fleming (USA) 6:4, 6:2, Noah (Frankreich) – Solomon (USA) 6:3, 6:4, Arias (USA) – Fromm (USA) 6:4, 7:6.

VOLLEYBALL

Europapokal der Landesmeister, Herren, Halbfinale: Dukla Liberic – USC Gießen 3:0 (Hinspiel 3:1, Liberic im Finale).

HANDBALL

Bundesliga, Männer: VfL Gummersbach – TuS Hofweier 20:16, Frauen: Oldenburg – Bayer Leverkusen 12:13.

EISHOCKEY

Pokal, Gruppe 2: Schwenningen – Mannheim 9:5.

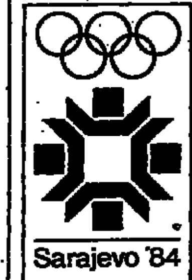
GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 5, 6, 9, 10, 11, 16, 32, Zusatzzahl: 8. – Spiel 77: 5 7 8 3 7 4 1. (Ohne Gewähr)

GEWINNQUOTEN

Mittwochslotto: Klasse 1: unbesetzt, 2: 84 315,20, 3: 4039,–, 4: 64,80, 5: 5,60. (Ohne Gewähr).

Bob-Fahrer Georg Großmann – In Lake Placid nannten sie ihn Feigling



● Noch 13 Tage bis zu den Olympischen Winterspielen in Sarajevo. Die WELT setzt ihre Serie über Persönlichkeiten des Wintersports mit Bob-Fahrer Georg Großmann fort. In der nächsten Folge: Ski-Springer Toni Innauer.

Sie hatten sich alle in die Wolle gekriegt wegen Georg Großmann. Dieser Angsthase hätte daheim im Schwarzwald bleiben sollen, Feiglinge hätten nichts zu suchen bei Olympia, argumentierten die einen. Die Gegenseite hätte dem Bobpiloten Großmann am liebsten einen Orden verliehen. Der Mann hatte sich geweigert, den Opel-Bob Deutschland II mit drei Kameraden hinten drin durch das Eis des Mount van Hoevenberg zu steuern.

Zum besseren Verständnis: Die Bobbahn von Lake Placid war schon nach den ersten Fahrten umgetauft worden. „Die gefährlichste Meile der Welt" hieß sie bei den Fahrern. Bevor die mutigen Männer beim Training oder im Wettkampf hinausmußten in die Rinne, sind sie dagehockt wie Kinder, die sich vorm schwarzen Mann fürchten. Manfred Schumann, ein Bremer aus glorreichen deutschen Bobzeiten, hat die Stimmung im Starthaus so wiedergegeben: „Grenzenloses Schweigen. Die Fahrer haben nur vor sich hingestiert. Ganz abgesehen davon, daß sie jeden Abend besoffen waren. Alle nur aus Schiß."

Georg Großmann hatte seine Angst zugegeben. Er kriegte Bahn und Bob nicht in den Griff. Großmanns Besatzung – Alex Wernstdorfer, Hans-Jürgen Hartmann und Siegfried Radant – hatten den Entschluß ihres Steuermanns akzeptiert. Wer drängt sich schon vor zur lebensgefährlichen Fahrt? Aber die anderen, der Bundestrainer Wolfgang Zimmerer und Richard Hartmann, der Präsident des Deutschen Bob- und Rodelsportverbandes, hatten bitterbös über Großmanns Rückzug gemotzt. Ein Olympia-Tourist – das war der mildeste Ausdruck ihrer Verärgerung.

„Ich würde wieder so entscheiden", sagt der Freiburger Bankdirektor heute. Großmann: „Was hätten die Leute wohl gesagt, wenn etwas passiert wäre? Jetzt fährt der 16 Jahre Bob. Da hat er doch wissen müssen, wie gefährlich so etwas ist." Und: „Man trägt ja nicht nur die Verantwortung für sich und seine Familie, sondern auch für die drei, die hinter mir sitzen. Und ich als Pilot bin durch einen Überrollbügel geschützt, die anderen nicht."

Ein schlechtes Gewissen, der Makel, in der wichtigsten Stunde eines Sportlers kapituliert zu haben, das plagt Georg Großmann (43) ganz gewiß nicht. Freiburgs Oberbürgermeister Eugen Keitel und Deutschlands Sportmediziner Nummer eins, Professor Klümper („Ich zieh' den Hut vor Ihrem Verhalten"), haben ihn von allen Komplexen befreit. Schwarz auf weiß in Briefen. 99 Prozent seiner Bekannten hätten auf diese verständnisvolle Weise reagiert, erzählt er. Nur ein betrunkener Wirt habe ihn mal dumm angemacht, „aber solche Leute zählen nicht".

Auch das Verhältnis zu Trainer Zimmerer (Großmann: „Ich habe ja seine Enttäuschung verstanden") ist wieder ins reine gekommen. Und der damalige Sportwart Hans Hohenester hat ihm bei einem Besuch in Freiburg gesagt, im Nachhinein akzeptiere er den Entschluß, vor allem wegen der besonderen Umstände von Lake Placid.

Die Umstände: Eine Million Mark hatte es sich das Haus Opel in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium kosten lassen, eine olympische Wunderwaffe zu planen und zu konstruieren. Und dieses teure Gerät mußte dann in Lake Placid einfach vorgestellt werden. Er habe lieber mit einem eigenen Schlitten fahren wollen, aber der Druck, den Opel-Bob einzusetzen, sei zu groß gewesen, sagt Großmann. Wer stärker gedrückt habe, die Industrie oder die Funktionäre? Großmann: „Das weiß ich bis heute nicht."

Steuermann Großmann ist damals zwar ausgestiegen aus dem Schlitten, vom Bobsport hat er sich nicht zurückgezogen. Seine Erfahrung vermittelt er an den Nachwuchs weiter. Bei den Junioren-Europameisterschaften gehört er zum deutschen Betreuerstab. Wird dabei Ihr Entschluß von Lake Placid aufgewärmt? „Nein", meint er. Im letzten Jahr ist er noch einmal in dieses schon fast vergessene Dorf hinter den Adirondack-Bergen gefahren. Als die Weltmeisterschaften auf der inzwischen entschärften Olympia-Bahn anstanden, hat er Urlaub genommen und seiner Frau gezeigt, wie das alles war.

Trotz der Liebe zum Bobsport: Großmann schrecken Visionen, wenn er an die Zukunft denkt. Mit dem Begriff „katastrophales Wettrüsten" sei die Entwicklung im Schlittenbau exakt beschrieben, glaubt er. Und die russische „Zigarren-Version" hält er für den gefährlichsten aller Trends. Großmann: „Die Zweierbobs sind so schnell, wenn da einer in der Kurve nur knapp über die Ideallinie hinausfährt, kann man einen solchen Schlitten mit dem Körper nicht mehr halten. Der kippt, und in so einer Kiste haben alle die Köpfe draußen." MARTIN HÄGELE

Freigekaufte aus „DDR“ berichten über Drohungen

W.K., Bonn

Mit dem ersten Transport freigekaufter Häftlinge aus „DDR“-Gefängnissen in diesem Jahr sind am Mittwochabend 79 Frauen und Männer im Notaufnahmelager Gießen eingetroffen.

Einige der vorzeitig entlassenen politischen Gefangenen berichteten, Aufseher hätten im Herbst das Gerücht verbreitet, im Fall einer NATO-Nachrüstung würde der Freikauf zum Jahresende eingestellt werden. In den Gefängnissen der „DDR“ hätten diese Gerüchte zu schockartigen Reaktionen geführt. Der Staatssicherheitsdienst habe nach Vermutungen der ehemaligen Häftlinge in diesen Zweckgerüchten anscheinend auch ein Abschreckungsmittel gesehen, um unter der Bevölkerung der weitverbreiteten Auffassung entgegenzuwirken, daß Ausreisewünsche nach kurzer Strafverbüßung zunehmend durch Freikauf erfüllt würden.

Die ehemaligen Häftlinge berichteten auch über Einzelheiten des behördlichen Vorgehens gegen „Solidarnosc“-Sympathisanten unter den „DDR“-Bewohnern. Während des Höhepunktes der Krise in Polen hätten Spezialeinheiten des Staatssicherheitsdienstes zeitweise den Berliner Ring – das Eisenbahn- und Straßennetz – streckenweise abgeriegelt und zahlreiche Reisende aus den Eisenbahnzügen zu Leibesvisitationen in Kontrollbaracken geführt. Der geringste Verdacht genügte bereits zur Festnahme.

Keine Fortschritte über EG-Probleme

H. H. Bonn

Das deutsch-französische Ministergespräch in Bonn über EG-Probleme hat keine Fortschritte gebracht. Wie bei dem ersten bilateralen Treffen am 16. Januar in Paris, erörterten die Minister Cheysson, Delors und Dumas sowie Genscher und Stoltenberg erneut die zentralen Probleme der Gemeinschaft, vor allem den Grenzausgleich (der deutsche Agrarexporte erleichtert und deutsche -importe erschwert), die Eindämmung der Überschußproduktion (vor allem bei Milch) und die Begrenzung der deutschen Nettozahlerposition in der Gemeinschaft.

„Nur schweigend kann man die Schrecken begreifen“

Kohl nach Besuch am Mahnmal der Opfer Yad Vashem

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich tief beeindruckt von seinem Besuch beim Holocaust-Mahnmal „Yad Vashem“ in Jerusalem gezeigt. Wie er gestern in einem Interview mit der israelischen Zeitung „Yediot Achronot“ sagte, befasse er sich seit seiner Studentenzeit mit der Erforschung des Nationalsozialismus. Doch sei dies bloß theoretisch und nicht „mit dem Herzen“ geschehen.

„Hier beim Anblick dieser Greuel war ich sprachlos. Ich stand dumm, hilflos vor diesem Abgrund der Unmenschlichkeit ... Obwohl ich das öffentliche Interesse an meinem Besuch würdige, wäre ich lieber allein hingegangen, ohne Begleitung, um das alles mit größter Konzentration zu erfassen. Nur schweigend kann man die volle Bedeutung dieser Schrecken begreifen. Es war eine Begegnung mit dem schrecklichsten Teil unserer Geschichte.“

Seine Empfindungen beim Blick von seiner Hotelsuite über einen großen Teil des historischen Jerusalem, schilderte Kohl: „Ich empfand die Anwesenheit aller Religionen in dieser Stadt.“ Es sei traurig, betonte Kohl dabei, daß gerade diese Stadt „niemals einen wirklichen Frieden erlebt hat“.

Kohl verwies auf das besondere deutsche Interesse am Frieden im Nahen Osten: „Geopolitisch gesehen ist der Nahe Osten unser Nachbar ...“ „Wir können nicht ignorieren, was hier vorgeht. Die Hälfte unseres Öls kommt von hier, und das ist nicht alles ... Wenn hier kein Frieden herrscht, so bringt es auch anderswo keinen. Alles Negative, das hier geschieht, beeinflußt auch uns.“

Auch in der Frage der Europäischen Gemeinschaft sei Israels Entwicklung nicht nur eine israelische Angelegenheit, sondern ebenfalls eine deutsche. „Ich werde fordern, daß der Beitritt Spaniens zur EG Israel keinen Schaden zufügt“, sagte Kohl, der gegenüber „Yediot Achronot“ versicherte, die jährliche deutsche Anleihe in Höhe von 140 Millionen Mark werde fortgesetzt, obwohl die Wirtschaftshilfe an andere Staaten gekürzt worden sei.

Der Kanzler beendete das Interview mit dem Versprechen, er werde alles tun, um die israelisch-deutsche Zusammenarbeit auf technologisch-wirtschaftlichem Gebiet, „auf dem sich unsere beiden Völker auszeichnen“, zu entwickeln und auszubauen. „Die Israelis sind als ein außergewöhnlich intelligentes und begabtes Volk bekannt. Die Zusammenarbeit könnte sich als segensreich erweisen.“ (SAD)

Kohl und Shamir uneins

● Fortsetzung von Seite 1

gen Gespräch mit dem Kanzler erläuterte Shamir ausführlich, weshalb deutsche Rüstungslieferungen an die Saudis einen „sehr negativen Effekt in Israel“ haben würden. Er nannte dafür zwei wesentliche Gründe:

1. der moralische Aspekt: deutsche Waffen würden nach Shamirs Worten an einen Staat geliefert, der sich mit Israel im Kriegszustand befindet. Solche Lieferungen müßten im Fall der Bundesrepublik „angesichts der Tragödie zwischen Deutschland und dem jüdischen Volk“ besonders entschieden abgelehnt werden. Es wäre schrecklich, wenn deutsche Waffen gegen Juden eingesetzt werden könnten.

2. der militärische Aspekt: Shamir bezeichnete Saudi-Arabien als „Hauptfinanzier der PLO und anderer Feinde Israels seit zwanzig Jahren“.

Aus diesen Gründen wären Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien, so resümierte Shamir, nicht hilfreich für den Friedensprozeß im Nahen Osten; sie würden im Gegenteil die Instabilität fördern und den negativen Einfluß Saudi-Arabiens vergrößern.

Regierungssprecher Pazner wies darauf hin, daß die Atmosphäre zwischen Kohl und Shamir weiterhin gut sei. „Diese beiden Männer haben ein gutes persönliches Verhältnis entwickelt, das es ihnen ermöglicht, offen und freundschaftlich auch umstrittende Fragen zu erörtern. Sie sprechen gern miteinander, und wenn sie Differenzen haben, dann diskutieren sie offen darüber“, versicherte der Israeli.

GESAGT

Franz Josef Strauß sagte während seines Israel-Besuchs im Mai 1980:

„Wie steht es denn mit dem Selbstbestimmungsrecht für Litauen, für Lettland und für Estland, für die Provinz Ogaden, für Eritrea? Die Selbstbestimmung ist eine Formel, zu der wir uns alle bekennen. Aber sie darf nicht bis zur Sinnlosigkeit strapaziert werden. Wenn die Sicherheit für die beteiligten Seiten und das Prinzip der chemisch reinen, idealen Selbstbestimmung nur mehr ein Ausweichen aus der Wirklichkeit bedeuten, dann soll man diese Schaum-Formel, diese inhaltsleere Phraseologie nicht immer wieder zelebrieren.“

„Für Israel ist es nicht möglich, seine militärischen Positionen in Westjordanien, zumindest in den kommenden fünf Jahren, aufzugeben.“

Reagan: Nie einen atomaren Krieg führen

■ Fortsetzung von Seite 1

zur Verringerung der Staatsverschuldung Steuererhöhungen in Kauf zu nehmen, die er als „Wundpflaster-Lösung“ abtat. Reagan wird mit dem Defizit als seiner Haupthypothek in den Wahlkampf gehen müssen, kann aber – wie er das auch in seiner Rede tat – auf die deutlichen Erfolge seiner Regierung hinweisen: kräftiger Aufschwung, Senkung der Inflation auf den elfjährigen Tiefstand von 3,2 Prozent und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Reagan wies der amerikanischen Raumfahrtbehörde ein zündendes Ziel: Er äußerte die Hoffnung, daß bis 1992 eine feste, bemannte US-Raumstation verfügbar ist, die beliebig oft von Raumschiffen wie der Shuttle angeflogen und auf der eine große Zahl faszinierender Experimente ausgeführt werden könnte. Das Projekt Raumstation würde mindestens 8 Milliarden Dollar kosten.

Zum Nahost-Konflikt betonte der Präsident: „Wir dürfen uns in unseren Friedenszielen nicht durch staatlich unterstützten Terrorismus beirren lassen.“ Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus wird die Reagan-Regierung in Kürze ein Paket neuer Vorschläge dem Kongreß und den Verbündeten in Übersee unterbreiten.

Kohl will Wörner nach der Rückkehr empfangen

Parteienstreit im Bonner Kießling-Ausschuß

Co./rmc. Bonn/Jerusalem

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Israel wird Bundeskanzler Kohl „einer Bitte des Verteidigungsministers entsprechen“, Manfred Wörner zur Berichterstattung in der Affäre Kießling zu empfangen. Regierungssprecher Boenisch, der dies gestern in einer offiziellen Erklärung in Jerusalem ankündigte, bestritt allerdings energisch, daß sich der Kanzler eine neue Meinung zu dem Fall gebildet habe. Damit reagiere Boenisch auf Berichte, Kohl erwarte den Rücktritt des Verteidigungsminister.

Auf eine Frage, ob es Pläne für eine Regierungsumbildung gebe, erwiderte der Regierungssprecher, weit weg von der Heimat könne man sich kein objektives Bild machen. Zudem könne eine solche Entscheidung nicht am Rande eines so wichtigen Besuchs wie dem des Kanzlers in Israel getroffen werden.

In Bonn nahm der Parlamentarische Untersuchungsausschuß in der Kießling-Affäre seine Arbeit auf. In nicht-öffentlicher Sitzung gerieten die Abgeordneten der Koalition mit denen der SPD in Streit über die Reihenfolge der für die Zeugenvernahme zu ladenden Personen. SPD und Grüne konnten sich mit ihrem Antrag nicht durchsetzen, unmittelbar nach der Anhörung von Wörner als Zeugen am 8. Februar General a. D. Kießling gleichfalls als Zeugen zu vernehmen. Besonders die Sozialdemokraten, auf deren Initiative die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zurückgeht, verfolgten mit ihrem Antrag das Ziel, sofort nach der von Wörner zugegebenen Darstellung der Vorgänge, an deren Ende die vorzeitige Entlassung Kießlings stand, den davon Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lassen. Dem hielten die Koalitionsparteien entgegen, zunächst müsse sich der Ausschuß ein Bild von den Grundlagen verschaffen, auf denen Wörners Entscheidung zur Pensionierung des Generals fuße. Deshalb setzten CDU/CSU und FDP aufgrund ihrer Mehrheit im Ausschuß durch, daß nach Wörner als Zeugen die Kölner Polizeibeamten gehört werden sollen, die nach der Bitte um Amtshilfe durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) die Ermittlungen über Kießling in Kölner Lokalen geführt hatten.

Kießling ließ durch seinen Bonner Rechtsanwalt mitteilen, er habe nach dem Gespräch des Ministers mit dem Schweizer homosexuellen Schriftsteller Alexander Ziegler jegliches Vertrauen in eine objektive Aufklärung der Vorwürfe verloren.

CSU kritisiert Bonn

▲ Fortsetzung von Seite 1

in diesem Zusammenhang auch nicht den Begriff „Spannungsgebiet“ niedergeschrieben sehen. Die neue Formulierung lautet jetzt: „In Mittelamerika ist es in den letzten Jahren zu einer Zunahme an Spannungen und Konflikten gekommen, die teilweise gefährliche Ausmaße erreicht.“ Ersatzlos gestrichen wurde der Satz: Die Länder dort „fordern eine eigenständige Entwicklung, die frei von fremden Einflüssen ist“.

Die CSU-Minister hatten darauf hingewiesen, daß ein solcher Satz in Widerspruch zu der anderen Aussage stehe, angesichts der prekären Wirtschaftslage der Länder sei „Hilfe von außen gegenwärtig in besonderem Maße notwendig“. Geändert wurde eine konkret auf Nicaragua bezogene Aussage. Hier hatte im Entwurf gestanden: „Eine Quelle besonderer Spannungen ist Nicaragua geworden.“ Jetzt heißt es: „Ein Land mit besonderen inneren und äußeren Konflikten ist Nicaragua geworden.“ Neu gefaßt wurde außerdem in der Kabinettssitzung eine andere Positionserklärung. Zunächst hatte es im Entwurf geheißen, die „Zersplitterung“ Mittelamerikas sei in besonderem Maße eine „Ursache“ dafür, „daß heute kein Land der Region ohne wirtschaftliche Hilfe von außen bestehen kann“. In der überarbeiteten Fassung heißt es nun: Der „fehlende Zusammenhalt“ in dieser Region sei mit die Ursache dafür, daß „alle Länder wirtschaftliche Hilfe von außen benötigten“.

Strauß dringt auf Umbildung des Kabinetts

◆ Fortsetzung von Seite 1

das Auswärtige Amt nicht einschlössen.

Seinem eigenen Eintritt in die Bundesregierung steht Strauß heute mit großen Vorbehalten und inneren Widerständen gegenüber. Schon bei der Postenverteilung nach den März-Wahlen 1983 habe er, wie er hervorhob, die Übernahme des Verteidigungsministeriums, verbunden mit dem Vizekanzler, abgelehnt.

Um seine Zurückhaltung in eigener Sache zu betonen, erklärte Strauß: „Was bewegt mich beim Blick nach Bonn: Beim Auswärtigen Amt ist es politisches Eros; beim Verteidigungsministerium ein Opfergang.“ Ihn ziehe nichts in die Bundeshauptstadt, er würde das Verteidigungsministerium aber auf sich nehmen „wie eine Einberufung“.

Dabei könnte es sich allerdings nicht nur um einen Tausch zwischen dem Amt des bayerischen Ministerpräsidenten und des Chefs des Verteidigungsministeriums handeln. Damit wollte Franz Josef Strauß andeuten, daß der Posten des Verteidigungsministers für ihn mit der Vizekanzlerschaft verbunden sein müßte.

„Volkszählung ist legal und legitim“

E. N. Bonn

CDU/CSU, FDP und SPD haben gestern im Bundestag einen Antrag der Fraktion der Grünen abgelehnt, das Volkszählungsgesetz 1983 aufzuheben. Der Antrag war damit begründet worden, daß „in der Praxis dies einen weiteren Schritt zum Überwachungsstaat“ darstelle. Koalition und Sozialdemokraten wiesen dies mit der aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entlehnten Begründung zurück, die Volkszählung sei ein legitimer und legaler Akt staatlichen Handelns.

Nachdem der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Horst Waffenschmidt (CDU), die Notwendigkeit der Zählung für Bund, Länder und Gemeinden begründet hatte, verwahrte sich im Namen der SPD der Abgeordnete Harald Schäfer gegen die von den „Grünen“ verwendeten „totalen Erfassungs-Redereien“.

Ein VW von Daimler

JB. – An Ratschlägen und Vorwürfen, wie denn die deutsche Werftenkrise überwunden und nicht überwunden werden könnte, hat es nie gefehlt. Besonders rührig ist hierbei die IG Metall, deren Mitglieder von dem Niedergang der Werften arg betroffen sind. Der Hamburger Großwerft Blohm + Voss hat sie kurzum unterstellt, sie wolle gar keine Aufträge mehr, nur um das „Kahlschlagkonzept" des Verbandes zu realisieren.

Der Sündenkatalog der IG Metall ist umfangreich. Blohm + Voss bemühe sich nicht um öffentliche Aufträge, lehnte es einfach ab, zwei Containerschiffe zu bauen und gebe den beschäftigungsintensiven Bau ziviler Schiffe zugunsten von Rüstungsaufträgen vorsätzlich auf.

Der Vorstand hat diese Vorwürfe zurückgewiesen. Bei den öffentlichen Aufträgen habe es sich in erster Linie um Bauleistungen gehandelt und die B + V-Arbeiter seien nun einmal keine Bauarbeiter. Was die kleinen, einfachen Containerschiffe angehe, so sei B + V für deren Bau überqualifiziert und deshalb zu teuer. Man könne schließlich auch bei Daimler Benz keinen VW kaufen.

Der wichtigste Grund, weshalb es den deutschen Werften so schwerfällt, ihre Auftragsbücher zu füllen, ist damit freilich noch nicht genannt. Es sind die hohen Kosten, die sie im Vergleich etwa zu fernöstlicher Konkurrenz praktisch wettbewerbsunfähig gemacht haben. Da dies im übrigen nicht nur für Schiffe, sondern für alle anderen schiffbaufremden Bereiche auch gilt, fällt es den Werften auch schwer, die allenthalben gut gemeinten Vorschläge der Diversifikation zu verwirklichen. Die Weigerung, einen Auftrag hereinzunehmen, ist nichts weiter als die Weigerung, von vornherein eine Kostenunterdeckung von 30 bis 40 Prozent zu akzeptieren.

Schweinezyklus

J. Sch. (Paris) – Gegen den Schweinezyklus ist kein Kraut gewachsen. Wenn die durch steigende Preise angeregte Schweinezucht marktreif wird, muß es zu Kurseinbrüchen kommen. So geschah es dieser Tage am Schweinemarkt von Brest, wobei die Preise wegen der höheren Einfuhren aus anderen EG-Ländern besonders stark fielen. Daß daraufhin die bretonischen Schweinezüchter Staatshilfe in Form von Importbeschränkungen und Subventionen forderten, gehörte zum normalen Zyklus. Dagegen hat sich die Regierung energisch dem Druck der Straße widersetzt. Die Jungbauern, die die Unterpräfektur von Brest und die Eisenbahn nach Paris blockierten, wurden kurzerhand verhaftet und eingesperrt. Auch die Bretonen hätten sich den Regeln des gemeinsamen Agrarmarktes zu fügen, erklärte Staatspräsident Mitterand kategorisch. Will er sich damit eine gute Basis für sein EG-Mandat (Präsidialmacht) verschaffen? Oder erklärt sich die Härte daraus, daß die französischen Bauern durchweg keine sozialistischen Wähler sind?

LANDWIRTSCHAFT / In Berlin wurde die Internationale Grüne Woche eröffnet

Streit über die Agrarpolitik zwischen der EG und den Vereinigten Staaten

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Berlin

Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten und eine drastische Verschlechterung des Welthandels-Klima hat der amerikanische Landwirtschaftsminister John R. Block der Europäischen Gemeinschaft für den Fall vorausgesagt, daß sie ihre Agrarpolitik nicht ändere. Dagegen warb der zuständige EG-Kommissar Poul Dalsager bei der Eröffnung der Internationalen Grünen Woche in Berlin um Verständnis dafür, daß die Gemeinschaft ihre Einfuhren beschränken wolle, weil sie ihren Landwirten Opfer bei der Reform der Agrarpolitik zumuten müsse.

Der amerikanische Landwirtschaftsminister John R. Block wies gestern in seiner Rede zur Eröffnung der Grünen Woche darauf hin, daß die Stützpreise in der Gemeinschaft zu hoch seien, daß sie das EG-Budget sprengten. Aber dieses Problem müsse die Gemeinschaft selber und nicht auf Kosten der Handelspartner lösen. Jedenfalls würden die USA die geplante Steuer auf Öle und Fette nicht hinnehmen. Das gelte auch für die Importbeschränkungen bei Maisgluten. Dieses Futtermittel wird vor allem bei der Milchproduktion eingesetzt und hat nach Ansicht der EG nicht nur heimische Getreide verdrängt, sondern auch zu den Milch-Überschüssen beigetragen.

Seit Jahren bereits verhandeln die USA und die Gemeinschaft über die Export-Subventionen, weil sie alle anderen Anbieter treffen. Block demonstrierte die Folgen am Beispiel Marokko. Bis 1978 seien die Hälfte der Getreideimporte dieses Landes aus den USA gekommen. Durch die Subventionen für Weizen aus Frankreich seien die Amerikaner jetzt aus dem Markt gedrängt worden. Die EG-Subventionen seien aber auch eine große Belastung für die hochverschuldeten Staaten der Dritten Welt, weil sie deren Agrarausfuhren behinderten. Block forderte, daß die Regierungen bei Subventionen stärker die Auswirkungen auf den Welthandel berücksichtigen sollten. Bei den Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) konstatierte Block gewisse Fortschritte bei der Lösung dieses Problems und bei der Überwindung der Gegensätze zwischen der EG und den USA.

All dieses werde durch die von der Brüsseler Kommission vorgeschlagenen Importbeschränkungen bei Maisgluten gefährdet. Die Kommission strebt ein Mandat für Verhandlungen mit den USA an, um die Einfuhren auf den Durchschnitt der letzten drei Jahre einzufrieren. Block gab an, daß diese Maßnahme die USA 500 Millionen Dollar kosten würde.

Daß die USA nicht bereit seien, dies hinzunehmen, unterstrich Block auch mit dem Hinweis darauf, daß die USA in einigen Fällen durch Subventionen bei Mehl und Milchprodukten die EG von ihren Märkten verdrängt hätten. Und das, obwohl dies im Gegensatz zu den Prinzipien der amerikanischen Politik gestanden habe. Die Europäer sollten jedoch sensibilisiert werden. Entschieden dementierte Block Meldungen, die USA seien bereit, die Importbeschränkungen hinzunehmen.

Im Zusammenhang mit der geplanten EG-Fettsteuer wies er darauf hin, daß die Zollfreiheit bei Sojabohnen im Gatt gebunden ist. Restriktionen bei Öl würden den USA in einer Größenordnung von vier Milliarden Dollar im Jahr treffen. Angesichts der Opfer, die eine Reform der Agrarpolitik den Landwirten bringen werde, fühlt sich EG-Komissar Poul Dalsager „berechtigt, bei unseren wichtigsten Lieferanten Verständnis zu finden bei den Verhandlungen um die Stabilisierung ihrer Exporte". Die Gemeinschaft sei nach wie vor der Welt größter Importeur an Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln.

Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle betonte, daß die Lieferungen von amerikanischen Agrarprodukten zwischen 1975 und 1983 von 15 auf 20,5 Milliarden gestiegen seien, während die EG-Verkäufe in den USA von 3,5 auf 7,1 zugenommen hätten. Das Agrarmarktsystem, also einschließlich der Exportsubventionen, stünden nicht zur Disposition. Er bot jedoch Verhandlungen an, um Fehlentwicklungen zu korrigieren. Ein ruinöser Subventionswettbewerb würde allen Beteiligten schaden.

Auch Bauern-Präsident Constantin Freiherr Heereman appellierte an alle Beteiligten, nicht wieder in frühere Fehler zu verfallen. Die Amerikaner müßten die Probleme in der EG-Landwirtschaft deutlich sehen.

BENZINMARKT

Der Absturz der Preise ist immer noch nicht beendet

HANS BAUMANN, Essen

Auch gestern gaben die Preise für Vergaserkraftstoff in der Bundesrepublik weiter nach. Im Ruhrgebiet sank der Preis für Super um einen Pfennig auf 136,9 Pfennig je Liter Markenkraftstoff, nachdem er erst zwei Tage zuvor bei 137,9 Pfennig gelandet war. Im Rheinland werden Preise von 133,9 Pfennig für Super notiert. In der Branche wird befürchtet, daß der Absturz des Benzinpreises bei Anhalten des autofeindlichen Schnee- und Eiswetters seinen Tiefpunkt noch nicht erreicht hat.

Wie berechtigt die Vokabel „Preissturz" ist, zeigt die Tatsache, daß Vergaserkraftstoff über alle Sorten und Angebotkonditionen am 2. Dezember vorigen Jahres noch 1,42 Mark je Liter kostete – bei einem der bis dahin höchsten Dollarkurse von 2,68 Mark für den Durchschnitt des Monats November. Schon 14 Tage später wurde der Preis (im Durchschnitt) für Super auf 140,9 Pfennig und der für Normalbenzin auf 135,9 Pfennig zurückgenommen. Am 26. Januar 1984 beträgt der Durchschnittspreis über alle Sorten und Konditionen 136 Pfennig je Liter.

Wie erfolglos die Bemühungen der Mineralölgesellschaften waren, ihre Preise „aufzubauen", zeigt auch die Tatsache, daß sie 1983 insgesamt 17mal einen Anlauf nahmen, den Benzinpreis zu erhöhen. Das Ergebnis: Am 25. Januar 1983 betrug der Durchschnittsbenzinpreis in der Bundesrepublik 137 Pfennig je Liter, ein Jahr und einen Tag später sind es 136,4 Pfennig.

Wie schwer die Ölindustrie daran trägt, daß der Wettbewerb keine höheren Preise hergibt, zeigt die Tatsache, daß der Dollar vom 25. Januar 1983 zum 25. Januar 1984 von 2,4432 Mark auf 2,8253 Mark gestiegen ist. Da die Öllieferungen in Dollar fakturiert werden, hätte allein von der Währungsparität her der Benzinpreis heute um mindestens zehn Pfennig höher liegen müssen als vor einem Jahr.

Doch auch vom Rohölpreis frei Grenze kam ein Kostenschub. Im Januar 1983 kostete Rohöl 608 Mark die Tonne, sank dann auf den Tiefstand April auf 539 Mark, um sich bis Dezember 1983 (letzte Zahlen vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft) wieder auf 619,15 Mark je Tonne zu erholen. Auch diesen Mehraufwand kann die Ölindustrie über den Preis für Vergaserkraftstoff nicht hereinholen.

Betriebswirtschaftlich ergibt sich folgendes Resultat: 1983 gelang es der Ölindustrie, ihren Verlust je Tonne Rohöl auf 35 Mark zu drücken, nachdem er zu Beginn des Jahres noch bei 63 Mark gelegen hatte, im Laufe des Jahres aber auf 26 bis 28 Mark fiel. Dieser Erfolg zerrann mit dem neuen Jahr. Jetzt liegt der Verlust je Tonne eingesetztes Rohöl wieder bei rund 50 Mark. Wie hart gerungen wird zeigt der Rotterdamer Preis: Er liegt auf Basis Duisburg leicht über dem Raffinerieabgabepreis in der Bundesrepublik.

Aus der Krise gelernt

Von HEINZ STÜWE

Die Zahlen liegen auf dem Tisch und sie sind verläßlicher als manch andere Prognose: Die Bauwirtschaft kann in diesem Jahr mit einer Produktionssteigerung von fünf Prozent rechnen. Während der öffentliche Bau weiter herumkrebst und bestenfalls stagniert, wird der Wohnungsbau um sieben, der Gewerbebau um fünf Prozent zulegen. Gut 20 Prozent mehr Baugenehmigungen 1983 zeigen an: 1984 wird ein gutes Baujahr. Eine Perspektive, die auch jenen gute Geschäfte verspricht, die Steine, Fliesen, Dachziegel, Rohre, Dämmstoffe, Farben, Türen oder Fenster produzieren.

Da ist es kein Wunder, daß die internationale Baustoffachmesse Bau '84 in München, die in dieser Woche zu Ende ging, von Beginn an unter einem guten Stern stand. Eine ausgebuchte Ausstellungsfläche, volle Messehallen und zufriedene Gesichter auf den Ständen bestätigen die zuversichtliche Grundstimmung. Die Belebung der Baukonjunktur hat eine Branche erfaßt, die nur selten im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht, obgleich sie mit einem Handelsumsatz von 20 Milliarden Mark keineswegs klein, wohl aber vielgestaltig und unübersichtlich ist.

Von Jubelstimmung oder Selbstzufriedenheit kann allerdings keine Rede sein. Schließlich wachsen mit dikkeren Auftragsbüchern die Bäume nicht gleich in den Himmel. Noch immer haben einige Sparten mit Rohstoffpreisschwankungen zu kämpfen, noch immer sind die am Markt durchsetzbaren Preisspielräume nicht größer als zwei oder drei Prozent.

Wichtig ist vor allem dies: Die Baustoffindustrie hat in und aus der Krise gelernt. Die Unternehmer verlassen sich nicht auf die konjunkturelle Erholung, sondern sind bemüht, sich den Markterfordernissen anzupassen. Das gilt für die Produktpolitik wie für Fertigungskapazität und Marketingstrategie.

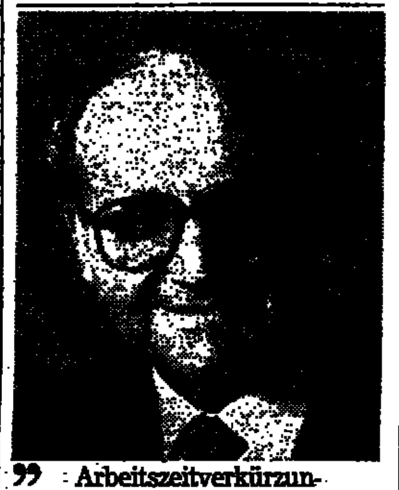
Beispiele gibt es in fast allen Bereichen: Die führenden Gasbeton-Hersteller beschränken sich nicht darauf, durch Verbesserung ihrer Produkte den Markt zu sichern; sie wagen sich schrittweise auch in neue Gefilde. Dabei liegt es für sie nahe, ihr Knowhow im Montagebau von Hallen auf den Wohnungsbau zu übertragen. Sie versuchen zudem, mit neuen Produkten, Platten und Trennwänden für den Innenausbau ihr Standbein im Renovierungsgeschäft zu stärken.

Die Fensterbranche ist dabei, vorschnell aufgebaute Kapazitäten zu reduzieren. Vor Jahren noch kaum vorstellbar: Das Serviceangebot für den Do-it-yourself-Bauherren wird zur wichtigen Marketingaktivität, und zwar nicht nur im Baustoffhandel, der bereits fast 40 Prozent seines Geschäfts mit Privatkunden macht und die Hauptlast der fachgerechten Beratung trägt. Auch die Hersteller selbst gehen mit viel Phantasie an diese Aufgabe heran. Sie spüren, daß es heute nicht mehr genügt, die traditionellen Kontakte zu Architekten und Bauunternehmen zu pflegen. Vielmehr gehen sie dazu über, den Endabnehmer direkt anzusprechen.

„Trading-up" heißt das Stichwort, denn die Spanne zwischen Kosten und Erlösen schrumpft weiter, andererseits sind unter den Produkten kaum Qualitätsunterschiede auszumachen. Diesen Weg geht die deutsche Sanitär-Keramik-Branche. Anspruchsvolles Design und besondere Farbgebung sollen das Produktimage heben, die eigene Marke unverwechselbar machen: eine Strategie, die im Wettbewerb mit ausländischen Billiganbietern die einzig aussichtsreiche ist. Um so verständlicher werden die wütenden Proteste aus der Branche, als ihr ausgerechnet Bonn, wie die Unternehmen meinen, in den Rücken fiel. Hatte doch das Wohnungsbauministerium in seiner „Baukosten-Sparfibel" den Verzicht auf teure keramische Fliesen empfohlen.

Inzwischen sind in der Baustoffindustrie schon erste Erfolge spürbar. Vielen Unternehmen brachte trotz noch unzureichender Kapazitätsauslastung das vergangene Jahr eine Ertragswende. Zur Euphorie besteht jedoch kein Grund. Warnende Stimmen sehen bereits 1985 einen Einbruch im Wohnungsbau voraus. Um die Baunachfrage zu verstetigen, da sind sich alle einig, sind feste Rahmenbedingungen vonnöten. Anhaltende Unklarheit über künftige staatliche Förderungsmaßnahmen und die steuerliche Behandlung des selbstgenutzten Wohnungseigentums sind eher das Gegenteil. Hier ist die Bundesregierung gefordert.

AUF EIN WORT



„Arbeitszeitverkürzungen sind kein Tabu. Es gibt einen über hundertjährigen Trend zur Arbeitszeitverkürzung. Dieser braucht nicht unterbrochen zu werden. Aber man muß berücksichtigen, daß die Tarifparteien heute und in der überschaubaren Zukunft nur einen engen Verteilungsspielraum haben, der mehr Freizeit nur unter Lohnverzicht zuläßt."

Martin Grüner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft.

FOTO: DIE WELT

Bundesbank: Kein Dollar-Buchgewinn

cd. Frankfurt

Die Bundesbank hat keine ihrer mit 1,73 DM zu Buche stehenden Dollar verkauft und damit auch keine Buchgewinne realisiert, die den Bundesbankgewinn aufgebläht hätten. Kursgewinne hat die Bundesbank allerdings durch den ständig steigenden Kurs beim Verkauf von Dollar erzielt, die sie vorher zu meist niedrigeren Kursen aus Quellen außerhalb des Marktes hereingenommen hatte. Diese Gewinne haben nach Angaben von Direktoriumsmitglied Leonhard Gleske nur knapp fünf Prozent zum Bundesbankgewinn beigetragen, der für 1983 auf eine Größenordnung von etwa 13 Milliarden Mark geschätzt wird.

WIRTSCHAFTSLAGE

Lambsdorff-Ministerium zeichnet ein positives Bild

HEINZ HECK, Bonn

Mit konsequent marktwirtschaftlich orientierter Politik können Investitionen, Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand am besten geschaffen oder erhalten werden. Dieser These von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff haben in der gestrigen Sitzung des Konjunkturrats für die öffentliche Hand die Bundesbank und ein Teil der anwesenden Ländervertreter ausdrücklich zugestimmt, während Minister anderer Länder sie zumindest ohne Widerspruch hingenommen haben.

Lambsdorff plädierte für einen stufenweisen Abbau der Subventionen und eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik. Am 22. Februar werde das Kabinett ein Gesetz zur Aufhebung oder Vereinfachung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften (Entbürokratisierung) verabschieden. Die Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen soll ohne neue Subventionen erfolgen.

Bundesbankvizepräsident Helmut Schlesinger zeigte sich besorgt über die Entwicklung des Kursverhältnisses zwischen Dollar und D-Mark, vor allem mit Blick auf die daraus resultierende Gefahr des Inflationsimports.

Im gestern veröffentlichten Lagebericht zeichnet das Wirtschaftsministerium ein weiterhin positives Bild der Konjunkturentwicklung. In der Zunahme des Bruttosozialprodukts 1983 mit real 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr komme das jüngst erreichte Ausmaß der Belebung noch nicht hinreichend zum Ausdruck. Im letzten Quartal 1983 habe das Wachstum bereits rund 2,5 Prozent betragen – eine Zuwachsrate, die für 1984 insgesamt erwartet wird.

FERNWÄRME

IFO: Öffentliche Förderung hat ihre Ziele nicht erreicht

HEINZ STÜWE, München

Bund und Länder haben seit 1975 über drei Milliarden Mark Finanzhilfen für den Abbau der Fernwärme bewilligt. Die damit verfolgten Ziele wurden jedoch nach Auffassung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, nicht erreicht. Weder sei ein großer Energiespareffekt erzielt worden noch habe die Importabhängigkeit in der Energieversorgung nennenswert vermindert werden können, stellt das Institut in einer Analyse fest.

Für problematisch halten die Wissenschaftler vor allem die Tatsache, daß aufgrund der Fördermittel Projekte in Angriff genommen wurden, bei denen nicht sicher sei, ob angesichts hoher Netzinvestitionen und Anlaufverluste die Fernwärme auf lange Sicht zu konkurrenzfähigen Preisen angeboten werden könne. Die aufgrund der Subventionen aufgebauten Kapazitäten führen den Angaben zufolge zu einer jährlichen Nettoeinsparung an Primärenergie von knapp 0,6 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten oder einem Prozent des gesamten Raumwärmebedarfs. Der Energiespareffekt sei gesamtwirtschaftlich damit nur marginal, regional jedoch bedeutsam.

Darüber hinaus kritisiert Ifo ungewollte Substitutionseffekte: Neue Fernwärmeanschlüsse verdrängten nicht nur das Heizöl (zu einem Drittel), sondern entgegen der energiepolitischen Zielsetzung auch das Erdgas. Die jahresdurchschnittliche Deviseneinsparung („nur marginal") schätzt das Institut auf rund 200 Millionen Mark. Arbeitsplätze würden durch die Fernwärme weniger als 2000 im Jahr geschaffen. Neue Steinkohle-Heizkraftwerke erhöhten darüber hinaus die großräumige Belastung mit Schadstoffen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Änderung des Splitting

Bonn (HH) – Für eine Änderung des Realsplittings hat sich der FDP-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Finanzausschusses, Hans H. Gattermann, ausgesprochen. Nach geltender Regelung können Steuerpflichtige Unterhaltszahlungen an geschiedene oder getrennt lebende Ehegatten bis zu jährlich 9000 Mark als Sonderausgaben absetzen, sofern der Empfänger dieser Regelung zustimmt (bei ihm sind die Zahlungen entsprechend zu versteuern). Diese Begrenzung sollte aufgehoben werden, fordert Gattermann. Unterhaltszahlungen sollten beim Unterhaltleistenden steuerlich voll absetzbar sein und beim Unterhaltsempfänger entsprechend erfaßt werden. Dies würde dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit entsprechen.

Schulden gezügelt

	1979	1980	1981	1982	1983
Bundesausgaben in Mrd DM	203,4	215,7	233,0	244,6	geplant 253,2 / tatsächlich 246,7
Neuverschuldung in Mrd DM	25,6	27,1	37,4	37,2	geplant 40,9 / tatsächlich 31,5

Die Ausgaben des Bundes blieben im letzten Jahr um 6,5 Milliarden Mark unter dem Ansatz. Noch erfreulicher für den Finanzminister: Die Nettokreditaufnahme, auf 40,9 Milliarden Mark veranschlagt, blieb zehn Milliarden Mark darunter. QUELLE: GLOBUS

Verfassungswidrig

Karlsruhe (dpa/VWD) – Die Preisangabenverordnung, die den Handel zur Preisauszeichnung verpflichtet, ist verfassungswidrig. Das hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe in einem gestern in Karlsruhe veröffentlichten Urteil entschieden. Er begründete seine Entscheidung damit, daß diese Verordnung nicht durch das Übergangsgesetz über Preisbildung und Preisüberwachung vom 10. April 1948 (Preisgesetz) gedeckt und damit nicht auf dem verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Weg zustande gekommen sei. Aufgrund dieses Formfehlers sei die Vorschrift mit dem Grundgesetz unvereinbar. Die Verordnung von 1973 bestimmt, daß sichtbar ausgestellte Waren durch Preisschilder ausgezeichnet werden müssen (AZ: 1 BvR 1 249/81 vom 8. 11. 83).

Handelsbilanz-Überschuß

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Handelsbilanz der Bundesrepublik weist für das Gesamtjahr 1983 einen Überschuß von 41,98 Milliarden Mark aus nach 51,2 Milliarden Mark im Vorjahr. Die Leistungsbilanz schloß 1983 mit einem Überschuß von 8,4 (7,5) Milliarden Mark. Im Dezember 1983 erzielte die Bundesrepublik einen Handelsbilanzüberschuß von 4,10 Milliarden Mark nach 6,39 Milliarden Mark im entsprechenden Vorjahresmonat.

Weltbank-Anleihe

Frankfurt (adh) – Eine Anleihe über 200 Millionen US-Dollar will die Weltbank auf dem Euromarkt begeben. Der Zinssatz beträgt 11⅜ Prozent, die Laufzeit fünf Jahre, der Emissionskurs 100 Prozent. Entsprechende Verträge wurden jetzt in München von einem Internationalen Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank unterzeichnet.

Privatplazierung begeben

Frankfurt (AFP) – Über ein Konsortium unter Führung der DG Bank begibt die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IADB), Washington, eine Privatplazierung über 100 Millionen Mark. Bei sieben Jahren Laufzeit und Ausgabekurs 100 beträgt die Verzinsung 8,5 Prozent.

Neues Wirtschaftsprogramm

Buenos Aires (dpa/VWD) – Die argentinische Regierung hat ihr Wirtschaftsprogramm veröffentlicht. Wesentliche Punkte: Verbesserung der Reallöhne, wirksamere Steuereintreibung, geringere Staatsausgaben und „eine entscheidende Schlacht gegen die Inflation". Sie betrug 1983 über 430 Prozent. Ein großes Wohnungsbauprogramm soll die Wirtschaft ankurbeln. Darüber hinaus plant der neue Präsident einen Ausbau der Landwirtschaft. Zum Thema Auslandsschuld – 43,6 Milliarden Dollar – heißt es, das Land sei entschlossen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, wenn die Gläubigerländer helfen würden.

D-MARK-KURS

Bundesbank: Höherer Zins kein Mittel gegen Schwäche

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Gegen eine künstliche Beeinflussung des gegenüber dem Dollar schwachen D-Mark-Kurses sprach sich Leonhard Gleske, Direktoriumsmitglied der Bundesbank, aus. Kapitalverkehrskontrollen seien untauglich und gefährlich, und Interventionen könnten nichts ausrichten.

Aber auch eine stärkere Zinsanhebung, als sie sich am Markt ohnehin ergibt, erscheint dem Bundesbankier aus konjunkturellen Gründen nicht angebracht, zumal da bei der Preisstabilisierung weitere Fortschritte erzielt wurden. Diese Bemerkung verdient wegen immer noch umlaufender Gerüchte über angebliche Leitzinserhöhungsabsichten besondere Beachtung. Die derzeitigen Stabilisierungserfolge sind nach Gleskes Urteil qualitativ höher einzuschätzen als die im Jahre 1978, die von der überbewerteten D-Mark unterstützt wurden.

Das Preisniveau werde allerdings durch die D-Mark-Schwäche gefährdet, wenn der wechselkursbedingte Preisauftrieb nicht wie bisher durch eine günstige Lohnkostenentwicklung aufgefangen werde. Gleske warnte in diesem Zusammenhang besonders vor einer Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche machte Gleske übrigens in einem Vortrag an der Universität Münster für die Schwäche der D-Mark mitverantwortlich. Vorschläge, die durch Arbeitszeitverkürzung entstehenden Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft durch eine D-Mark-Abwertung auszugleichen, hält der Bundesbankier wegen der Bumerangwirkung auf die Kosten für absurd.

USA / Wirtschaftliche Passagen im Bericht zur Lage der Nation enttäuschend

Vage Vorschläge zum Etatausgleich

HORST-A. SIEBERT, Washington

Vor den Wahlen am 5. November werden die USA, wie befürchtet, keine ernsthaften Anstrengungen zum Abbau des mit 200 Milliarden Dollar wieder riesigen Haushaltsdefizits unternehmen. Dieser Schluß ist aus Präsident Reagans Bericht zur Lage der amerikanischen Nation zu ziehen. Der Präsident empfiehlt ein Maßnahmen-Bündel, das kurzfristig kaum Abhilfe schaffen kann:

1. Die Administration und der Kongreß sollen gemeinsam untersuchen, wie die eingebaute Ausweitung der Bundesausgaben durch strukturelle Korrekturen gebremst werden kann. Das Weiße Haus denkt zum Beispiel an eine stärkere Reduzierung der automatischen Inflationsanpassung (Indexierung) der Transferzahlungen sowie an höhere Selbstbeteiligungen im Krankheitsfall.

2. Durch einen Verfassungszusatz soll der Präsident das Recht erhalten, Einzelposten in den Paketzuweisungen – nach dem US-Haushaltsrecht werden die kontrollierbaren Ausgaben durch insgesamt 13 „Appropriations" verteilt – zu streichen. Bisher mußte er bei einem Einspruch den Verlust der jeweiligen Bewilligung in toto in Kauf nehmen.

3. Erneuert wird der Vorschlag, in der amerikanischen Verfassung einen Zwang zum Budgetausgleich zu verankern. Namhafte Wirtschaftsfachleute sind gegen eine solche Regelung, weil die USA fiskalpolitisch für Notzeiten flexibel bleiben müßten.

4. Finanzminister Regan erhält den Auftrag, das Steuersystem zu vereinfachen und durch die Schließung von Steueroasen und Eindämmung der Steuerflucht (Schattenwirtschaft) fairer zu machen.

5. Installiert wird eine unparteiische Kommission zur Ausarbeitung eines Plans, wie sich das Haushaltsdefizit zumindest geringfügig kürzen läßt. Reagan sprach in diesem Zusammenhang von einer „Anzahlung" durch bereits vorliegende Ausgaben-Streichvorschläge, die sich in den kommenden drei Jahren auf insgesamt 100 Milliarden Dollar addieren könnten.

An der Wall Street hofft man, daß Reagans Haushaltsentwurf, der nächste Woche fällig ist, doch noch wirksamere Maßnahmen zum Defizitabbau enthält – wie beispielsweise eine Steuerreform mit Schwerpunkt Einheits- oder sogar Mehrwertsteuer.

Mehrfach wies Reagan darauf hin, daß sein Programm der massiven Steuersenkungen gefaßt habe, nun müsse man bei der Budgetgestaltung „gesunden Menschenverstand" demonstrieren. Er trug jedoch nicht dazu bei, obwohl er den Kongreß mit konkreten Empfehlungen hätte konfrontieren können.

FRANKREICH / Bei der Kernenergie führend

Verbrauchsanteil 60 Prozent

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Kernenergie macht in Frankreich weiterhin stärkere Fortschritte als in allen anderen westlichen Industriestaaten. Das staatliche Elektrizitätsmonopol EdF plant für dieses Jahr eine Produktion von 163 Mrd. Kwh Atomstrom. Das wären 59 Prozent des auf 279 Mrd. Kwh veranschlagten gesamten Stromverbrauchs.Dabei wurde ein Verbrauchszuwachs von 3,8 Prozent unterstellt.

Im vergangenen Jahr waren die Atomkraftwerke an den um 2,3 Prozent gestiegenen Stromverbrauch mit 48,9 Prozent (1982: 39,5 Prozent) beteiligt. Die Ausnutzung ihrer Kapazitäten hatte in den ersten elf Monaten 66,3 Prozent erreicht.

Die im Sommer infolge von Reparaturen und verschiedenen anderen Pannen entstandenen Produktionsausfälle konnten in den folgenden Monaten wieder zum größten Teil ausgeglichen werden. Dabei verbesserte sich auch der Auslastungsgrad der Kernkraftwerke im November des letzten Jahres auf 69,4 Prozent.

Andererseits schrumpfte die Stromerzeugung der klassischen thermischen Kraftwerke auf 74 (92) Mrd. Kwh, womit ihr Verbrauchsanteil auf 27,8 (35) Prozent zurückging. Für dieses Jahr erwartet die EdF für diesen Bereich nur noch 22,7 Prozent Anteil, dabei 16,6 Prozent für die Kohlenkraftwerke und lediglich 2,9 Prozent für die Öl- und Gaskraftwerke.Der Rest entfällt auf die Wasserkraft.

Gleichzeitig soll der von vier Mrd. Kwh 1982 auf zwölf Mrd. Kwh 1983 gesteigerte Nettostrom-Export (nicht zuletzt in die Bundesrepublik) 1984 auf 15 Mrd. Kwh gesteigert werden, was eine weitere wesentliche Entlastung der französischen Energierechnung bedeuten würde. Trotz der Dollar-Hausse hatten sich 1983 die Ausgaben Frankreichs für den Energie-Import (insbesondere von Öl) um 5,7 Prozent auf 169 Mrd. Franc vermindert.

WELTBÖRSEN / Gerüchte über Verzicht Reagans beeinflussen die Wall Street

Der Höhenflug in London hält an

New York (SAD) – Ein Gerücht über einen angeblichen Verzicht des amerikanischen Präsidenten Reagan auf eine Kandidatur zur Wiederwahl im November hat an der Wall Street am späten Mittwochnachmittag starke Kurseinbrüche ausgelöst. Der Dow-Jones-Industrie-Index für 30 führende Industriepapiere, der noch am Mittag acht Punkte zugelegt hatte, schloß mit einem Verlust von knapp elf Punkten. Zum Börsenschluß notierte der Dow Jones bei 1238,89 (Vorwoche: 1269,36).

Tokio (dlt) – Nach einem von Kursrückgängen an der Wall Street und Glattstellungen gegen Monatsende ausgelösten schwachen Start kam es in Tokio an den beiden letzten Tagen wieder zu einem kräftigen Aufschwung. Der Dow-Jones-Index erhöhte sich im Wochenvergleich um 81,2 Punkte auf 10 179,7. Die Tagesumsätze lagen zwischen 260 und 400 Millionen Aktien. Trotz der bedenklich hohen ausstehenden Beträge aus Kreditkäufen machte sich Optimismus über die kommende Wirtschaftsentwicklung stark bemerkbar.

Paris (J. Sch.) – Nachdem die französischen Aktienkurse 1983 um durchschnittlich 56 Prozent gestiegen waren, hatte der Syndikus der Pariser Börsenmaklerkammer für das Gesamtjahr 1984 eine weitere Hausse von bis zu 15 Prozent als möglich bezeichnet. Diese Marke ist aber schon jetzt erreicht worden. Allein am Mittwoch zog der Index um 2,5 Prozent an. Ausgelöst wurde diese neue Hausse durch den saudiarabischen Großauftrag an die französische Rüstungsindustrie, der vor allem den Kurs von Thomson-CSF um 20 Prozent in die Höhe trieb.

Wohin tendieren die Weltbörsen? - Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche in der Freitagsausgabe einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsenplätzen.

Die anderen Aktien profitierten von den verstärkten Käufen der institutionellen Anleger (Versicherungsgesellschaften usw.), die nach wie vor in Liquidität schwimmen. Daß schließlich Wirtschaftsminister Delors seine Absichtserklärung für einen Amtswechsel (Europa-Parlament oder OECD-Generalsekretär) zurückzog, belebte vor allem das ausländische Interesse für französische Aktien. Die Wirtschaftslage des Landes selbst rechtfertigt aber keineswegs eine derartige Euphorie. Früher oder später müßte es deshalb ein böses Erwachen geben, meinen erfahrene Börsenexperten.

London (DW) – An der Londoner Börse setzte sich der Aufwärtstrend weiter fort. Anregungen brachten dabei vor allem die günstigen ASußenhandelszahlen. Der Financial-Times-Aktieninmdex beschloß due Berichtswoche bei 840,5 (Vorwoche 821,2).Dies bedeutet einen neuen Rekord.

GROSSBRITANNIEN / Leistungsbilanzüberschuß

Ölexporte auf Rekordniveau

WILHELM FURLER, London

Die Leistungsbilanz Großbritanniens weist für 1983 einen Überschuß in Höhe von zwei Milliarden Pfund (knapp acht Milliarden Mark) aus. Diese Ziffer liegt deutlich über allen Erwartungen.

Das überraschend hohe Plus geht vor allem auf einen deutlichen Anstieg der britischen Warenexporte in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zurück. So ist nach Angaben des Ministeriums für Handel und Industrie im Dezember ein Leistungsbilanz-Überschuß in Höhe von 705 Millionen Pfund (2,785 Milliarden Mark) erzielt worden. Das war mehr als das Doppelte des Überschusses im November.

Nach einem kräftigen Überschuß im ersten Quartal von 781 Millionen Pfund, zurückzuführen insbesondere auf eine noch sehr schwache Importtätigkeit und hohe Ausfuhren von Nordseeöl, kam es im zweiten Quartal zu einem kräftigen Einbruch im Außenhandel und einem Leistungsbilanz-Defizit von 171 Millionen Pfund.

Bei aller Euphorie, die die jüngsten Außenhandelszahlen in Großbritannien ausgelöst haben, darf allerdings nicht vergessen werden, daß die britischen Exporte von Nordseeöl Ende vergangenen Jahres ein Rekordniveau erreicht haben.

So weist der britische Außenhandel mit Öl für das vierte Quartal 1983 einen Überschuß in Höhe von 2,132 Milliarden Pfund (3. Quartal 1,538 Milliarden) aus. Dagegen stieg das Defizit im Warenhandel ausgenommen Öl zwischen dem dritten und vierten Quartal von 1,833 auf 1,959 Milliarden Pfund.

Der Leistungsbilanz-Überschuß für das ganze Jahre 1983 in Höhe von 2,016 Milliarden Pfund geht entsprechend auf einen Überschuß im Ölhandel in Höhe von 6,924 Milliarden Pfund und im Dienstleistungsbereich (Banken, Tourismus, Schiffahrt usw.) in Höhe von 2,97 Milliarden Pfund zurück.

Mein geliebter Mann und Lebensgefährte, unser liebevoller, lebensbejahender Vater

Horst Knape
Journalist

hat uns am 21. Januar 1984 nach schwerem, unabwendbarem Leiden für immer verlassen.

Sein Leben war Güte, Wagemut und Verantwortungsbewußtsein. Wir werden in seinem Sinne weiterleben.

Karin Knape geb. Eckardt
Dominique, Alexandra, Konstantin
Andrea Knape-Morena

Parkallee 23, 2070 Ahrensburg

Die Trauerfeier findet am 31. Januar 1984, 11.00 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Ahrensburg, Bornkampsweg 22, statt, die Urnen-Beisetzung in Bremen im engsten Familienkreis.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir anstelle freundlicherweise zugedachter Kranz- oder Blumenspenden um eine Spende auf das Sonderkonto „Hilfe für bedürftige Kinder des Lionsclubs Boldenhorn", Deutsche Bank Ahrensburg, Kontonummer 3 056 645 - 01.

Tief erschüttert nehmen wir Abschied von

Horst Knape
Chefredakteur »Lebensmittel-Zeitung«

Nach schwerer Krankheit starb er am 21. Januar 1984.

Wir sind betroffen über den Tod eines Mannes, der in unserem Hause nur für eine kurze Zeitspanne tätig war, jedoch während dieser Zeit in der »Lebensmittel-Zeitung« Entscheidendes bewegte. Wir verlieren mit ihm einen hervorragenden Journalisten und einen großartigen Menschen.

Die Lücke, die er hinterläßt, ist um so größer, als wir gerade begonnen hatten, in einer außergewöhnlich harmonischen Zusammenarbeit seine Anregungen unter seiner stets aktiven Regie in die Tat umzusetzen.

Sein journalistisches Engagement sowie seine Tatkraft werden Vorbild, Ansporn und Maßstab für uns bleiben.

**Verlagsgruppe
Deutscher Fachverlag
Frankfurt am Main**

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, das Ableben unseres langjährigen Mitarbeiters, Herrn

Dipl.-Ing. Willibald Kraus
Direktor

anzuzeigen.

Herr Kraus verstarb am 19. Januar 1984 im Alter von 54 Jahren an den Folgen eines tragischen Verkehrsunfalles.

Der Verstorbene hat sich in leitender Position unseres Unternehmens durch persönlichen Einsatz und fachliches Können ausgezeichnet.

Wir sind Herrn Kraus zu tiefem Dank verpflichtet und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beisetzung fand im engsten Familienkreis statt.

Düsseldorf, den 27. Januar 1984

**Ferdinand Lentjes
Dampfkessel- und Maschinenbau**
– Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter –

„In Deine Hände befehle ich meinen Geist, Du hast mich erlöst, Herr, Du treuer Gott."
(Psalm 31,6)

Ludwig C. F. Fera
geb. 18. Oktober 1906
gest. 24. Januar 1984

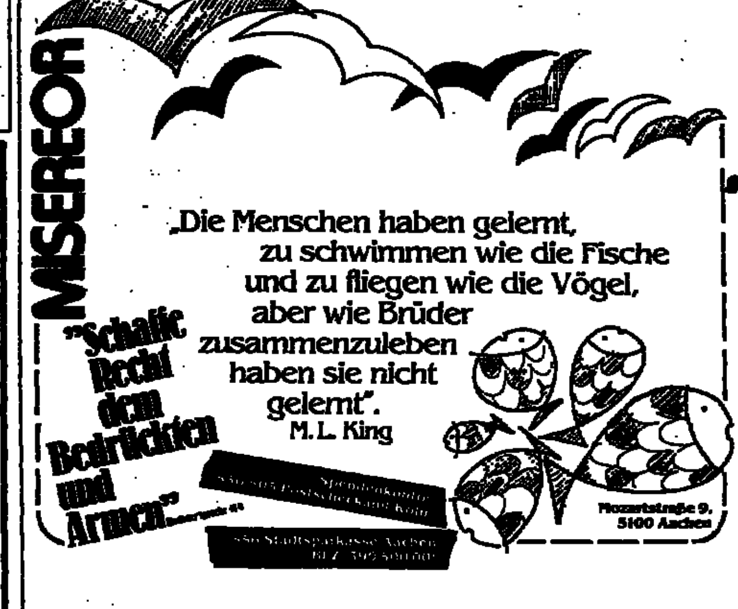
Wir trauern um ihn.

Charlotte Fera geb. Helmke
Peter W. Fera
Beate Fera geb. Steck
Jan-Frederic
Karin Jahn geb. Fera
Dr. med. Frank-Peter Jahn
Christina, Tobias, Hendrik
Monika von Savigny geb. Fera
Gisela Hébert geb. Fera
Bernard Hébert
Michel, Alexandre, Vanessa

Ohnsorgweg 38
2000 Hamburg 52

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.





DRITTE WELT / Weltbank-Chef Clausen in Davos

Nur gedämpfter Optimismus

H.-A. SIEBERT, Washington

Es wird noch viele Jahre dauern, bis der Schaden repariert ist, den die schlimmste Rezession seit den 30er Jahren in den Entwicklungsländern angerichtet hat. Wie der Präsident der Weltbank, A. W. Clausen, vor dem European Management Forum in Davos weiter erklärte, reicht der gegenwärtige Konjunkturaufschwung allein nicht aus, um das frühere Wachstumstempo wiederherzustellen.

Nach Kalkulationen der großen multinationalen Organisation wird die wirtschaftliche Wachstumsrate in der Dritten Welt 1984 real zwischen drei und 3,5 Prozent betragen, verglichen mit weniger als ein und zwei Prozent 1983 und 1982. Da die Bevölkerung aber jährlich um mehr als zwei Prozent zunimmt, ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den beiden letzten Jahren gesunken, und 1984 wird es nur geringfügig steigen. Besser als die anderen Entwicklungsländer haben Indien und China abgeschnitten, allerdings auf einem sehr niedrigen Wohlstandsniveau. In Lateinamerika fiel das Pro-Kopf-Einkommen in den vergangenen drei Jahren um 14 Prozent; eine bescheidene Wende scheint sich indes abzuzeichnen.

Laut Clausen hängt jedoch alles davon ab, daß es den Industrienationen gelingt, einen inflationsfreien und dauerhaften Erholungskurs zu steuern. Um dieses Ziel zu verwirklichen, komme dem Abbau der enormen Haushaltsdefizite in den USA erste Priorität zu, betonte Clausen. Die Aussicht auf rote Zahlen, die in den nächsten Jahren jeweils rund 200 Milliarden Dollar ausmachten, hielten die Realzinsen hoch und dämpften das Vertrauen in der Wirtschaft. Alle Industriestaaten müßten außerdem ein Klima „günstig für strukturelle Änderungen" schaffen.

Clausen erinnerte an die Bedeutung der Exporte in die Dritte Welt, die 28 Prozent der Gesamtausfuhren der Industrienationen aufnähme und auf diese Weise 6 Prozent des zusammengefaßten Nationaleinkommens aufbringe. Wegen der Schuldenkrise und der damit zusammenhängenden Austerity-Programme hätten die Entwicklungsländer aber ihre Einfuhren drosseln müssen, und zwar von Mitte 1982 bis Mitte 1983 um 43 Milliarden Dollar. Clausen: „Wenn sie ihr 82er Importniveau hätten aufrechterhalten können, wären die Bruttosozialprodukte in den Industriestaaten 1983 im Durchschnitt statt um 2,25 um 3 Prozent gewachsen."

Der Weltbank-Chef machte auch diese Rechnung auf: Der mittel- und langfristige private Netto-Kapitalfluß hat sich umgekehrt; 1981 verbuchte die Dritte Welt noch ein Plus von 16 Milliarden Dollar, 1982 aber ein Minus von 7 Milliarden Dollar. Sie finanzierte also praktisch die Industriestaaten. Für 1983 rechnet Clausen sogar mit Abflüssen in Höhe von 21 Milliarden Dollar. Hinzu kommt, daß seit 1981 die ausländischen Direktinvestitionen von 14 auf 10 Milliarden Dollar geschrumpft sind.

Die Gesamtverschuldung der Dritten Welt betrage Ende 1983 rund 810 Milliarden Dollar, erklärte Clausen. Für 1985 bis 1987 sagte er weitere Umschuldungen voraus. Gelungen sei es den Entwicklungsländern 1983, ihr Leistungsbilanzdefizit von 85 auf 48 Milliarden Dollar zu drücken – das jedoch auf Kosten der Importe. Clausen appellierte an die Industriestaaten, ihre Märkte zu öffnen und forderte die Bankenaufsichtsbehörden auf, die Ausleihungen der Geschäftsbanken nicht noch zusätzlich durch neue Regulationen zu erschweren.

VOLKSFÜRSORGE / Ertragskraft deutlich gestiegen – Überdurchschnittliches Ergebnis in der Sparte Leben

Verlustabbau im Rückversicherungsgeschäft

HARALD POSNY, Hamburg

In der flauen Konjunktur hat sich die gemeinwirtschaftliche Unternehmensgruppe Volksfürsorge, Hamburg, 1983 außerordentlich gut entwickelt. Das gilt in erster Linie für die Lebensversicherung, in der Neugeschäft, Bestandsentwicklung und Ergebnis branchenüberdurchschnittlich wuchsen, aber auch für die Sachversicherung und die um deutlichen Verlustabbau bemühte Hamburger Internationale Rückversicherung (HIR), die jetzt beträchtliche Sanierungserfolge vorzeigen kann. Insgesamt wurde die Ertragskraft der Gruppe erneut deutlich verbessert.

Für die Lebensversicherung betonte Vorstandsvorsitzender Werner Schulz, daß die hohe Steigerung des Neugeschäfts vornehmlich auf Anschlußverträge aus abgelaufenen vermögensbildenden Versicherungsverträgen stammt. Immerhin wurde von einer betroffenen Summe von 420 Mill. DM die Hälfte neu für das Unternehmen gebucht. Den im Gefolge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gestiegenen vorzeitigen Vertragskündigungen von 5,5 (5) Prozent des Bestands ist man mit dem Angebot einer vollständigen Beitragsstundung bis zu einem Jahr bei voller Aufrechterhaltung des Versicherungsschutzes begegnet. Rund 12 000 Versicherte haben davon Gebrauch gemacht, 200 Mill. DM Bestand waren davon betroffen. Das brachte Beitragseinbußen von reichlich 7 Mill. DM. Die übrigen Kosten, so Schulz, hätten sich mit den möglichen Aufwendungen durch Vertragsstorni die Waage gehalten. Dieses „Bestandserhaltungsprogramm" wird weitergeführt.

Dennoch fiel wegen dieser Aktion auch die Bestandsentwicklung der Summe nach etwas geringer aus, der Vertragszahl nach stagnierte sie. Die 60. Bestandsmilliarde wird in Kürze überschritten. Beim vermögenswirksamen Versicherungsgeschäft wirkt sich die Aufstockung der Beträge von 624 auf 936 DM positiv aus.

„Unterm Strich" wurde die Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung erheblich verbessert. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß das Volksfürsorge-Prämienniveau um etwa 5 Prozent unter dem Branchendurchschnitt liegt. Neben der Einführung der Direktgutschrift, mit der 44 anstelle der in der Branche angewandten 35 Prozent des Rohüberschusses den Versicherten sofort zufließen, wird die Gesellschaft bei den Normaltarifen den Zinsüberschußanteil von 3 auf 3,75 Prozent erhöhen.

Die Volksfürsorge Deutsche Sachversicherung hat nach dem Spitzenergebnis 1982 letztes Jahr – den vorläufigen Zahlen zufolge – etwas bescheidener abgeschnitten. Dennoch liegt das Wachstum über dem Durchschnitt der Branche. In den Sorgensparten Wohngebäude- und Hausratversicherung haben sich wegen des hohen Schadenanfalls die technischen Ergebnisse weiter verschlechtert. Bei Hausrat war 1983 jedoch die in den Jahren zuvor gebildete Rücklage für Drohverluste von 11 Mill. DM nicht mehr nötig – ein Erfolg der Sanierungsbemühungen.

Wo andere Rückversicherer am Markt noch höhere Verluste einfuhren, hat die HIR ihr technisches Minus um 20 auf 68,3 Mill. DM gedrückt. Der Ausgleich erfolgte über das gute allgemeine Geschäft mit Erträgen von 46 Mill. DM sowie a.o. Erträgen (mitgenommene Wertpapier-Kursgewinne und Devisenerträge) von 9,5 Mill. DM sowie 21,1 Mill. DM aus Immobilienverkäufen der HIR. Zwar werden auch 1983/84 Sondererträge, wenn auch nicht in dieser Höhe, zum Verlustausgleich nötig sein.

Volksfürsorge Leben	1983¹)	+/–%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	59 500	+ 6,1
Eingel. Neugeschäft	7 000	+ 18,0
Beitragseinnahmen	2 700	+ 7,7
Versich.-Leistgen.	1 600	+ 20,0
Kapitalanlagen	16 000	+ 7,0
Kapitalerträge²)	1 270	+ 5,0
Aufw. f. Beitr. Rückerst.	864	+ 19,8
Volksfürsorge Sach		
Bruttoprämie	690	+ 5,3
Vers.-techn. Ergebnis³)	– 12,0	(–12,1)
Kapitalanlagen	612	+ 17,7
Kapitalerträge	54	+ 17,5

¹) vorläufige Angaben;
²) Durchschnittsrendite: 7,4 (7,6) Prozent;
³) nach Zuf. v. 2 (10,2) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung.

SCHIMMELPFENG

1983 war das Jahr der Pleiten

INGE ADHAM, Frankfurt

Nur „mühsam und in kleinen Schritten" kommt nach Einschätzung der Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, die konjunkturelle Erholung voran. Zwar konstatiert die Frankfurter Wirtschaftsauskunftei einen „Trend zur Normalisierung" im Zahlungsverhalten der Wirtschaft, aber mit 65,7 Prozent pünktlichen Zahlern im letzten Quartal 1983 (Vorquartal: 63,2 Prozent) liegt das Niveau noch deutlich unter den Quartalsergebnissen vor dem drastischen Konjunktureinbruch des Jahres 1982, schreibt Schimmelpfeng im jüngsten Überblick über die Zahlungsweise der Wirtschaft. Insgesamt ergab die Untersuchung im letzten Quartal 1983 bei allen Branchen eine geringe Verbesserung, mit Ausnahme des Handwerks. Spitzenreiter war das Dienstleistungsgewerbe, wo sich die Zahl der vereinbarungsgemäß zahlenden Betriebe auf 69,1 Prozent erhöhte.

Auch in der „Krisenbranche" Bau hat sich nach den Feststellungen Schimmelpfengs die Zahlungsweise gebessert. Sie lasse jedoch noch viel zu wünschen übrig, da noch jede zweite Baufirma ihre Zahlungsziele erheblich überschreite. „Ernste Beanstandungen" gab es im letzten Quartal 1983 bei 3,7 Prozent der Unternehmen der Wirtschaft, im Vorquartal waren es noch 4 Prozent und 4,2 Prozent im letzten Quartal 1982. Trotz dieser leichten Besserung wird 1983 nach Einschätzung der Auskunftei als Jahr der meisten Pleiten in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Denn im ersten Halbjahr hat es nach dem bisherigen „Pleiten-Rekord" 1982 (15 876 Konkurse und Vergleiche) nochmals einen „dramatischen" Anstieg gegeben, erst im zweiten Halbjahr flachte die Kurve ab.

Für das ganze Jahr rechnet Schimmelpfeng mit 16 000 Insolvenzfällen, bei denen die Forderungsausfälle 11,4 Mrd. DM erreichen dürften, 7 Prozent mehr als im Vorjahr. Davon entfallen allein 5 Mrd. DM auf 150 Großpleiten. Als Zeichen für zunehmende wirtschaftskriminelle Handlungen im Vorfeld des Konkurses wertet Schimmelpfeng die auf 11 500 gestiegene Zahl jener Konkurse, die mangels Masse erst gar nicht eröffnet werden.

Kolb + Schüle: Keine Dividende

MARTIN FINK, Kirchheim

Der Kolb + Schüle AG (Kirchheim/Teck), Hersteller von textilen Bettwaren, ist es im Geschäftsjahr 1982/83 (30. September) gelungen, die Umsatzeinbuße des Vorjahres wieder auszubügeln, doch erlaubt der Ertrag wiederum keine Dividende. Der Bilanzgewinn von rund 142 160 (Vorjahr: rund 42 000) DM soll auf neue Rechnung gehen. Die AG erreichte eine Umsatzsteigerung von 16,6 (Vorjahr: minus 12,3) Prozent auf 85,7 Mill. DM, der Konzern ein gleiches Plus und einen Umsatz von 100,1 Mill. DM. Mit 24,1 (20,9) Prozent kletterte der Exportanteil auf seinen bisher höchsten Wert. Der Ertrag litt unter mehreren Faktoren. So machten die Nachwehen des schlechten Umsatzjahres 1981/82 ein Anheben der Verkaufspreise unmöglich. Kurzarbeitsperioden in den ersten Monaten des Berichtsjahres führten zu einer unbefriedigenden Kostendeckung, und die weltweite Verteuerung der Baumwolle in Verbindung mit dem starken Dollar tat ein übriges beim Materialeinsatz. Der Auftragsbestand hat sich in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres erhöht.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: „Häfner GmbH" (Handel m. Elektrogeräten aller Art; **Ahrensburg:** Dwenger Bau Ges. mbH, Bargteheide; **Augsburg:** PROMA Immundiagnostika GmbH; Atelier Interieur-Einrichtungs-GmbH; **Bayreuth:** Werner Nagel, Schreinermeister, Mainleus; **Buxtehude:** Süderelbe Metallbau GmbH; **Eschwege:** Doris Alig geb. Hempfing; Walter Hempfing; **Göppingen:** Gerhard Wandel, Inh. d. Bahnhofsgaststätte; **Hamburg:** Ulrich August Prang; **Hannover:** Toutain GmbH; **Kaiserslautern:** Heinrich Nauerz, Gipsergeschäft; Herbert Ank GmbH, Fotogroßhandel; **Köln:** Unirent Autovermietung GmbH; **Krefeld:** Dieter Engels, Dipl.-Volksw.; **Mainz:** Josef Rocker, Inh. d. Fa. J. Rocker Elektrogeräte; Mosbach; Erich Lang, Buchen; **Michelstadt:** Wolfram Tetzner, Inh. Wolfram Tetzner, Bad-König/Odw.; **München:** Helmut Altmann, Grünwald; **Schweinfurt:** Christine Nützel, Bad Neustadt/S.; **Siegburg:** Ambiente Atelier f. Architektur und Wohnen Handelsges. mbH, St. Augustin; **Straubing:** Nachl. d. Rudolf Messerschmitt, Rentner; **Vargel:** Nachl. d. Klaus Bot, Bockhorn; **Wiesbaden:** Mara-Peschke-Maschinen-Vertriebs-Ges. mbH; **Witten:** Schlickmann GmbH & Co. KG; Schlickmann Verwaltungs-GmbH.

Konkurs beantragt: Hamm: Modenhaus Kempe GmbH & Co. KG.

Anschlußkonkurs eröffnet: Baden-Baden: Hans Scherer, Werkzeugbau, Achern-Oberschern; **Bergisch Gladbach:** Willi Schumacher med.-techn.-Geräte GmbH & Co. KG, Odenthal-Blecher; **Leer:** Artur Loger GmbH Baustoffe Hoch- u. Tiefbau u. Co. KG, Rhauderfehn; Arthur Loger GmbH, Baustoffe, Hoch- u. Tiefbau, Rhauderfehn; **München:** Helfried Credé; **Wuppertal:** UNIPOR Folien-Fleing GmbH & Co. KG.

Vergleich eröffnet: Augsburg: Wilfried Heinz Siegfried Kowsky, Pöttmes.

NAMEN

Dr. Helmuth Schwarz, bis Ende 1983 Mitglied der Geschäftsleitung der Hahn Verwaltungs-GmbH, Fellbach, ist zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der Deutsche ITT Handelsgesellschaft mbH & Co (DITTHA), Hannover, berufen worden. **Josef Hannen**, Gesellschafter der Hannen Brauerei GmbH, Willich, ist am 22. Januar im Alter von 79 Jahren gestorben.

Prof. Dr. Hartwig Steffenagen ist zum neuen Präsidenten der Deutschen Werbewissenschaftlichen Gesellschaft gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Prof. Dr. Hans Günter Messner**, der nach drei Jahren turnusmäßig aus diesem Amt zurücktrat. Zum Vizepräsidenten wurde **Prof. Dr. Volker Trommsdorff** und zum Schatzmeister **Bernt Berghäuser** gewählt.

TOKYO SANYO / Standbein in Deutschland

Videorecorder aus Bayern

HEINZ STÜWE, München

Der japanische Elektronikkonzern Tokyo Sanyo will in Nördlingen, Kreis Donau-Ries/Bayern, Videorecorder fertigen. Das Unternehmen wird dazu die leerstehenden Werksanlagen der früheren Bremshey AG, Solingen, übernehmen. Wie das bayerische Wirtschaftsministerium bekanntgab, will Sanyo in Nördlingen nach dem VHS-System arbeitende Videorecorder für den gesamten europäischen Markt herstellen. In der Endausbaustufe solle eine Kapazität von 15 000 Einheiten monatlich erreicht werden.

Die neue Fertigungsstätte, in der bereits im Herbst die Produktion anlaufen soll, ist für Tokyo Sanyo die erste auf dem europäischen Festland. Bisher sind die Japaner nur in England vertreten, wo sie Geräte fertigen, die nach dem Beta-System arbeiten. Die monatliche Kapazität beträgt dort 10 000 Videorecorder. Außerhalb Japans betreibt die Sanyo-Gruppe insgesamt 33 Produktionsstätten in 23 Ländern. Mit weltweit rund 70 000 Beschäftigten setzte der Konzern 1983 etwa 12 Mrd. DM um.

Die neuerliche Kapazitätsausdehnung begründet Sanyo nach Angaben des Wirtschaftsministeriums mit der steigenden Nachfrage nach Videorecordern in Europa. Die Produktionsgesellschaft in Nördlingen wird mit einem Stammkapital von 10 Mill. DM ausgestattet und unter Fisher Industries Deutschland GmbH firmieren. Bis 1985 will Sanyo den Angaben zufolge in Nördlingen insgesamt 24 Mill. DM investieren und rund 350 Arbeitsplätze schaffen. Bei Produktionsaufnahme mit 25 Prozent beginnend, soll der Anteil der deutschen Wertschöpfung am Endprodukt bis Ende 1985 auf 45 Prozent erhöht werden.

Auf lange Sicht sei geplant, in Nördlingen auch andere Geräte aus dem Audio-Bereich herzustellen. Mit der Entscheidung für Nördlingen wurden fast ein Jahr dauernde Verhandlungen beendet, in die sich Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann mehrfach persönlich eingeschaltet hatte. Dabei waren konkurrierende Standorte auch in anderen Ländern im Gespräch. Nach Aussagen der Japaner seien letztlich die in Nördlingen vorhandenen Werksanlagen mitentscheidend gewesen, heißt es im Münchener Wirtschaftsministerium. Dessen Sprecher nannte den Entschluß eine „sehr erfreuliche Nachricht".

Mit diesem „neuerlichen Erfolg bayerischer Industrieansiedlungspolitik" werde ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit in dieser Region geleistet. Mit dem Zusammenbruch der Bremshey AG hatten in Nördlingen vor zwei Jahren 450 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren.

Hanomag: Kleine Lösung in Sicht

dos. Hannover

Der Aufsichtsrat der vor dem Konkurs stehenden Baumaschinenfirma Hanomag GmbH, Hannover, will nur solchen Konzepten zur Betriebsfortführung zustimmen, die gewährleisten, daß „wesentliche Teile der Produktion" am Standort Hannover beibehalten werden. Mit dieser Stellungnahme reagiert der Aufsichtsrat nach einem Treffen mit der Geschäftsführung und dem Vergleichsverwalter, während das Gremium über den derzeitigen Stand der Verhandlungen unterrichtet wurde.

Am Mittwoch hatte der Gläubigerbeirat des Unternehmens getagt. Nach zuverlässigen Informationen soll dabei eine Lösung favorisiert worden sein, die den Einstieg der Hoesch-Tochter Orenstein & Koppel AG (O&K), Dortmund, beinhaltet. Vorangegangen war dem ein Gespräch zwischen Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht und Hoesch-Vorstandschef Detlev Rohwedder. O&K habe sich vor allem am Hanomag-Know-how und am Vertriebsnetz interessiert gezeigt. Die Produktionen in Hannover – nach dem für Ende Januar erwarteten Konkursantrag – unter der Regie des jetzigen Vergleichsverwalters, Egon Kretschmer, mit einer drastisch verringerten Belegschaft fortgeführt werden.

ENKA / Technische Garne als Wachstumsmotor – kraftvoll in die Innovation

Ergebnis unter Branchendurchschnitt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Wende war kein Strohfeuer. Für die deutsche Chemiefaserindustrie, jahrelang wie alle europäischen Produzenten von der Krise geschüttelt, belegt es nun Hans Günther Zempelin als Vorstandsvorsitzender der zum holländischen Akzo-Konzern gehörenden Enka-Gruppe, Wuppertal, des in der freien Welt (nach dem amerikanischen DuPont-Konzern) zweitgrößten und bei technischen Garnen weltgrößten Chemiefaserproduzenten, in Rückblick und Ausblick zur Jahreswende 1983/84.

Mit einem Versandplus von 12 Prozent auf 2,07 Mill. Tonnen Synthetika haben die westeuropäischen Hersteller 1983 wenigstens ihren 1982er Rückschlag fast wieder aufgeholt und in der Produktion ihren 21-Prozent-Anteil am Weltausstoß behauptet. Erholt haben sich auch die Preise, wenngleich sie nach dem 10prozentigen Rohstoffkostenschub aus dem zweiten Halbjahr 1983 auf vielen Gebieten noch für unzureichend gelten. Eine Fortsetzung der Aufschwungtendenz erwartete Zempelin für 1984. Für das volle Jahr allerdings nur bei technischen Garnen (vom Autoreifeneinsatz bis zu vielfältigen industriellen Verwendungszwecken), während bei Chemiefasern für Textilien und Teppiche ab zweitem Halbjahr die Nachfragebelebung wegen der dann wieder aufgefüllten Läger bei Verarbeitung und Handel zu Ende sein dürfte.

Bescheiden mutet angesichts der branchenweiten Erholung an, was die Enka-Gruppe 1983 zustande brachte: Versandsteigerung um 1,9 Prozent auf 383 000 Tonnen Chemiefasern, Rückgang des Gesamtumsatzes um 1,1 Prozent auf 3,95 Mrd. DM, davon 1,66 (1,8) Mrd. DM aus dem textilen und 1,2 (1,13) Mrd. DM aus dem technischen Synthetikabereich, während die „chemiefaserfernen" Enka-Aktivitäten auf rund 1,1 (1) Mrd. DM weiter wuchsen. Doch das Zurückbleiben hinter dem Branchenplus erklärt der Enka-Chef allein mit der auch 1983 noch wirkenden Roßkur des Abbaus strukturell schwacher und deshalb überflüssiger Kapazitäten. Und den Lohn daraus mit zwei Hinweisen: Nach jahrelanger Verlustperiode sei man 1983 deutlich in die schwarzen Zahlen gekommen; die Auslastung der reduzierten Kapazität liege heute bei 95 Prozent und damit endlich wieder auf einem „fast optimalen" Niveau.

Parallel zu solcher Erholung im eigenen Haus hat die Enka-Gruppe auch im Chemiefaser-Bereich kräftige Schritte zur Innovation eingeleitet oder in Vorbereitung. Spektakuläres Objekt ist dabei der etwa 500 Mill. DM teure und schon laufende Bau einer holländischen Fabrik für die hochfeste neue Aramid-Faser. Überlegt wird (mit deutschem Standort) der Bau einer eigenen Fabrik für Kohlenstoff-Fasern, die Enka bislang als Lizenznehmer japanischer Produktion vertreibt.

Weiteres Indiz der auf Wachstum durch Innovation erpichten Enka-Strategie: Vom Forschungsaufwand wurden vor einem Jahrzehnt erst acht und werden nun über 40 Prozent für die „chemiefaserfernen" Produktbereiche ausgegeben. Spezialkunststoffe, Maschinenbau und auch die kontinuierlich wachsende große Membranen-Fertigung sind da die herausragenden Produktfelder.

Stahlaktien gesucht

Milliarden-Subventionen regen die Spekulation an

DW. – Der Beschluß der Bundesregierung, der deutschen Stahlindustrie bis 1985 mit drei Milliarden DM unter die Arme zu greifen, hat die Nachfrage nach Stahlaktien weiter wachsen lassen. Auf den übrigen Marktgebieten war die Tendenz uneinheitlich. Nach dem Kursanstieg am Mittwoch brauchte man offensichtlich eine Verschnaufspause, sie schien gegen Ende der Börsenzeit aber bereits ihr Ende gefunden zu haben. Auf ermäßigter Basis meldeten sich neue Käufer zum Teil auch aus dem Ausland.

Auffällig blieben die weiterhin vernachlässigten Kurse von Daimler (minus 4 DM) und Mercedes (minus 6 DM), während sich BMW-Aktien um 5 DM verbesserten. Überrascht hat die aufgelebte Nachfrage für Conti-Gummi, wo der Kurs bei lebhaften Umsätzen um 1,50 DM anzog. Das Bezugsrecht auf die Optionsanleihe wurde um 1,30 DM auf 6,50 DM heraufgesetzt. Fester tendierten auch wieder Preussag, wo der Bezugsrechthandel inzwischen abgeschlossen worden ist.

Düsseldorf: Dahlbusch VA erhöhten um 10 DM, DAT um 5 DM, Dt. Texaco um 5 DM und Hageda um 2,50 DM. Hagen stockten um 2,20 DM auf und Pegulan St. um 5 DM. Nachgegeben haben Leffers um 8 DM auf 461 DM und Neckermann um 5 DM auf 125 DM. Zanders verloren 8,50 DM auf 189,50 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 15 DM und Allianz Vers. um 5 DM.

Frankfurt: Conti-Gummi notierten Bezüge 6,30 DM plus 1,25 DM bei 195 000 Stück Umsatz, Gestra bei Plusankündigung 162 DM plus 10 DM, Wickrather Holding 580 DM plus 25 DM und die holländischen Hoogovens bei Doppelplus 53,50 DM.

Hamburg: Haller Meurer verzeichneten mit 214,90 (plus 9,90 DM) die größte Steigerung. Beiersdorf wurden mit 360 DM und Phoenix Gummi mit 160 DM gehandelt. HEW lagen bei 110 DM leichter, während NWK-Vorz. mit 179 DM unverändert blieben. Elbschloß Brauerei kamen auf 406 DM. Vereins- und Westbank gingen auf gestriger Basis zu 314 DM aus dem Markt.

München: Agrob St. verminderten um 2 DM auf 310 DM und Flachglas um 0,50 DM auf 285,50 DM. Gebe AG erhöhten um 0,50 DM auf 243,50 DM und Heilit um 1 DM auf 298 DM. Leonische Draht stockten um 3 DM auf 344 DM auf und NAK Stoffe um 2 DM auf 70 DM. Wanderer AG verloren 12 DM auf 245 DM. Süd Chemie 2 DM auf 360 DM. Zahnräder Renk gaben um 1 DM auf 271 DM nach.

Berlin: Rheinmetall verbesserten sich um 4 DM, Berthold und Herlitz Stämme um je 2 DM und Herlitz Vorzüge um 1,50 DM. DeTeWe lagen um 1 DM freundlicher. Kempinski und Orenstein bröckelten um je 1 DM ab. Bergmann schwächten sich um 10 DM ab.

Nachbörse: zuversichtlich

WELT-Aktienindex vom 26. 1.: 157,2 (157,3); WELT-Umsatzindex vom 26. 1.: 4234 (4476)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½–9⅝	5⅝–5¾	3–3¼
3 Monate	9⅝–9¾	5¾–6	3⅛–3¼
6 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	3¾–4
12 Monate	10¼–10½	6⅜–6⅝	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel)*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1545,00	1875,30
10 US-Dollar (Indian) **)	1198,00	1410,26
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	638,40
1 £ Sovereign alt	242,00	298,68
1 £ Sovereign Elizabeth II	234,00	289,56
20 belgische Franken	183,00	238,26
10 Rubel Tscherwonez	249,00	311,22
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1053,00	1240,32
Maple Leaf	1053,00	1240,32
Platin Noble Man	1083,00	1274,52
*Außer Kurs gesetzte Münzen *)*		
20 Goldmark	259,00	322,62
20 schweiz. Franken „Vreneli"	200,00	251,94
20 franz. Franken „Napoléon"	197,00	249,66
100 österr. Kronen (Neuprägung)	972,00	1171,02
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	243,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	460,00	564,30
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Brüssel

	26. 1.	25. 1.
Arbed	1462	1430
Brux. Lambert	2800	2785
Cockerill Ougrée	218	219
Ebes	2515	2520
Gevaert	3115	3250
Kredietbank	7100	7020
Pétrofina	6960	6960
Soc. Gén. d. Belg.	1880	1900
Sofina	5700	5700
Solvay	4225	4020
UCB	5250	5200
Index	148,02	147,86

Singapur

	26. 1.	25. 1.
Cycle + Car.	5,45	5,45
Cold Storage	5,00	4,96
Dev. Bk. of Sing.	10,40	10,40
Fraser + Neave	6,75	6,60
Kl. Kepong	3,18	3,16
Mal. Banking	9,40	9,55
Nat. Iron	4,00	4,00
OCBC	11,50	11,50
Sime Darby	2,84	2,80
Singapur Land	5,40	5,45
Un. Overs. Bank	5,85	5,85

Sydney

	26. 1.	25. 1.
ACI	1,87	1,87
Ampol. Explor.	4,20	4,25
Bk. New S. Wales	4,00	4,00
Bridge Oil	3,40	3,45
Brok. Hill Prop.	13,65	13,50
Coles	3,85	3,90
CRA	5,50	5,60
CSR (Theiss)	4,14	4,12
Metals Expl.	0,63	0,64
MIM-Holdings	3,37	3,35
Myer Emporium	2,05	2,05
North Broken Hill	3,82	3,83
Oakbridge	1,01	1,02
Peko Wallsend	5,40	5,50
Poseidon	4,10	4,05
Thomas Nat. Tr.	2,35	2,30
Waltons Bond	0,64	0,64
Western Mining	4,12	4,05
Woodside Petr.	1,04	1,05
Index	766,90	765,80

Devisen

Der Dollar bewegte sich am 26. 1. auf leicht ermäßigten Niveau. In einem wenig bewegten Markt gab der Kurs am Morgen sehr schnell auf 2.8060 nach, konnte sich jedoch auch wieder rasch auf 2.8125 erholen. Die Überschüsse in Handels- und Leistungsbilanz in Höhe von 4,2 und 5,5 Mrd. DM lösten zwar Befriedigung aus, weil speziell durch den hohen Leistungsbilanzüberschuß das avisierte Jahresziel noch erreicht wurde, wirkte sich jedoch auf den Dollarkurs nicht aus. Die amtliche Notiz lautete 2.8113, eine Teilnahme der Bundesbank fand nicht statt. Der Schweizer Franken und der Japanische Yen fielen um 20,5 Pf. bzw. 40 Punkte auf 125,60 und 1.2015 zurück. US-Dollar in: Amsterdam 3,1640; Brüssel 57,39625; Paris 8,6030; Mailand 1710,05; Wien 1992,00; Zürich 2,2388; Ir. Pfund/DM 3,097; Pfund/Dollar 1,4079.

Ostmarkkurs am 26. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei kleinen Umsätzen waren am 26. Januar leicht geschrumpfte Dollar-Deports vorhanden.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,94/0,84	2,72/2,62	5,10/4,90
Pfund/Dollar	0,045/0,06	0,14/0,17	0,28/0,32
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,60	6,90/5,50
FF/DM	25/9	66/50	126/110

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 1.: Tagesgeld 5,5–5,56 Prozent; Monatsgeld 5,9–6,0 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 26. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,80). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,98) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Rentengeschäft schleppend

Obwohl der Dollar-Kurs leicht zurückfiel und sich auch aus den USA keine Fakten zeigten, die eine Zurückhaltung gegenüber festverzinslichen Werten rechtfertigen würden, blieb das Geschäft am Rentenmarkt schleppend. Etwas Nachfrage bestand allerdings immer noch für jüngere hochverzinsliche DM-Auslandsanleihen. Hier fließt Material ins Ausland ab. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,15 Prozentpunkte. Am Pfandbriefmarkt war die Kursbildung ebenfalls nicht ganz einheitlich. Das Zinsgefüge blieb aber in sich stabil, vor allem deshalb, weil bei den Daueremittenten kein dringender Refinanzierungsbedarf besteht.

	26. 1.	25. 1.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	91G	91G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 3	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	96,25G	96,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77bG	77bG
6 dgl. KO Pf 50	99,8G	99,8G
6½ dgl. Pf 10	82G	82G
6 dgl. KS 1	98,75G	98,75G

	26. 1.	25. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	89,25	89,25
8 dgl. 47	78bG	78bG
10 dgl. IS 48	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,25G	93,25G
8 dgl. Pf 73	100,6G	100,6G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5bG
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	80,25	80,25
6½ dgl. Pf 80	88,75G	88,75G
8 dgl. Pf. 249	100,55	100,55G

	26. 1.	25. 1.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	99,3bG	99,3bG
D 8 WestLB Pf 350	100,65G	100,65G
6½ dgl. Pf 403	96,55G	96,55G
9½ dgl. Pf 1007	105,05G	105,3G
8 dgl. Pf 1015	97,95G	98,45G
7 dgl. KO 556	99,65G	99,65G
6½ dgl. KS 420	94,95G	94,95G
9½ dgl. KO 1301	104,05bG	104,3G
8½ dgl. KS 1278	101,4G	101,4G
8 dgl. IS 1512	99,6T	99,6T

Bundesbahn

		26. 1.	25. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
8 Bdbahn 72	9/84	100,85	100,85
8¼ dgl. 76	9/84	100,8	100,8
6 dgl. 78 III	11/84	99,6	99,55

	26. 1.	25. 1.
F 8 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	88G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5
F 7½ Bakola Pf 104	99,95G	99,95G
9 dgl. Pf 106	102,3G	102,3G
10 dgl. Pf 108	107T	107T
7 dgl. KS 132	94,6G	94,8G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102G	102G

Warenpreise – Termine

Mit geringfügigen Einbußen schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Donnerstag an der New Yorker Comex. Leicht befestigt ging Kupfer aus den Markt. In allen Sichten schwächer schlossen Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	26. 1.	25. 1.
März	331,50	339,00
Mai	333,25	341,50
Juli	332,25	338,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	26. 1.	25. 1.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	251,30	250,35
Amber Durum	241,25	238,35

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	139,40	142,50
Mai	141,50	145,00
Juli	143,10	146,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	133,50	135,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	26. 1.	25. 1.
März	133,70	135,10
Mai	132,30	133,90
Juli	132,70	134,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	26. 1.	25. 1.
März	143,15	144,20
Mai	137,40	138,49
Juli	134,90	135,20

Kakao New York ($/t)	26. 1.	25. 1.
Terminkontr. März	2555	2580
Mai	2528	2658
Juli	2515	2635
Umsatz	–	4913

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,55	7,49
Mai	7,85	7,79
Juli	8,20	8,12
Sept.	8,45	8,36
Okt.	8,64	8,52
Umsatz	8990	8350

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	26. 1.	25. 1.
	6,97	6,87

Zucker London (£/t)		
März	137,05	136,10
Mai	142,25–142,50	140,75
Umsatz	1295	4145

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	26. 1.	25. 1.
schw. Sarawak spez.	400,00	405,00
weißer Sarawak	642,50	647,50
weißer Muntok	650,00	655,00

Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 950	101 750

Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	577,15	576,85
3 Monate	589,85	590,10
6 Monate	604,45	604,15
12 Monate	635,00	633,65

Platin (£-Feinunze) London	26. 1.	25. 1.
fr. Markt	266,80	265,85

Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	110,85	110,90

abends Kasse	981,00–982,00	971,50–972,00
3 Monate	1006,0–1006,5	996,00–997,00
(Kupfer-Standard) Kasse	975,00–976,00	965,00–967,00
3 Monate	994,00–995,00	983,00–985,00
Zink (£/t) Kasse	690,00–692,00	688,00–689,00
3 Monate	687,50–688,00	684,50–685,00
Zinn (£/t) Kasse	8640–8650	8655–8665
3 Monate	8785–8790	8795–8797
Quecksilber ($/Fl.)	305,00–315,00	305,00–315,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	74,00–78,00	72,00–75,00

Macht kein Hehl aus ihrem Alter: Die Schauspielerin Simone Signoret

„Das Leben zählt, nicht die Schönheit“

In den vergangenen Jahren sah man *Simone Signoret als Revolutionärin*, gescheiterte Schauspielerin, gaullistische Widerstandskämpferin, Alkoholikerin, verkommene Prostituierte, Untersuchungsrichterin, Hausfrau oder Bauersfrau nach der Blüte ihrer Jahre auf der Filmleinwand oder im Fernsehen. Bei der Vielfalt dieser Rollen, die die heute 62jährige Schauspielerin optisch oft recht nachteilig zeigen, ist man fast geneigt, das hinreißend schöne „Mädchen mit dem Goldhelm“ oder die Alice Aisgill in dem englischen Streifen „Room at the top“ („Der Weg nach oben“), der ihr einen „Oscar“ einbrachte, zu vergessen.

Noch in den sechziger Jahren war Simone Signoret Inbegriff der reifen, verführerischen Frau, die mit ihrem Charme, ihrer Sinnlichkeit und ihrer Klugheit alle Sex-Symbole wie Gina Lollobrigida oder Jayne Mansfield an die Wand spielte.

Doch diese Zeiten und die Rollen, die aus ihr einen Star machten, hat Simone Signoret, seit 32 Jahren mit *dem französischen* Sänger und Schauspieler Yves Montand verheiratet, längst vergessen. Sie gehört zu jenen Leinwandgrößen, die aus ihrem Alter kein Hehl machen. „Das Leben zählt, nicht die Schönheit“, sagt sie mit ihrer verrauchten, heiseren Stimme und verbirgt weder ihre grauen Haare, ihre Falten noch ihre Tränensäcke unter den Augen.

Der Sträfling und die Witwe – ZDF, 23.15 Uhr

„Ich war nie ein Star und habe Gott sei Dank nie eine Mode lanciert. Ich wollte nie zu einem Image abgestempelt werden oder mich jünger machen“, behauptet sie. „Ich sehe aus wie 90 Prozent der Frauen meines Alters, und das ist gut so. Ein erfülltes Leben besteht schließlich aus Freuden, *aber auch aus Leid und* Trauer. Und diese Dinge zeichnen sich in einem Gesicht ab.“

Die Signoret hielt nie etwas von den Attitüden einer Garbo, die sich mit 40 vom Filmgeschäft zurückzog, um der Welt das Image der ewigen Schönheit zu hinterlassen. Selbst vor der Kamera hatte sie stets den Mut, in alte Kleider zu schlüpfen, wenn es ihre Rolle verlangte – auch wenn ihr *Filmpartner* über ihr Aussehen entsetzt war.

Das war beispielsweise Alain Delon in „Der Sträfling und die Witwe“, einem 1971 von Pierre Granier-Defevre verfilmten Georges-Simenon-Roman. „Ich spiele die fünfzigjährige Witwe Couderc. Als Alain Delon mich am ersten Drehtag in den alten *Kleidern aus den dreißiger Jahren* sah, war er erschrocken. Selbst in den Augen des Produzenten konnte ich Entsetzen ablesen“, erinnert sich die Signoret. Delon fragte sie damals: „So wollen Sie auftreten?“. Dazu die Signoret: „Er dachte sicher an sein Publikum, das enttäuscht sein würde, wenn er mit dieser alten Schlampe schläft. Er brauchte einige Stunden, um sich an meinen Anblick zu gewöhnen. Schließlich kam es zwischen uns zu einer fast mütterlichen Zärtlichkeit. Hätte ich mich jünger gemacht, hätte ich wie eine alte Jungfer gewirkt, die hinter einem jungen Mann her ist.“

Im Leben zählt für die Signoret nur ein *Mann: Yves Montand*. Sie begegnete ihm zum ersten Mal 1948, als er als Chansonnier bekannt wurde. Seinetwegen ließ sie sich von dem Filmregisseur Yves Allegret scheiden. Aus dieser Ehe stammt die Tochter Catherine Allegret, heute ebenfalls Schauspielerin.

Aus Liebe zu Montand begann Simone Signoret in den fünfziger Jahren auch die eigene Karriere zu vernachlässigen. Ihr Privatleben und die Gemeinsamkeit mit Montand waren ihr wichtiger als der Beruf. „Ich hatte genug von den Rollen der jungen hübschen *Hure* und sah mich recht gut in der Rolle als Mutter und einfache Hausfrau“, erzählte sie einmal. Doch heute ist sie froh, daß sie 1960 durch die „Oscar“-Auszeichnung wieder ins Gespräch kam und den Anschluß nicht verpaßte. „Hätte ich vor 30 Jahren aufgehört zu arbeiten, hätte meine Ehe mit Montand wohl *nicht gehalten*“, bekennt sie freimütig.



„Ich war nie ein Star“: Simone Signoret FOTO: CAMERA PRESS

Im Gespräch ist das Paar Montand-Signoret immer wieder wegen seiner politischen Stellungnahmen. Jahrelang glaubte man sogar, die beiden Starschauspieler würden der kommunistischen Partei angehören. „Wir *interessieren uns dafür*, was *in der* Welt geschieht. Aber wir haben 1956 anläßlich unserer Reise in die UdSSR Herrn Chruschtschow gegenüber klargemacht, daß wir keine Politiker sind. Wenn wir uns für die Verfolgten in der Türkei, in Polen oder in Salvador einsetzen, dann geschieht das aus humanitären *Gründen*“, meint die Signoret dazu. Sie bekennt auch, daß weder sie noch Montand in Filmen wie „Die Hexen von Salem“ oder „Das Geständnis“ hätten spielen können, wenn sie nicht von Schauprozessen wüßten, ganz gleich, ob in Amerika oder in der CSSR.

Nach ihrem 1976 veröffentlichten Bestseller „Die Nostalgie ist nicht mehr, was sie war“ schrieb die Schauspielerin noch zwei andere Bücher. 1980 mußte sie sich einer schweren Gallenblasen-Operation unterziehen und über ein Jahr lang pausieren. Doch inzwischen drehte sie mit Pierre Granier-Deferre einen neuen Film „Nordstern“. Das deutsche Fernsehpublikum wird sie wohl auch bald in einer neuen Fernsehserie „Die Affäre Humbert“ bewundern können. Da spielt die Signoret die *berühmte Betrügerin* Therese Humbert, die Frankreich Ende des vergangenen Jahrhunderts in große Finanzskandale verwickelte.

CONSTANCE KNITTER

KRITIK

Bis ganz Kreuzberg in Flammen steht

Daß sich um die Türkenquartiere in den deutschen Städten einiger Explosionsstoff angesammelt hat, ist bekannt. Deshalb sollte jeder Versuch, *dieses Thema in einem so sug*gestiven Medium wie dem Fernsehen zu behandeln, mit Takt und Verantwortungsgefühl unternommen werden. Dem Krimi-Autor -ky würde *man das eigentlich zutrauen*, denn hinter diesem Kürzel versteckt sich ein Universitätsprofessor, und zwar einer der Soziologie. Mit vollem Namen heißt er Horst Bosetzky.

Aus seinem Roman **Feuer für den großen Drachen** hat Eberhard Itzenplitz einen „sozialkritischen Krimi“ gemacht, einen Fernsehfilm für den Sender Freies Berlin. Dieser Film schüttet leider soviel Benzin wie möglich ins Feuer. Zunächst meint man allerdings, Autor und Regisseur würden auf echt teutsche Art ein humanitäres Übersoll erfüllen und einen Tendenzfilm drehen, der den guten Türken von Kreuzberg die bösen Deutschen gegenüberstellt.

Mit Ausnahme der deutschen Geliebten eines Türken sind in dem Film wirklich alle Deutschen gegen die Türken – sogar die Alternativen: Die Skala der Gefühle reicht von *Gleichgültigkeit* und *Spott* bis zur reinen Mordlust. Letztere wird von einem „Nazi“ im Stil des amerikanischen Fernsehens verkörpert, der von einer Luxusvilla aus die Stadt Berlin beherrscht – wir fürchten, er ist nicht einmal für Oma glaubhaft.

Wer jedoch meint, einen einseitig gegen die Deutschen gerichteten, rassistischen Hetzfilm vor sich zu haben, täuscht sich. Sieht man genauer hin, so erkennt man, daß auch die Türken genauso geschildert sind wie die Türkenfresser sie sehen möchten: Sie verweigern die Assimilation, wollen aber gleiche Rechte, und wenn jemand nicht will wie sie, so stechen sie gleich mit dem Messer zu.

Es ist der nihilistischste Film, den wir seit langem im Fernsehen erlebt haben, denn er hetzt alle gegen alle auf. Bis ganz Kreuzberg in Flammen steht. Uns würde interessieren, wie dieser Soziologe in seinem Seminar die Studenten auf ihr späteres Zusammenleben mit anderen Menschen vorbereitet.

ANTON MADLER





ARD/ZDF-Vormittagsprogramm

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Augenblicke der Stille
10.55 Wer dreimal lügt
11.25 Musikladen
12.10 Kinder Kinder
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Vorhang auf, Film ab
Plutos Babys
Ein Zeichentrickfilm
16.20 Der Letzte der Indianer
Kanad. Spielfilm, 1979
nach dem Roman von Mitchell Jayne (Wh. v. 1980)
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die nackte Frau
Italien. Spielfilm, 1981
(Dt. Erstaufführung)
Mit Nino Manfredi, Eleonora Giorgi u. a.
Der italienische Filmstar Nino Manfredi führte selbst Regie in dieser Ehekomödie, die zur *Karnevalszeit in Venedig spielt.*
22.00 Gott und die Welt
Errette Afrika durch deine Macht, o Gott
Klaus Figge untersucht die aktuelle Bedeutung der Kirche für das *Leben der Weißen und Schwarzen* in Südafrika
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Heut' abend
ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Frank Elstner
Frank Elstner stammt aus einer alten Theaterfamilie. Er setzt diese Tradition in der vierten Generation fort. Für ihn war immer klar, *daß er einen Beruf aus dem künst*lerischen Bereich ergreifen würde. Seine Mutter sorgte dafür, daß er Ballett- und Schauspielunterricht nahm.
23.45 Die Geheimnisse von Paris (1)
Fünfteilige TV-Serie von René Wheeler und Maria Benedicto nach dem gleichnamigen Roman von Eugène Sue (Wh. v. 1982)
00.45 Tagesschau

ZDF

12.10 Sport aktuell – aus Mégève:
Ski-Weltcup
Riesenslalom der Damen
1. Durchgang
15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Schüler-Express
„Kratzer auf der Seele“, 2. Teil
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast Tony Marshall und die Italienerin Fiorella Mannola
17.50 Pat und Patachon
dazw. *heute-Schlagzeilen*
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Israel: Jetzt muß der Bürger zahlen / Beirut: Friedensschützer in der Defensive / Ungarn: Wie man eine Wohnung findet / *Frankreich:* Modeglanz und Hungerlöhne
Moderation: Rudolf Radke
20.15 Ein Fall für zwei
Totes Kapital
21.15 Der Sport-Spiegel
Die olympischen Wildschützen
Medaillen-Hoffnung Biathlon
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte
Der jugoslawische Pianist Ivo Pogorelich auf seiner ersten großen *Deutschland-Tournee / Das neue* Stück von Franz Xaver Kroetz „Furcht und Hoffnung der BRD“ / Die Musikgruppe „Inti Illimani“, deren Mitglieder im europäischen Exil leben, ist *zur Zeit auf Deutschland-Tournee / Ricardo-Stein-Retrospektive / Jörg-Immendorff–Porträt / Tschechische* Fotografie 1918–1938
Moderation: Dieter Schwarzenau
22.45 Sport am Freitag
23.15 Der Sträfling und die Witwe
Franz. Spielfilm, 1971
nach dem Roman von Georges Simenon
00.40 heute



Von den Weißen als lustiges Original geduldet: Der Indianer Fish Hawk. (Der letzte der Indianer – ARD, 16.20 Uhr) FOTO: ARD

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Marco (44)
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Wildnis der Wisente
21.00 Gleiches mit Gleichem heilen
Homöopathie heute
21.45 Ein Rittergut für Biologie-Nachhilfe
22.15 Der Doktor und das liebe Vieh
23.00 Reggae Music
23.30 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Hallo Spencer
18.30 News of the Week
18.45 Follow me
19.15 Gift in kleinen Dosen
Die alltägliche Umweltschädigung durch jedermann
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
Schlafstörungen
Anschl. Kurznachrichten
21.15 Die Leute von Michelsberg
Ein Dorfporträt aus Siebenbürgen
22.00 Leute
Talk-Show aus dem Café Kranzler
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Klamottenkiste
18.15 Sonnenhaus
Ein architektonisches Abenteuer
19.00 Es muß alles anders werden
„Moralische Aufrüstung“ im Nachkriegs-Deutschland
19.45 News of the Week
20.00 Freitags um 8
20.45 Für gesundes Leben
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Leute
Talk-Show aus Berlin

SÜDWEST

18.00 Die Leute vom Domplatz
4. Ausgrabungen
18.30 Telekolleg I
Sozialkunde (24)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
19.25 Nachrichten
19.30 Formel eins
20.15 Wissenschaft und Forschung heute:
Heiße Asche
21.00 Tele-Tip
21.15 Christ sein im Alltag
2. Geschenke
21.45 Nach Ladenschluß

BAYERN

18.15 Bayern-Report
18.45 Rundschau
19.00 Unser Land
19.45 Das Biest
Engl. Fernsehspiel
20.40 „Wolken, Wind und Wälder weit ...“
21.10 Schlösser und Musik
21.25 Z. E. N.
21.30 Rundschau
21.45 Nix für ungut
21.50 Karl Valentin zum 99sten
22.35 Sport heute
22.50 Nachtstudio
23.40 Rundschau

Nun blökt das Schaf

ef – Neun satte Stunden lang ist das Hollywood-Fernseh-Epos geraten, das nach Coleen McCulloughs dickem und herzbewegendem Roman „Die Dornenvögel" gedreht wurde. Bewegende Schicksale der Menschen auf einer australischen Schafsfarm, stinkreiche greise Chefin, die es ganz gern mit dem knusprigen Bezirkspriester hätte – dem aber wäre mehr nach der ergreifenden Meggie zumute: Wenn er sich derlei Gefühle überhaupt gestatten würde, was er nicht tut, worauf sie ihn um ein Haar überwältigen. Viele Schafe und auch kleine Dramen am Rande.

Die USA haben diesen fetten Hammelbraten, gespickt mit Dramatik und Gefühlen, bereits hinter sich – und Australien natürlich auch. Dort erhob sich ein massiver Empörungsschrei, da nichts, aber auch gar nichts in dieser Verfilmung nach Australien schmecke. Deshalb ist nun auch die Dichterin befragt worden, auf der Insel Norfolk im Südpazifik, wo sie sich angekauft hat und an ihren Dornenvögel-Millionen knabbert.

Mrs. McCullough verriet dem „Daily Express": „Hollywood hat Mist gemacht. Sie haben nicht einmal das Buch gelesen!" Nämlich, sonst wären weder Priester noch Angebetete so kinoschön ausgefallen.

Das mag ja alles richtig sein. Aber wer beschwert sich da eigentlich? Jemand, der die Buchrechte für etwas kleineres Geld sehr wohl den begabten australischen Filmern hätte überlassen können. Aber nein, für Rechte samt Verzicht auf Mitsprache nahm die Dichterin lieber das Linsengericht von einer Million Hollywood-Dollar. Gewiß, es ist ein altes Klagelied der Dichter: Wenn sie mit Kino oder Fernsehen zusammenstoßen, dann wird ihr köstliches Produkt vermurkst. Aber Mrs. McCullough kann sich trösten. Wenn eine Verfilmung von Jane Austen oder Fontane danebengeht, das merken die Leute. Auf der McCullough-Ebene aber fällt höchstens der Mangel an lokalem Dialekt auf.

Truffauts Filmkomödie „Auf Liebe und Tod"

Mord nach Entenjagd

Zwei Stunden lang im Kino von einem Mann in Atem gehalten zu werden, der sich am Ende als ein Nichtswürdiger, ein zum Weinen banaler Halunke entpuppt, ist immer ein bißchen enttäuschend. Frankreichs Regie-As François Truffaut präsentiert uns am Ende seiner Kriminalkomödie „Auf Liebe und Tod" denn auch in einem furiosen Finale einen Mörder von Format, einen „Mann, der die Frauen liebte", einen Truffaut-Helden par excellence. Sein Leben im Dienst der Weiblichkeit endet mit seinem nächtlichen Selbstmord in einer Telefonzelle, was einem Geständnis gleichkommt. Doch ist die Fahndung nach dem Mörder zweitrangig in diesem – nach einem Krimi von Charles Williams gedrehten – Film. Viel eher geht es darum, die Unschuld des mutmaßlichen Täters Julien Vercel (Jean Louis Trintignant), der irgendwo zwischen Nizza und Marseille einen Immobilienhandel betreibt, glaubhaft zu machen. Das gelingt weder dem Gericht noch der Polizei, sondern Vercels Sekretärin Barbara (Fanny Ardant), die ihrem Chef mehr zugetan ist, als er ahnt. Aus ihrem Blickwinkel wird die Geschichte auch erzählt.

„Auf Liebe und Tod" – es ist Truffauts einundzwanzigster Film – wurde in Schwarzweiß gedreht, denn Truffaut parodiert hier, wie früher schon, etwa in „Schießen Sie auf den Pianisten", den „film noir", jenes Produkt aus dem Hollywood der vierziger und fünfziger Jahre, das auf schlüpfrigen Straßen eine Welt des Verbrechens und der Korruption bloßlegte. Truffauts wichtigster Schauplatz ist denn auch die regennasse Straße bei Nacht, die Kameramann Nestor Almendros zu einem unheimlichen Schattenkabinett ausleuchtet. Die Stimmung des Films ist unweigerlich „schwarz", Leichen pflastern den Weg der Helden, vier Menschen werden auf brutale Weise umgebracht. Aber das alles wird grotesk mit Humor gewürzt, denn unter dem Deckmantel der Parodie schuf Truffaut einen seiner persönlichsten Filme.

Mit einer Entenjagd im Morgengrauen fängt alles an. Vercel liebt die frühen neblig-trüben Stunden am schilfumstandenen Teich. Der Tote, der dort mit zerschossenem Gesicht gefunden wird, ehemaliger Liebhaber von Vercels Frau Marie Christine, lenkt denn auch den Verdacht sofort auf den Makler. Dieser Verdacht verstärkt sich durch den Umstand, daß Marie Christine am selben Abend in ihrem Schlafzimmer erstochen wird. Vercel muß untertauchen, um sich der Verhaftung zu entziehen. Durch die kleine Fensterluke in seinem Versteck sieht er von Zeit zu Zeit seidenbestrumpfte Beine und träumt von platinblonden Damen, auch er ein „Mann, der die Frauen liebt". Seine Sekretärin, die zu ihrem Leidwesen brünett ist, führt die Polizei derweil auf falsche Fährten und geht in Nizza auf die Spuren der ermordeten Frau Vercel. Ihr Talent als Amateurschauspielerin, das im Film immer wieder für köstliche Pointen sorgt, kommt ihr bei der Detektivarbeit so manches Mal zu statten. Am Ende gibt es ein Happy-End, denn der Film ist nicht nur eine Krimiparodie, sondern auch eine Truffautsche Variation zum Thema Liebe, wobei das Kunststück gelingt, ganz ohne Liebesszenen auszukommen.

Selten wurden Schauspieler übrigens mit mehr Delikatesse gefilmt als hier. Fanny Ardent, bereits Heldin in Truffauts vorletztem Film „Die Frau von nebenan", in Frankreich als Tragödin gerühmt, zeigt hier beachtliches komödiantisches Talent. Trintignant schafft es schon nach wenigen Szenen, den Zuschauer ganz stark für sich einzunehmen.

„Auf Leben und Tod" ist ein Film von großer formaler Eleganz, dabei voller Charme und Ironie. Die Dialoge amüsieren, die Pointen sind brillant, der Rhythmus ist leicht und heiter. Das alles steht in reizvollem Kontrast zum „Schwarz" der Stimmung, die über dem Film liegt. Truffaut zitiert seine Vorbilder Renoir und Hitchcock, wenn nicht gerade wörtlich, so doch unverkennbar. Am meisten jedoch, und mit großem Genuß, spielt er auf eigene Arbeiten an, auf „Die amerikanische Nacht" und den „Mann, der die Frauen liebte", auf „Die Braut trug schwarz" und in der Schlußszene sogar auf den entzückenden Kinderfilm „Das Taschengeld". Truffaut hat diesen seinen jüngsten Film, nach dem beachtlichen Erfolg seiner hochdramatischen „Letzten Métro", unambitioniert und schlicht als „kleinen Film für den Samstagabend" deklariert. Im Stil amerikanischer Unterhaltungsfilme der Serie B sei er gehalten. Truffauts Bescheidenheit in Ehren, aber einen köstlicheren Samstagabend hätte er uns gar nicht bescheren können.

DORIS BLUM

Pianist Ivo Pogorelich auf Deutschland-Tournee

Ein Türkenschnauz aus Mozarts Noten

Ivo Pogorelich, der junge jugoslawische Pianist, ist auf die deutschen Konzertpodien zurückgekehrt, und diesmal gleich gründlich. In 33 Tagen spielt er sich durch 18 Städte, große wie kleine. Achtzehnmal erklingt dabei das gleiche Programm, und ein 19. Mal läßt es Pogorelich zusätzlich hören, wenn er zwischendurch in Sarajevo am Klavier die jugoslawischen Olympiafarben vertritt. Eine Winter-Olympiade des Klavierspiels ist seine Tournee sowieso. Karten sind bei ihr ebenso Mangelware wie bei der Herrenkür auf dem Eis. Pogorelichs Konzerte sind fast alle durch die Bank seit langem schon ausverkauft.

Lange offenbar hat der Schnellstarter an den Pianopedalen auch über die Vortragsfolge gegrübelt, die am besten geeignet wäre, sein Können, gleichzeitig seine Ansichten über Musik auszustellen. Auch auf den Hannoveraner Plakaten liest sich noch nachdrücklich, was man anschließend nicht zu hören bekommt: Beethovens opus 90, g-Moll-Ballade und das Capriccio h-Moll von Johannes Brahms. An ihre Stelle ist Mozarts beliebte „Alla turca"-Sonate A-Dur KV 331 getreten. Sie wird gerahmt von Bachs Englischer Suite a-Moll und Chopins h-Moll-Sonate. Mit Bach und Mozart also führt sich Pogorelich bei seiner Wiederkehr ein.

Das überrascht. Er könnte es sich und seinem romantischen Naturell zweifellos leichter machen mit einem ihm gemäßeren Repertoire, einer Werkfolge des Überschwangs, der



Klavierexzentriker und Plattenbestseller: Ivo Pogorelich FOTO: CHR. STEINER

Vielfarbigkeit, der Virtuosität, der Verschwendung. Aber damit hält sich Pogorelich zu Anfang noch streng zurück – wenn auch nicht gerade so streng, daß ihn Puristen der Bach-Interpretation dafür umarmen dürften. Pogorelich ist offenbar ein Taktiker am Klavier, der weiß, daß Kontroversen der Karriere immer sehr gut bekommen.

Ein Meister landläufigen polyphonen Spiels ist Pogorelich in der Tat nicht. Was ihn zu reizen scheint, ist eine Art Farbpolyphonie, die Kunst, der Stimmführung wechselnde Farbwirkungen aufzusetzen, ohne darüber ins Romantisieren zu geraten. Das Ergebnis bleibt jedoch fragwürdig. Denn auch im Schattieren der Linien bleibt Pogorelich nicht streng bei der Sache. Er gestattet sich viel farbiges Schweifen, eine koloristische Akzentuierung da und dort, als gelte es, dem Werk Glanzlichter in Gestalt von Farbtupfern aufzusetzen.

Das wiederum ist schon eine Kunst bei dem rasenden Tempo, mit dem Pogorelich sich in das Präludium stürzt. Er nimmt es wohl derart schnell, um ihm später ganz gedankenverloren die Sarabande entgegenzusetzen, die Innenwelt sozusagen der Außenwelt einer höfischen Tanzweise, stark gedrosselt im Vortrag, eine Meditation am Klavier von jener Sorte, an der im Programm diesmal kein Mangel ist. Im Largo der Chopin-Sonate treibt Pogorelich die Form zögerlich sogar bis zum Zerbröseln vor.

Natürlich ist Pogorelichs Spiel technisch schlackenlos. Es verfügt über alle erdenkbaren Reserven an Virtuosität, die zielstrebig in den Dienst der Interpretation (auch der befremdenden) gestellt werden. Nicht Egozentrik oder Exzentrik treiben Pogorelichs Spiel an. Auch jeder Manierismusverdacht wird entkräftet. Pogorelich glaubt offenbar felsenfest an die Ergebnisse seiner Denkarbeit vor der Klaviatur.

Dabei schien Pogorelich einst mit ganz anderen künstlerischen Voraussetzungen am Start: ein Überrumpeler, extrovertiert, mit blendendem Sendungsbewußtsein. Aber möglicherweise trog dieser frühe Schein, und schon damals waren seine Interpretationen eher stürmisch hervorgegrübelt, ein virtuoses Räsonnement voll blitzend neuer Gedanken zu alten Werken.

Diese neuen Gedanken tragen sich nun vorzüglich in den langsamen Sätzen vor, die sich beinahe Endspielcharakter gewinnen. Denn auch wie Pogorelich das Variationenthema des Andante grazioso der Mozart-Sonate herauszögert, die Punktierung beinahe schmerzhaft genießt, verweist auf ein Ausdrucksstreben, das fern von aller Beiläufigkeit und konzertierender Geschäftigkeit ist. Die Variationenkette danach wird wieder wie durch ein farbiges Prisma gesehen. Pogorelichs Fähigkeit, Farbnuancen in verschwenderischem Reichtum auszubreiten, gibt dem Satz ein ungewohntes Geflimmer, als huschten Licht und Schatten wechselnd durch die Veränderungen des Themas hin.

Der „Alla turca"-Abschluß macht danach den altbekannten, vielgeliebten Effekt, doch will er nach den vorangegangenen kunstreichen Manipulationen des Pianisten eher schlichten Sinnes erscheinen, als kleiner musikalischer Mummenschanz: ein Türkenschnauz aus Noten. Es ist das Menuett der Mozart-Sonate, in der sich Pogorelichs Gestaltwille nachdrücklich aussingt: In den Melodiefragmenten, die Mozart dem Satz immer wieder einspleißt, diesem Wolkenflug der Gedanken, der unversehens die traditionelle Tanzform durchschwebt. Pogorelich zelebriert die Überraschungen mozartischen Genies tiefsinnig aus.

Das Zelebrieren greift auch in den Vortrag der Chopin-Sonate hinüber und bestimmt das Largo-Geflüster auf beinahe beklemmende Art. Noch das Allegro maestoso hatte sich ausgesungen wie mit der von Chopin vergötterten Stimme der Malibran. Im Largo ist es, als sei diese Stimme für immer gebrochen. In einem Gespinst aus Schweigen und Verschweigen fängt Pogorelich geisterhaft Chopins tragische Welt.

KLAUS GEITEL

Tournee-Daten: 27. 1. Wuppertal, 28. 1. Landau, 29. 1. Düsseldorf, 31. 1. Hamburg, 2. 2. Bonn, 4. 2. Osnabrück, 6. 2. München, 7. 2. Kiel, 9. 2. Frankfurt, 11. 2. Mannheim, 15. 2. Stuttgart, 18. 2. Bremen, 20. 2. Berlin, 22. 2. Regensburg



Russische Avantgarde: Kasimir Malewitschs Gouache „Portrait", um 1910, aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

Sammlung Costakis im Münchner Lenbachhaus

Von flammenden Farben

„Als ich begann, Avantgarde-Werke neben meine alten Meister zu hängen, war es, als öffneten sich dunkle Fenster und die Sonne schiene herein." So schrieb der Sammler George Costakis in einem Bericht „Über Sammeln von Avantgarde-Kunst". Ähnliche Betroffenheit stellt sich jetzt in der Lenbachgalerie in München ein, wo annähernd 300 Werke von russischen Künstlern aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zu sehen sind.

Die Sammlung Costakis ermöglicht, den künstlerischen Alltag vor und während der Revolution von 1917 kennenzulernen. In dieser Werkauswahl trifft man nicht nur auf bekannte Namen wie Malewitsch und El Lissitzky, sondern auch auf Künstler der zweiten Garnitur, die aufgrund der politischen Entwicklung längst in Vergessenheit gerieten. Diese einzigartige Präsentation ist der Sammelwut des heute 71jährigen George Costakis, der als Diplomat griechischer Abstammung bis 1977 in Moskau lebte, zu verdanken. Einen wesentlichen Teil seiner großen Sammlung hat er der Sowjetunion vermacht. Diese Werke gehören nun der Tretjakow-Galerie in Moskau und sind bisher öffentlich nicht zugänglich. Diese „Stiftung" war die Voraussetzung dafür, daß Costakis ausreisen durfte. Den übrigen Teil der Sammlung – immerhin noch 1200 Werke – übergab Costakis als Leihgabe dem Guggenheim Museum in New York, das auch diese Ausstellung zusammenstellte.

Costakis erste Sammelleidenschaft war noch recht konventionell: Er interessierte sich für russisches Silber, Porzellan und holländische Malerei des 16. und 17. Jahrhunderts. Eher zufällig stieß er auf die Avantgarde: Als er eines Tages ein abstraktes, stark farbiges Bild von Olga Rozanova sah, „war ich von den flammenden Farben dieses mir unbekannten Werkes geblendet, das so anders war als alles, was ich je vorher gesehen hatte". Darauf verkaufte er seine bisherigen Schätze und wandte sich jenen russischen Künstlern zu, die mit Verve und Elan zu neuen künstlerischen Ufern strebten. Kandinsky, Malewitsch, Vladimir Tatlin, Osip Brik, Viktor Sklovskij und Nikoloj Punin standen an der Spitze dieser neuen abstrakten Richtung. Ursprünglich hatte das bolschewistische Regime diese Tendenzen hingenommen. Doch mit der Festigung der Macht Stalins war zugleich eine strikte Ablehnung jeglichen „Formalismus" verbunden. Viele Künstler emigrierten damals oder bekehrten sich, um ihr Leben zu retten, zu „sozialistischen" Kunstformen.

In der Münchner Ausstellung werden fünf Schulen vorgestellt: das Werk der Popova, von Kljun, Klucis, Matjusin und seiner Schule sowie bestimmte Ausdrucksformen des Konstruktivismus. Dazu kommt aus Beständen des Lenbachhauses noch ein kompletter Kandinsky-Saal. Eine Orientierung fällt trotzdem nicht leicht. Das liegt an der unerwartet reichen Facettierung dieser russischen Avantgarde.

So spielte Ljubov Popova eine ganz maßgebliche Rolle für die russische und sowjetische Kunst zwischen 1912 und 1924. Ihre Aktstudien verweisen zwar noch auf die kubistische Malerei. Aber zugleich gliedert sie die zerstückelten geometrischen Körper durch rhythmische Muster, in die sie kyrillische Buchstaben verstreut.

Eine weitere Leitfigur war Ivan Kljun, der zuerst unter dem Einfluß der Symbolisten stand und dann wie Malewitsch der Vergangenheit abschwor und sich zum Suprematismus bekehrte. Viele der Ideen dieser Avantgarde-Russen finden dann später im „Bauhaus" ihren Niederschlag. So bemühten sich Michael Matjusin und seine Schüler um ein System der Physiologie und der psychologischen Dimensionen des Sehens, um den „Schwerpunkt" der Wahrnehmung zu finden.

Man sieht auch, wie, unter dem Einfluß des Suprematismus von El Lissitzky und Rodtschenko, die Künstler versuchten, ihre künstlerischen Prinzipien auf praktische Dinge zu übertragen. Außergewöhnliche Umschlagsentwürfe, Prospekte, Teppiche, Banner, Rednerbühnen und Hängekonstruktionen künden von den Hoffnungen der „revolutionären" Kunst von 1920. Diese Künstler wollten „grenzenlose" Bild-Welten erschaffen, sich alte Künste, Techniken und Wissenschaft untertan machen. „Schwebt mir nach, Genossen Aviatoren, ins Unergründliche! Ich habe die Signalmaste des Suprematismus aufgestellt", so schmetterte Malewitsch. In Rußland ist nichts davon geblieben. Die Revolution der Kunst wurde jäh abgebrochen. Zu besichtigen ist sie nur noch im Westen (bis 11. März, Katalog 30 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Polens neuer Schriftstellerverband

dpa, Warschau

Rund die Hälfte der polnischen Schriftsteller ist dem von regimetreuen Autoren gegründeten neuen Schriftstellerverband beigetreten, darunter allerdings nur wenige renommierte. Die Vorsitzende des neuen Verbands, die 80jährige Halina Auderska, bestätigte, daß der neue Verband von einem großen Teil der Schrifsteller boykottiert werde und Emigranten oder Schriftsteller, die „verleumderische" Werke in polnischsprachigen westlichen Publikationen veröffentlichen, nicht Mitglied des neuen polnischen Schrifstellerverbandes werden könnten.

Fiat kaufte den Palazzo Grassi

M. v. Z. Varese

Fiat hat einen der großartigsten venezianischen Paläste des 18. Jahrhunderts, den Palazzo Grassi am Canal Grande, gekauft. Über die künftige Bestimmung wird vor Ablauf der zwei Monate, in denen der italienische Staat noch ein Vorkaufsrecht geltend machen kann, nur verlautbart, daß der Palast wie bisher kulturellen Zwecken von internationaler Bedeutung dienen soll. Außer den großen Ausstellungen, die das Centro di Cultura hier in den letzten Jahren veranstaltet hat, dienten der Palazzo Grassi und sein Theater auch Aufführungen der Biennale. Im kommenden April wird er Sitz des internationalen Salons des modernen Kunsthandels sein.

Podiumsdiskussion um die Bundes-Kunsthalle

gcr, Bonn

Mit reger Beteiligung von viel politischer Prominenz und einem teilweise kaum weniger prominenten Publikum, das aber nicht zu Worte kam (kommen durfte?), fand in Bonn eine Podiumsdiskussion über die geplante Kunsthalle der Bundeshauptstadt statt. Wie die Moderatorin Karla Vorbeck erläuterte, ging es nicht mehr um das „Ob", sondern um das „Wie". Entscheidend war unter anderem die Frage, ob die Kunsthalle nur eine Art Anhängsel des Geschichtsmuseums sein sollte oder ob beide Projekte gleichwertig seien. Alle Beteiligten – Politiker und Künstler – zeigten eine erstaunliche Einmütigkeit in der Frage der Autonomie der Kunsthalle, die als unabhängiges Projekt gesehen wurde.

Faksimile-Ausgabe des Welfen-Evangeliars?

AP, Hannover

Experten für historische Handschriften werden das im Haupttresor der Norddeutschen Landesbank in Hannover aufbewahrte, rund 33 Millionen Mark teure Evangeliar Heinrichs des Löwen untersuchen. Es soll geprüft werden, ob die mit Gold, Silber und Edelsteinen geschmückte Bilderhandschrift für eine Faksimile-Ausgabe fotografiert werden kann, ohne daß die Pergamentseiten und die Edelmetallverzierungen Schaden erleiden.

Helmut Sembdner 70

dpa, Stuttgart

Der Kleistforscher Helmut Sembdner begeht heute in Stuttgart seinen 70. Geburtstag. Der in Posen geborene Wissenschaftler hatte bereits als Student mit seiner Forschungsarbeit begonnen. Die von Sembdner 1952 herausgegebene erste Kleist-Gesamtausgabe nach dem Krieg erscheint inzwischen in der siebten Auflage. Zum Geburtstag des Forschers kommen seine Standardwerke „Heinrich von Kleists Lebensspuren" und „Kleists Nachruhm" neu heraus.

Hermann Greive †

Der durch einen Anschlag tragisch ums Leben gekommene, 49jährige aus Walstedde/Westfalen stammende Hermann Greive, Professor am Martin-Buber-Institut in Köln, ist in den letzten Jahren bekannt geworden durch Buchveröffentlichungen, u. a. „Theologie und Ideologie, Katholizismus und Judentum in Deutschland und Österreich 1918–1935" (1969); „Studien zum jüdischen Neuplatonismus" (1979). Die Wissenschaft verliert mit Hermann Greive einen profilierten und engagierten Judaisten und Historiker der Nachkriegsgeneration, der durch seine akademische Lehr- und Forschungstätigkeit mit dazu beigetragen hat, das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden zu normalisieren. --oeps

Politische Meinung

In der gestrigen Zeitschriftenkritik über „Die politische Meinung" haben sich zwei Übermittlungsfehler eingeschlichen, die wir hiermit richtigstellen wollen. Piel sagt, „daß das Erlebnis der Langeweile schon jetzt eher bei angelernten Arbeitern als bei leitenden Angestellten oder Beamten zu Hause ist". Zweitens nennt Piel nicht den „Tiefschlag", sondern den Tiefschlaf ein Symptom der Zivilisation.

Rückkehr des Regisseurs Juri Ljubimow nach Moskau weiterhin ungewiß

„Ich kann nicht warten und warten!"

Juri Ljubimow, als Leiter des Moskauer Taganka-Theaters wegen seiner unorthodoxen Inszenierungen von den Sowjetbehörden wiederholt gerügt, ist jetzt in London für die beste Regie des abgelaufenen Jahres mit dem „Standard Drama Award", dem angesehensten Preis Englands für Theater und Oper, ausgezeichnet worden. Der Preis wurde ihm für die mit britischen Schauspielern erarbeitete englische Version seiner berühmten Moskauer Bühnenbearbeitung von Dostojewskijs „Schuld und Sühne" am Lyric Hammersmith Theatre zugesprochen.

Juri Ljubimow hatte im vorigen Herbst während dieser Regiearbeit mit einem Interview Aufsehen erregt, in dem er die Kulturpolitik des Kreml kritisierte und den Funktionären vorwarf, ihm die Arbeit unmöglich zu machen, weil sie die künstlerische Freiheit des Taganka-Theaters immer weiter beschnitten. Ljubimow ließ damals offen, ob er nach Moskau zurückkehren würde. Und auch heute vermag er noch keine endgültige Antwort zu geben, ob er sich vorstellen könnte, wieder in der Sowjetunion zu arbeiten. Das wurde in Gesprächen mit Ljubimow deutlich, der aus Florenz, wo er den „Rigoletto" inszeniert, zu der Preisverleihung an die Themse kam.

Unterdessen wurde bekannt, daß Moskau große Anstrengungen unternimmt, den als besten Regisseur der Sowjetunion gerühmten Ljubimow zur Rückkehr zu bewegen. Gleich nach der Preisverleihung im Londoner Savoy-Hotel wurde Ljubimow bei einem Empfang der anglo-sowjetischen Gesellschaft am Grosvenor Place mit dem Leiter der Kulturabteilung an der Botschaft, Anatoli Masko, zusammengebracht. Gefragt, was dieses Gespräch erbracht habe, antwortete Ljubimow zuerst diplomatisch: „Er äußerte die Hoffnung, daß ich bald nach Moskau zurückkehren werde." Allerdings fügte der Regisseur dann hinzu: „Ich bin gegenwärtig immer noch Direktor des Taganka-Theaters. Ich habe mein ganzes Leben diesem Theater gewidmet. Ich möchte dort gern weiterarbeiten. Aber nur, wenn die Bedingungen, die ich brauche und fordere, gegeben sind."

Welche Bedingungen das sind, ist ein offenes Geheimnis. Ljubimow fordert zum einen, daß man ihm an seinem Theater freie Hand lasse, zum anderen erwartet er eine öffentliche Garantie, daß man ihn künftig nicht mehr mit Aufführungsverboten demütigen werde. Die Chancen, daß die Moskauer Kulturbehörden zu solchen Erklärungen bereit sein könnten, sind allerdings nicht sonderlich groß. Schließlich wurden erst unlängst zwei neue Projekte des Taganka-Theaters vom Kreml torpediert, und auch die Wiederaufnahme einer älteren Inszenierung bleibt verboten. Dazu Ljubimow: „Ich habe nicht mehr viel Zeit und kann nicht warten und warten, bis denen einfällt, diese Inszenierungen zu genehmigen."

Bei der Feier im Savoy-Hotel dankte Ljubimow, der kein Englisch spricht, durch seinen Dolmetscher seinem Londoner Ensemble. Er sagte, diese Inszenierung sei ein Beispiel dafür, wie Künstler aus verschiedenen Nationen sich zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zusammenfinden könnten. Inzwischen gibt es nicht nur das Londoner Beispiel dafür, wie diese Kooperation funktionieren kann. Ljubimow hat das überzeugend vor allem mit seinen Opern-Inszenierungen bewiesen: z. B. mit Wolf-Ferraris „Die vier Grobiane" am Münchner Nationaltheater, der Uraufführung der komplettierten Oper „Salammbô" von Mussorgskij in Neapel oder „Tristan und Isolde" in Bologna.

SIEGFRIED HELM

Wer schreibt ihr die neue „Medea"? – Maria Wimmer zum 70. Geburtstag

Großartigkeit ist einsam geworden

Sie ist eine der letzten Tragödinnen der deutschen Bühne. Jedesmal, wenn sie die Bühne betritt, braut sich Schicksal. Sie hat, wie natürlich, den hohen Ton der tragischen Unabdingbarkeit zur Verfügung. Ihr Typ und ihre Erscheinung haben heute Seltenheitswert. Kein Platz für Heroinen.

Aber sie ist eine. Sie entstammt dem Sächsischen, hat in Leipzig, Tochter eines Baurats, ihre großen Auftritte studiert, gehörte zehn Jahre dem Hamburger Schauspielhaus an, eroberte sich München, Wien, Düsseldorf und Berlin. Seit zwei Jahrzehnten gehört sie keinem Ensemble mehr an. Ihr Typ der theatralischen Großartigkeit ist einsam geworden. Der große Faltenwurf, ihre Art des unbedingten Auftritts waren „unzeitgemäß" geworden. Eine Tragödin mußte, schuldlos, im Grunde ihre eigene Tragödie erleben.

Dabei hat sie durchaus immer wieder den Mut zur hohen Komödie bewiesen. Oskar Fritz Schuh hat sie beispielsweise in einem Goldoni auf souveräne Weise siegreich sein lassen. Sie hat in ihren frühen Jahren alle großen Anfängerrollen durchaus gespielt, das „Gretchen", Kleists „Käthchen" und Lessings „Minna".

Fritz Kortner war es, der mit seiner ersten Münchner Nachkriegsregie sie als eine schier klirrend schicksalsböse Laura in Strindbergs „Vater" einsetzte, 1949. Die Wimmer stand gleichberechtigt neben Kortner selber. Ihre Außerordentlichkeit war durchgesetzt. Ihr ureigenes Rollenfach stand ihr von Stund an offen. Sie konnte die „Iphigenie" sein, Schillers „Maria Stuart", eine schier gläserne „Orsina" in Lessings „Emilia Galotti" und unter Strehlers Regie die Ilse in Pirandellos „Riesen vom Berge". Sie hatte den Kothurn gefunden, auf dem auch heute durchaus glaubwürdig zu agieren sei. Sie ist seitdem „die" Wimmer.



Tragödin mit Faltenwurf: Maria Wimmer FOTO: ROSEMARIE CLAUSEN

Sie kann soviel – und so vieles so einzigartig. Becketts „Glückliche Tage" haben ihr gemundet. Sie ist mit Peter Hacksens „Frau von Stein" glorios über fast alle deutschen Bühnen gegangen. Sie hat Strindberg gespielt wie, ihr vergleichbar, kaum eine, hat in O'Neills großen, modernen Tragödien gestanden. Sie hat kürzlich erst in München in einem klugen Alleingang als „Gertrude Stein" das Publikum begeistert. Sie war eine „Penthesilea", wie Kleist sie erträumte. Sie ist die „Medea" der deutschen Bühne. Aber wer läßt die heute noch spielen? Wer schriebe sie ihr neu?

Sie hat immer den Mut und die Kraft zum Unzeitgemäßen erwiesen. Ihr großer, theatralischer Typ ist vereinsamt. Der unabdingbare tragische Grundzug, dem sie ein Leben lang folgte, – jetzt gerade scheint er langsam wieder in den Geschmack zu kommen. Unsere Bühnen müßten nach ihr lechzen.

Sie wird heute 70 Jahre alt. Sie sei respektvoll gegrüßt!

FRIEDRICH LUFT

Der fröhliche Krieg französischer Schweinezüchter

JOCHEN LEIBEL, Paris

Die Szene hätte aus jedem guten Western stammen können: Auf der einen Seite ein Zug mit schwerbewaffneten Militärs, die einen Durchbruch versuchen sollten – auf der anderen Seite kleine Gruppen von Zivilisten, die pausenlos und blitzschnell Hindernisse errichteten und die Uniformierten zur Verzweiflung trieben.

Doch es war kein Film, sondern Bauernalltag in der Bretagne. Wütende Schweinezüchter legen seit Montag das gesamte Eisenbahnnetz in Westfrankreich lahm. Ein Gebiet größer als Hessen ist total vom restlichen Schienenverkehr des Landes abgeschnitten.

Seit Wochen wüten bretonische Schweinezüchter gegen die Pariser Regierung. Die Preise für Schlachtvieh sind gesunken, die für Futter stark angestiegen und die Subventionen für den Eisenbahntransport gestrichen worden. Hitzköpfige Jungbauern verwüsteten deshalb in der vergangenen Woche in der Stadt Brest den Sitz des Präfekten, des offiziellen Vertreters der Pariser Regierung. Die Antwort der Regierung war ungeschickt: Ein Bauernführer wurde festgenommen und in Untersuchungshaft gesteckt, ein seit langem geplantes Gespräch zwischen Bauern und Premierminister Pierre Mauroy wurde abgesagt. Da ließen die Schweinezüchter ihrem Zorn erst recht freien Lauf.

Aus dem im Gefängnis sitzenden Jean-Jacques Rion wurde so etwas wie eine „Michael Kohlhaas"-Figur. Die Anhänger des Bauernchefs beschlossen, die Eisenbahn in der Bretagne zu blockieren, um so Rions Freilassung zu erzwingen. Riesige Kühl-Lkws wurden auf den Schienen abgestellt. Kleine Einsatztrupps fällten Bäume und legten sie quer über die Gleise. Mit Schweißbrennern wurden Weichen unbenutzbar gemacht. An anderen Stellen goß man die Spuren mit Beton aus. Traktoren und Landmaschinen wurden überall zu Barrikaden.

Die Eisenbahnverwaltung versuchte zunächst, den Verkehr halbwegs aufrechtzuerhalten. Die Lok-Führer bekamen Anweisung, im Schrittempo zu fahren. Doch die Hindernisse waren nicht zu überwinden, der Verkehr wurde eingestellt. Die Pariser Zentralregierung schickte einen Tag später Bereitschaftspolizei an die Front. Doch auch die mit Tränengas-Gewehren und Kampfhelmen ausgerüstete Ordnungsstreitmacht konnte den gut organisierten Schweinezüchtern nicht Paroli bieten. „Wir sind machtlos", erklärte ein Offizier, „wir können zwar die Bahnhöfe schützen, doch die Schienen bleiben in der Hand der Bauern-Kommandos."

Deshalb wurde am Mittwoch in bester Wildwest-Tradition ein Zug mit Bewaffneten in Marsch gesetzt. Er sollte von Brest aus den Durchbruch in Richtung Paris erzwingen. In vier Stunden waren knapp 60 Kilometer zurückgelegt, dann gaben die Militärs auf. Hunderte von Bauern standen an den Bahnkörpern und lachten.

Auch die Uniformierten machten kein trauriges Gesicht. Sie halten sich beim Einsatz gegen die „Konföderierten" aus dem Westen sehr zurück, denn viele von ihnen stammen von hier und haben Familienmitglieder unter den Bauern. Häufig reichten Bauersfrauen den frierenden Ordnungshütern heißen Kaffee.

Wenn es wirklich zu Zusammenstößen kam, dann blieben die immer „im Rahmen".

Ernst ist der „Schweine-Krieg" in der Bretagne dennoch. Bei der französischen Eisenbahn werden die entstandenen Schäden bisher auf rund drei Millionen Mark geschätzt. Und auch gestern wurden wieder Schienen aus ihrer Verankerung gerissen. Am Nachmittag wurde es jedoch friedlich. Nach Gesprächen mit einer Abordnung der Bauern sagte Landwirtschaftsminister Rocard günstige Kredite zu. Daraufhin gaben die Züchter ihre Blockaden auf. (SAD)

Los Angeles ist berühmt für sein verwirrendes, aber auch geniales System von Hoch- und Stelzenstraßen, von Über- und Unterführungen. Trotzdem kommt es in den rush-hours zu einem schier undurchdringlichen Chaos auf den vielbahnigen Freeways. Ein „Verkehrssystem des 21. Jahrhunderts" soll für die Spiele freie Bahn garantieren. FOTO: WOLF KRABEL



Auf den Freeways wird es während der Spiele ernst

ERNST HAUBROCK, Los Angeles

Werden die Olympischen Spiele 1984 der Stadt Los Angeles ein gigantisches noch nie dagewesenes Verkehrschaos bescheren? Bewohner der Riesenstadt ohne jeglichen Schienenverkehr, leidgeprüft durch tägliche Super-Staus zur „Rush-hour", haben Alpträume, wenn sie an die rund eine Million olympischen Besucher als zusätzliche Verkehrsteilnehmer denken.

Doch Chuck O'Connell, der leitende Ingenieur für „Olympische Verkehrsplanung" des Staates Kalifornien, sieht den 14 Tagen mit Gelassenheit entgegen: „Es wird nicht ganz ohne Probleme abgehen", sagt er, „aber wir sind für den Ansturm gut gerüstet." Mit Stolz verweist er auf das Arsenal technischer Neuerungen, die für die Spiele vorbereitet und zum Teil schon jetzt installiert werden: Computer, fliegende Fernsehmonitoren, fest montierte und mobile elektronische Anzeigetafeln, eine elektronische Kontroll-Zentrale und sogenannte Hovs (high occupancy vehicle lanes), womit für Busse reservierte Schnell-Spuren auf den schon vorhandenen Freeways (Stadtautobahnen) gemeint sind. Die enthusiastischen Planer sprechen von einem „System des 21. Jahrhunderts", das während der Olympischen Spiele seine erste Prüfung bestehen soll.

Keine andere Stadt der USA hat ein Netz von Stadtautobahnen wie Los Angeles. Sechs- bis achtspurig schwingen sich diese Schnellstraßen über das Häusermeer hinweg und verbinden mit ihren genial angelegten Zu- und Abfahrten die einzelnen Stadtviertel. Und dennoch können sie zu Stoßzeiten schon jetzt den endlosen Strom der Automobile nicht schlucken, besonders dann nicht, wenn es zu Unfällen kommt. Abhilfe sollen im Sommer 3000 in die Fahrbahn eingelassene Sensoren schaffen, die jedes einzelne Fahrzeug registrieren und den Verkehrsfluß zu einer riesigen elektronischen Karte in der Verkehrsleitzentrale übermitteln. Computer rechnen dort bei Stauungen in Bruchteilen von Sekunden Ausweichmöglichkeiten aus, die dann auf den Anzeigetafeln an den Straßen den Fahrern offeriert oder in extremen Fällen verordnet werden.

Ausweichhinweise oder -anweisungen werden außerdem durch auf Spezialfahrzeugen montierte elektronische Schrifttafeln, auf einer Sonderfrequenz über das Autoradio sowie über Lautsprecher an bestimmeten Knotenpunkten übermittelt. Zur weiteren Verfeinerung und um computerunabhängige Entscheidungen der Lotsen in der Zentrale zu ermöglichen, werden Fernsehkameras aus Hubschraubern ein genaues Bild der Verkehrslage in die Zentrale übermitteln, wo dann im Computer die 550 Ampeln an den Freeways schalten.

Zu den heute schon errechneten „Rush-hours" sollen eigens für die Spiele angeschaffte 1550 Sonderbusse eingesetzt werden. Auf den für sie reservierten Freeway-Spuren können sie täglich 25 000 Sportler, Presseleute und Funktionäre sowie 330 000 Zuschauer zumindest theoretisch rechtzeitig zum Zielort bringen. Informationsschriften sollen die Gäste überzeugen, daß Busse ihre einzige Chance sind: am Colisium etwa gibt es für Privatwagen so gut wie keine Parkplätze. (SAD)

Computer ersetzt das Fräulein vom Amt

AP, München

Vom kommenden Sommer an heißen die Münchner nicht mehr „Huber" oder „Meier", sondern „48 237" oder „63 437" – zumindest was die Fernsprechauskunft betrifft. In München soll nach Auskunft der Oberpostdirektion ein Versuch anlaufen, bei dem das „Fräulein vom Amt" durch eine Computerauskunft ersetzt wird.

Die Verschlüsselung von Namen in Nummern ist ein Zugeständnis an die Verständnisschwierigkeiten des Computers. Der kann nur die Zahlen lesen, die auf der Wählscheibe stehen. Deshalb werden den einzelnen Zahlen jeweils drei Buchstaben zugeordnet, mit denen Namen und Adresse computergerecht „übersetzt" werden. Die Post verspricht sich von diesem Rechenspiel eine schnellere Auskunft bei häufig vorkommenden Namen. Jedoch müsse die Angabe von Namen und Adresse in strenger Reihenfolge geschehen. Die Auskunft erhält der Telefonkunde dann vom Computer persönlich: mit einer synthetisch menschlichen Stimme.

Mit dem Versuch soll geprüft werden, ob die Telefonkunden dieses neue Projekt der Post annehmen. Denn das gibt auch die Post zu: „Die Auskunft wirkt etwas steril, maschinell, ähnlich wie die Zeitansage", sagte der Präsident der Oberpostdirektion, Alfred Meier. Erfolg oder Mißerfolg des Münchner Testlaufs sollen über eine landesweite Einführung des „Computer-Fräuleins" entscheiden.

Schießversuche verboten

dpa, Washington

Nach zahlreichen Protesten aus der Öffentlichkeit hat das US-Verteidigungsministerium die beabsichtigte Verwendung von Hunden und Katzen für Schießversuche untersagt. Die Tiere sollten erschossen werden, um Militärärzten das „hautnahe" Studium von Wunden zu ermöglichen. Schweine und Ziegen dürfen jedoch weiterhin als Ziele benutzt werden.

Freie Bahn

dpa, London

Mit der Freigabe eines 13 Kilometer langen Autobahnteilstücks im Norden von London ist zum ersten Mal eine ampelfreie Straßenverbindung von Dover bis nach Schottland geschaffen worden. Der Autobahnring um die Sieben-Millionen-Stadt London, zu dem das Teilstück gehört, soll bis 1986 ganz fertig sein.

Erleuchtung für Angler

rtr, Tokio

Angler können demnächst mit einem leuchtenden Schwimmer fischen. Ein japanischer Elektronikkonzern hat nach eigenen Angaben jetzt eine Lithium-Miniaturbatterie entwickelt, die zusammen mit einer Minibirne in die Schwimmer eingebaut werden soll. Es handele sich um die „kleinste Batterie der Welt".

Hinrichtung in Florida

AP, Starke

In Starke (US-Bundesstaat Florida) ist gestern der 1976 wegen Beihilfe zum Mord verurteilte 66jährige Anthony Antone auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet worden. Ursprünglich war die Hinrichtung bereits für Dienstag angesetzt. Sechs Stunden vor dem Termin hatten Antones Anwälte jedoch einen Aufschub erwirkt.

ZU GUTER LETZT

„Der Schweiß der Pflückerinnen ist noch immer der Ausgangspunkt für die gehobene Qualität von Tee..." Aus der WELT vom 24. 1.

BGA nimmt 65 Arzneimittel vom Markt

Schmerz- und Rheumamittel können zum Tode führen

PETER JENTSCH, Bonn

Wegen schwerer gesundheitlicher Nebenwirkungen müssen 65 Arzneimittel zur Behandlung von Entzündungen verschiedenster Art, von Schmerzen und Rheuma mit sofortiger Wirkung vom Markt genommen werden. Das teilte gestern das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin mit. Gleichzeitig wurden für weitere 206 Präparate von 69 pharmazeutischen Unternehmen, die ebenfalls die Wirkstoffe Phenylbutazon und Oxyphenbutazon enthalten, erhebliche Anwendungsbeschränkungen erlassen. Diese Arzneimittel dürfen nach Auskunft des BGA nur noch bei akutem Gichtanfall und zur Behandlung von akuten Schüben von Morbus Bechterew (Erkrankung der Wirbelsäule) verordnet werden.

Das Bundesgesundheitsamt begründete seine Entscheidung damit, daß nach vorliegenden Erkenntnissen diese Medikamente schwerwiegende Störungen des Magen-Darm-Traktes, der Blutbildung sowie allergische Reaktionen mit zum Teil tödlichem Ausgang verursachen können. Diese Nebenwirkungen seien bei diesen Arzneimitteln häufiger als bei vergleichbaren Mitteln.

Der Widerruf der Zulassung der 65 Arzneimittel ist nach Dartellung des BGA unumgänglich geworden, da die Hersteller trotz Aufforderung durch das Amt Ärzte und Apotheker nicht umgehend und angemessen auf die Risiken hingewiesen hätten. Im Interesse des Verbraucherschutzes sei das Amt daher zum sofortigen Widerruf verpflichtet. Denn eine Anwendungsbeschränkung hätte nur Eingang in die Packungsbeilage gefunden und damit die verschreibenden Ärzte nicht unmittelbar erreicht.

Die Nebenwirkungen dieser phenylbutazon- und oxyphenbutazonhaltigen Arzneimittel seien Ende vergangenen Jahres durch eine Dokumentation des Baseler Pharmaunternehmens Ciba-Geigy bekanntgeworden, erklärte das BGA. Das Unternehmen habe daraufhin für die von ihm vertriebenen Medikamente „Tanderil" und „Butazolidin" „Sofortmaßnahmen in eigener Verantwortung" getroffen, um die in dieser Größenordnung bislang nicht bekannten Arzneimittelrisiken zu verringern. Ciba-Geigy habe die Anwendungsgebiete dieser Präparate stark eingeschränkt, die Behandlungsdauer auf eine Woche begrenzt und die deutschen Ärzte durch sogenannte „Rote-Hand-Briefe" unterrichtet.

Weitere 69 Hersteller von Präparaten mit den genannte Wirkstoffen hätten sich auf Drängen des Bundesgesundheitsamtes seit Ende 1983 den Maßnahmen von Ciba-Geigy angeschlossen oder sogar auf die Zulassung ihrer Mittel verzichtet. Das BGA hält daher den weiteren Vertrieb dieser Präparate „nach gegenwärtigem Wissensstand" für vertretbar.

Der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie (BPI) in Frankfurt machte gegenüber der WELT deutlich, daß die Hersteller der 65 vom Markt genommenen Präparate keine Mitgliedsfirmen des Verbandes seien. Es handele sich bei diesen Produzenten um Einzelhersteller, etwa um Krankenhausapotheken oder um einzelne Apotheker. Bei den anderen 206 Präparaten von 69 Pharmaunternehmen habe man sich mit dem Bundesgesundheitsamt darauf verständigt, die Indikation zunächst bis zum März einzuschränken. Auf einer Sondersitzung im März will das Amt endgültig über Nutzen und Risiken dieser Mittel entscheiden. In die Beratungen sollen dann auch Präparate mit vergleichbaren Wirkstoffen (Azapropazon, Mofebutazon, Kebuzon, Suxibuzon, Bumadizin und Clofezon) einbezogen werden.

Nach einem Gewitter blasen die Pedi noch immer zur Hexenjagd

In Südafrika häufen sich die Prozesse wegen Verbrennung von Zauberern in den Homelands

R. P. LAUCK, Johannesburg

Szenen wie aus dem finestersten Mittelalter: Bei einigen Prozessen in Südafrika stellte sich jetzt wieder heraus, daß in den Homelands, den halbautonomen Stammesgebieten, Hexenjagden und -verbrennungen fast an der Tagesordnung sind. Vor allem aus Lebowa, der Heimat der Pedi, wurden jetzt einige besonders krasse Fälle bekannt.

Ein Gewitter zog über Bolatlhakgomo. Es donnerte und schüttete in Strömen. Blitze zuckten auf und tauchten das Dorf etwa 500 Kilometer nordöstlich von Johannesburg in ein gespenstisches Licht. Nach dem Unwetter finden Dorfbewohner in den Feldern die Leiche einer 26jährigen Frau. Sie wurde vom Blitz erschlagen. Schnell sammelte Stammeshäuptling Jan Lodwaba seine Stammesbrüder um sich. Für sie war klar, daß bei dem Tod des Mädchens Zauberei im Spiel gewesen sein mußte.

Nach der festen Überzeugung der Pedi sind Blitze, vor allem solche, die Menschen töten, Hexerei. In solchen Fällen werden die reichlich vorhandenen Hexendoktoren bemüht. 15 von ihnen beauftragte auch der Häuptling von Bolatlhakgomo mit der Suche nach dem Ursprung jenes Hexenwerks. Sie versammelten sich vor den Augen der furchtsamen Dorfbewohner, brachten allerlei zum Kochen, zerstampften Knochen, Muscheln und Kuhhörner.

Opfersuche ohne Erbarmen

Singend und tanzend machten sie sich dann daran, den Schuldigen zu „erschnüffeln". Plötzlich zeigte einer von ihnen auf den 75 Jahre alten Joshua Morwamotse. Der Alte begann zu zittern und beteuerte seine Unschuld. Seine Frau und seine zwei Kinder blieben stumm und rührten keinen Finger für ihn. Die kreischende Menge stürzte sich auf ihn und schlug ihn besinnungslos. Anschließend wurde der alte Mann mit Benzin übergossen und verbrannt.

Nur einer von mehreren Fällen der letzten Wochen. Allein in Khureng, einem Dorf etwa 300 Kilometer nordwestlich von Johannesburg, schlug der Blitz sechsmal ein – sechs Menschen mußten dafür mit ihrem Leben bezahlen. Ein abgestorbener rauchgeschwärzter Baum inmitten von grünen Pflanzen legt makabres Zeugnis ab: Hier wurden die „Hexen" und „Zauberer" verbrannt, die Blitze auf ihre Mitmenschen gelenkt hatten.

Dieser Glaube hat eine lange Tradition, und auch die Tatsache, daß sich die Menschen auch in dieser Gegend modern kleiden, daß sie Kirchen und Schulen besuchen, hat bis heute noch nicht dazu geführt, daß der Aberglaube in ihrem Innersten überwunden wurde. Zitiert wird da etwa der 22jährige Simon Dladla, ein Student, der gerne zur Eisenbahn möchte und versichert, er sei Christ. „Es gibt zwei Arten von Blitzen", erklärt er Journalisten, „die einen sind die natürlichen, die keinem schaden können. Die schickt Gott. Die anderen kommen von Zauberern, die damit töten wollen."

Die südafrikanische Regierung, die immer noch die Rechtshoheit in den Homelands hat, erklärt zwar offiziell, daß sie ohne Nachsicht gegen den Aberglauben vorgehen wolle, schaffte es bis heute allerdings nicht, ihn einzudämmen. Das ist auch nicht ganz einfach. Als etwa die Polizei versuchte, drei der Stammesältesten aus Bolatlhakgomo zu verhaften, fiel das ganze Dorf mit Knüppeln und Steinen über sie her. „Die schrien uns an, das sei ihre Sache", erzählte einer der beteiligten Beamten, „und drohten, die Hütten samt den Hinterbliebenen der Ermordeten in Flammen aufgehen zu lassen".

Mit Verstärkung wurden dann aber sieben der Ältesten und 14 Hexenjäger mitgenommen und des Mordes angeklagt. Was aus der Anklage wird, bleibt allerdings fraglich. Die Gerichte in Südafrika nehmen die Ritualmorde kaum als das, was sie sind. In der letzten Zeit wurden Strafen von höchstens fünf Jahren verhängt.

Mit dem Teufel im Bunde

Aber selbst das ist für die Pedi noch eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Als etwa die Verantwortlichen von Bolatlhakgomo vor Gericht erschienen, hatten sich Hunderte von Stammesangehörigen versammelt, die lautstark ihre Unterstützung kundtaten und den Gefangenen Geschenke und Geld mitbrachten.

Professor Jacobus van den Heever von der Universität Pietersburg, ein Experte für Sitten und Gebräuche der südafrikanischen Stämme, nimmt die meisten der Männer und Frauen allerdings auch in Schutz. „Der Zauberglaube ist integraler Bestandteil des Lebens der Pedi. Wenn einer von ihnen ausgeschnüffelt wird, so sind die meisten fest davon überzeugt, daß er mit dem Teufel im Bunde ist."

Wie sich aber ebenfalls vor kurzem zeigte, sind auch Hexenjäger und ihre Zeremonien nicht unfehlbar. So war Makgadi Kekana, Mutter von fünf Kindern, als Hexe ausgemacht worden, nachdem der Blitz in eine Nachbarhütte eingeschlagen war. Sie sollte einige Tage später hingerichtet werden, blieb aber auf freiem Fuß: „Ich hatte mich drarauf eingestellt zu sterben. Wenn ich weggelaufen wäre, hätten sie meine Kinder an meiner Stelle verbrannt." Doch Makgadi hatte Glück: Ihr gelang es, die Dorfbewohner davon zu überzeugen, daß noch ein anderer Hexendoktor gehört werden müsse. Der sprach sie frei.

WETTER: Schauer und Schnee

Wetterlage: Ein Tief über Holland lenkt wolkenreiche und verhältnismäßig milde Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Freitag:

Raum Berlin: Anfangs bedeckt und Schneeregen, im Tagesverlauf Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schneeregenschauern. Höchsttemperaturen 3, nachts um null Grad. Frischer, von Südost auf Südwest drehender Wind.

Bundesgebiet: Wechsel zwischen kurzen Auflockerungen und starker Bewölkung mit einzelnen Schauern, oberhalb von 800 m als Schnee, in den Niederungen meist als Regen. Anstieg der Tagestemperaturen auf 3 bis 6 Grad, nachts 2 bis null grad. Mäßiger bis frischer, in Böen auch starker Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Am Samstag Wetterberuhigung, am Sonntag von Westen wieder unbeständig, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	0°	Kairo	16°
Bonn	0°	Kopenh.	0°
Dresden	0°	Las Palmas	19°
Essen	1°	London	7°
Frankfurt	–1°	Madrid	5°
Hamburg	–1°	Mailand	2°
List/Sylt	–4°	Mallorca	12°
München	–2°	Moskau	–9°
Stuttgart	–3°	Nizza	8°
Algier	16°	Oslo	–11°
Amsterdam	0°	Paris	5°
Athen	11°	Prag	1°
Barcelona	12°	Rom	5°
Brüssel	2°	Stockholm	–10°
Budapest	1°	Tel Aviv	15°
Bukarest	3°	Tunis	14°
Helsinki	0°	Wien	1°
Istanbul	4°	Zürich	–3°

*Sonnenaufgang am Samstag: 8.07 Uhr, Untergang: 17.03 Uhr, Mondaufgang: 4.45 Uhr, Untergang 12.50 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Deckte AOK-Rechner einen Skandal auf?

Dortmunder Ärztesprecher weist Verdacht der „Doppelabrechnung" in 1000 Fällen zurück

KNUT TESKE, Bonn

Folgt dem Bochumer Rezeptskandal, in den vornehmlich Apotheker verwickelt sind, jetzt ein Dortmunder Ärzteskandal von weit größeren Ausmaßen? Die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) in Dortmund will in mehr als tausend Fällen auf fingierte Abrechnungen von Ärzten gestoßen sein. Wie AOK-Geschäftsführer Wilhelm Vogelsänger gestern gegenüber der WELT erklärte, rechneten Ärzte im Jahre 1982 Beratungen und Hausbesuche von Patienten ab, die zu diesem Zeitpunkt im Krankenhaus lagen. Der Verdacht richtet sich gegen 120 bis 150 Ärzte aus dem Raum Dortmund. 30 Namen erwecken dabei das besondere Interesse der AOK-Fahnder, die ihre Erkenntnisse aus einem entsprechenden Computerprogramm gewonnen haben.

1982 gab es im Dortmunder Raum 18 000 AOK-Krankenhauspatienten. Stimmten die per Computer ermittelten Daten, wäre also für jeden 18. Patienten doppelt abgerechnet worden. Vogelsänger: „Gar nicht auszudenken, zu welchen Summen man käme, rechnete man diese Situation bundesweit und für alle Krankenkassen hoch."

Bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) in Dortmund rief dieser Schritt Vogelsängers in die Öffentlichkeit erhebliche Verärgerung hervor. Der Dortmunder Arzt Ulrich Oesingmann, Vorstandsmitglied der KV, verurteilte dieses Vorgehen als „unangebracht" und hielt der AOK entgegen, der Computer sei bestenfalls in der Lage, Fakten zu ermitteln, nicht aber, sie auch entsprechend zu interpretieren. Oesingmann nannte drei Sachverhalte, die die AOK widerlegen sollten:

- So gebe es kleine Krankenhäuser ohne eigenen Gynäkologen. In solchen Fällen wäre es durchaus denkbar, daß ein Facharzt von außerhalb herangezogen würde, der dann natürlich über die kassenärztliche Vereinigung abrechne.
- Es komme auch vor, daß der Arzneimittel-Vorrat eines Krankenhauses für spezielle Bedürfnisse von Patienten nicht ausreiche. In diesem Fall würden sich dann Angehörige die benötigten Medikamente vom Hausarzt verschreiben lassen, der dies auch abrechnen könne.
- Oder: Ein Patient, dem man im Krankenhaus ein Bein abnehmen wolle, wende sich hilfesuchend an seinen Hausarzt. Dieser berate ihn – ohne zu wissen, von wo der Patient ihn anrufe – und liquidiere dann nach Ziffer 1 der Gesetzesordnung für Ärzte (GBO) eine Beratung.

Vogelsänger zu diesen theoretischen Einwänden Oesingmanns: „Beispiel 1 kommt deswegen schon nicht in Frage, weil unsere Liste sich mit mutmaßlichen Unkorrektheiten der Ärzte befaßt. Der Fall des Gynäkologen aber ist ein Beispiel für eine legale Abrechnung. Beispiel 2 mag zwar vorliegen, wenn auch nur in äußerst geringem Umfang, so daß sich an der Gesamtzahl der Vorwürfe gegen die Dortmunder Kassenärzte nichts ändern würde." Im übrigen glaubt Vogelsänger nicht an die von Oesingmann angenommene Sachlage: Alle Krankenhäuser im Dortmunder Raum seien an große Zentralapotheken angeschlossen, die ausnahmslos alle Medikamente lieferten.

Vogelsänger weist endlich auch das dritte Beispiel zurück: Die Beratungsgebühr spiele bei den von der AOK beanstandeten Fällen gar keine Rolle. Von den verdächtigten Ärzten würden ganz andere Leistungen in Rechnung gestellt: Hausbesuche mit Spritzen, gründliche Untersuchungen nach Ziffer 65 der GBO, Röntgenaufnahmen und diverse Laborleistungen.

Ungereimtes in Versform

STEFAN HEYDECK, Bonn

Unter den Abgeordneten im Deutschen Bundestag, die ihren Sinn für Poesie nicht verloren haben, gilt der 2,02 Meter große FDP-Rechtsexperte Detlef Kleinert buchstäblich als ihr größter Vertreter. Gestern erfreute er das „Hohe Haus" zu ungereimten Problemen des Urheberrechts und Raubkopien wieder einmal in Versform:

„Es sitzt ein Reh im Wald und friert,
die Bäume sind hier nur kopiert
aus einem großen Bilderbuch,
das ist der Technik schlimmer Fluch.
Der Förster tritt hinzu und weint,
weil auch sein Hund kopiert nur scheint,
sein Hund hält das für unerhört
und flieht davon. Total verstört.
Doch ein Japaner geht vorbei,
dem ist das alles einerlei;
noch eh' der Hahn am Morgen kräht,
verkauft er ein Kopiergerät.
O Mensch, bedenke dies in Ruh',
sonst bist zuletzt Kopie auch Du!"

P. S. Wegen des Urheberrechts, dem hier zum Durchbruch verholfen werden soll: Kleinert hat die Verse nur zum besten gegeben, gedichtet hat sie sein für diese Form der politischen Auseinandersetzung inzwischen berühmter Fraktionskollege Neuhausen.

Spendable Gauner

KURT POLLAK, Wien

Ein dreistes Gaunerstück endete jetzt mit einem verblüffenden Happy-End: Von umgerechnet 3,5 Millionen Mark, die ein Grazer Bankbeamter veruntreut hatte, wurden 2,5 Millionen von einem Komplizen reuevoll zurückgegeben. Die fehlende Million befindet sich allerdings bereits in der Dritten Welt. Die beiden Ganoven wollten sich für ihre betrügerischen Machenschaften den „Segen Gottes" erkaufen und hatten ein Drittel ihrer Beute dem katholischen Orden der Karmilianer in Graz annonym gespendet.

Der Coup war durch eine Revision in der Grazer Bank aufgefallen. Der Bankbeamte floh Hals über Kopf, konnte aber am Wochenende in Köln verhaftet werden. Daraufhin packte seinen Komplizen, einen Studenten, die Reue. Zu einem Problem wurde nur die „gespendete" Million. Die ahnungslosen Ordensbrüder entschlossen sich jedoch zu einer Haussammlung, um das für caritative Zwecke nach Afrika überwiesene und dort bereits verteilte Geld der Bank zurückzahlen zu können.